Dienstag, 16. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 189 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitszeit: Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit würde nach Erhebungen des Ifo-Instituts mehr zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen als die Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Nach Infratest wollen nur 39 Prozent der Metall-Arbeitnehmer weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten.

Papst in Lourdes: Mit rund 200 000 Gläubigen hat Papst Johannes Paul in Lourdes eine Messe zelebriert. Wegen Bombenanschlägen vor dem Besuch waren strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden.

USA und Mexiko uneins: Die Präsidenten Reagan und de la Madrid haben sich zwar gemeinsam für Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika ausgesprochen, beurteilen die Lage in Nicaragua und die US-honduranischen Manöver jedoch unterschiedlich.

Shultz bleibt: Der amerikanische Außenminister hat Berichte über angebliche Rücktrittsabsichten dementiert.

Shamir in Bukarest: Israels Außenminister ist in Rumänien eingetroffen, dem einzigen Ostblockland, das seine diplomatischen Beziehungen zu Israel nach dem Krieg 1967 nicht abgebrochen hatte.

Kämpfe in Libanon: Die Gefechte zwischen linken Drusen-Milizen und Miliz der libanesischen Christen im Bergland hinter Beirut dauern an. – Ägyptens Präsident Mubarak hat den innerarabischen Streit verurteilt und die Weigerung Syriens, seine Truppen aus Libanon abzuziehen, kritisiert.

Appell an Libyen: Staatsminister Möllemann hat an Libyen appelliert, sich jeglicher Einmischung in Tschad zu enthalten. Frankreich verstärkt dort seine Truppen.

Neue Rolle für Japan: Außenminister Abe hat eine „neue Rolle" seines Landes in der Weltpolitik angekündigt. Bisher habe es zur wirtschaftlichen Einfluß ausgeübt, doch habe sich sein Gewicht in jüngster Zeit auf politische Fragen verlagert.

Vorgezogene Wahlen? Der neue chilenische Innenminister Onofre Jarpa hat vorgezogene Wahlen als möglich bezeichnet. Sie sollten 1990 stattfinden.

Gute Beziehungen: Als insgesamt freundschaftlich hat der israelische Botschafter in Bonn, Ben-Ari, die deutsch-israelischen Beziehungen bezeichnet. Es gebe lediglich Differenzen in Fragen der Siedlungspolitik und der Palästinenserfrage.

Heute: „DDR"-Staats- und Parteichef Honecker reist nach Polen. – Polen und westliche Gläubigerbanken führen Umschuldungsgespräche.

ZITAT DES TAGES



„Nationale Alleingänge für einen Subventionsabbau sind wegen der negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation der betroffenen Wirtschaftszweige kaum zu vertreten, wenn andere Partnerstaaten ihre Subventionspraxis unverändert beibehalten."

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gegenüber dem Haushaltsausschuß
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Benzinpreis: Texaco erhöht wieder um drei Pfennig pro Liter wegen des hohen Dollarkurses.

Kapazitäten: Auslastung der deutschen Industrie trotz sinkender Auftragsreserven im zweiten Quartal laut Ifo-München von 76 auf 77,8 Prozent gestiegen (Vorjahresniveau 77,1 Prozent).

Investitionen: Der Dienstleistungssektor (Gastgewerbe, Verlage, Beratungen usw.) hat 100 000 neue Arbeitsplätze seit 1973 geschaffen, teilt IW-Köln mit. Es gebe also keine „allgemeine Investitionslethargie", obwohl „rechnerisch" seit dem Ölschock von 1973 eine Investitionslücke von 200 Milliarden DM (= 1,9 Millionen Arbeitsplätze) bestehe.

Hoechst: Im zweiten Halbjahr weltweit Gewinnsteigerung um 44 Prozent auf 804 Millionen DM vor Steuern: Umsatz mit 18,14 Milliarden DM um 1,2 Prozent höher als Vorjahresniveau.

Deutscher Ring: Beitragsvolumen mit 210 Millionen DM im ersten Halbjahr um zehn Prozent über Vorjahresniveau.

Ratenkredite USA: Trotz hoher Zinsen kräftiger Anstieg; im Juni um 4,41 Milliarden Dollar netto gestiegen (Mai: 2,7; April: 2,3).

Börse: Die Erholung an den deutschen Aktienmärkten machte zum Wochenbeginn weitere Fortschritte. Am Rentenmarkt waren öffentliche Anleihen bis zu 0,55 Prozent befestigt. WELT-Aktienindex 141,3 (139,9); Dollarmittelkurs 2,7114 (2,7278) Mark; Goldpreis je Feinunze 416,00 (411,60) Dollar.

KULTUR

Flucht: Ein 30jähriger sowjetischer Geologe, der sich zu wissenschaftlichen Untersuchungen in Spitzbergen aufhielt, hat sich nach Norwegen abgesetzt.

Studentenflut: Im Sommersemester waren 1,2 Millionen Studenten an den 234 Hochschulen der Bundesrepublik eingeschrieben, 74 000 (6,8 Prozent) mehr als 1982.

SPORT

Fußball: Der Nationalspieler Rudi Völler vom Vizemeister Werder Bremen wurde zum „Fußballer des Jahres 1983" gewählt. Auf den weiteren Plätzen: die Hamburger Magath, Hrubesch und Rolff.

Motorsport: Porsche und BMW dementierten Gerüchte, daß sie 1984 mit eigenen Werkteams in der Formel 1 starten werden. Beide wollen weiter Turbo-Motoren für die Formel 1 produzieren.

AUS ALLER WELT

Ölpest: Badestrände im Südosten Englands werden durch einen zehn Kilometer breiten Ölteppich bedroht, vermutlich aus Raffinerien in der Themsemündung.

Anschläge: Geringer Schaden durch eine Bombe auf das kommunale Rechenzentrum Göttingen, Millionenschaden durch Brandanschlag auf ein Berliner Möbelhaus. Die Polizei vermutet in beiden Fällen politische Motive.

Wetter: In ganz Deutschland sonnig und trocken. Nachmittagstemperaturen bis 29 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

35-Stunden-Woche kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit

Ifo-Studie: Senkung der flexiblen Altersgrenze entlastet Arbeitsmarkt

rtr, **München**

Ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der deutschen Wirtschaft würde nach einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kaum nennenswerte Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit haben. Eine Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 58 Jahre könnte dagegen bis 1985 zu einem Abbau der Arbeitslosenzahl um fast 350 000 führen.

Bei der im Auftrag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorgenommenen Umfrage wurde zunächst eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde beziehungsweise – verteilt auf zwei Jahre – um zwei Stunden zugrunde gelegt, bei vollem Lohnausgleich sowie einer Tariferhöhung unterhalb der Inflationsrate. Danach würden in der Industrie bei einer 39-Stunden-Woche nur etwa 25 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, bei 38 Stunden lediglich 50 000.

Im Baugewerbe würden gar bei einer einstündigen Arbeitszeitverkürzung nur 4000 Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden, bei einer Reduzierung um zwei Stunden gerade 10 000. Angesichts von sieben Millionen Industrie- und rund 850 000 Bau-Beschäftigten sind dies verschwindend geringe Größenordnungen.

Als Grund hierfür nannte das Institut nach der Befragung von rund 4000 Betrieben, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie nur zu etwa 14 Prozent durch Einstellung

SEITE 6:
„Ruhestand nach freier Wahl"

von zusätzlichem Personal ausgeglichen würde. Dagegen würden mehr als 60 Prozent des Arbeitszeitausfalls durch zusätzliche Rationalisierung aufgefangen.

Nur acht Prozent der Firmen sähen sich bei einer 38-Stunden-Woche veranlaßt, neue Vollzeitkräfte für die Produktion einzustellen, weitere drei Prozent Teilzeit-Kräfte und immerhin elf Prozent Arbeitnehmer mit zeitlich befristeten Verträgen. 84 Prozent der Industriebetriebe würde dagegen in erster Linie zur Rationalisierung greifen.

Die negativen Effekte einer kürzeren Wochenarbeitszeit werden nach Auffassung der befragten Firmen trotz der dann notwendigen weiteren Rationalisierung deutlich überwiegen.

In einer zweiten Umfrage bei rund 11 100 Industrie-, Bau- und Handelsfirmen stellte das Ifo-Institut im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit drei Ruhestandsmodelle zur Wahl: Eine Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 58 Jahre und alternativ dazu zwei sogenannte Teilruhestandsregelungen mit nur noch 30 beziehungsweise 20 Arbeitsstunden pro Woche ab dem 55. Lebensjahr. Dabei wurde vorausgesetzt, daß den Firmen „keine ins Gewicht fallenden Kostenbelastungen" entstehen.

Bei der Senkung der flexiblen Altersgrenze nahm das Institut an, daß die Hälfte der 58- und 59jährigen sowie zwei Drittel der 60- bis 62jährigen Arbeitnehmer ausscheiden würden. Von 1983 bis 1985 könnte damit fast eine Million älterer Arbeitnehmer zusätzlich in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Laut Ifo würden zwar bei weitem nicht alle freien Arbeitsplätze wieder besetzt werden. Allerdings könnte knapp eine halbe Million

■ Fortsetzung Seite 6

Papst warnt vor modernen Strömungen

Er prangert Einschränkungen der Religionsfreiheit an / Mariendogmen bekräftigt

rtr/dpa, **Lourdes**

Papst Johannes Paul II. hat gestern am zweiten und letzten Tag seiner Pilgerreise nach Lourdes vor 180 000 Gläubigen dazu aufgerufen, während des im April zu Ende gehenden heiligen Jahres den 2000. Geburtstag der Jungfrau Maria zu feiern. Er ermahnte die Pilger, sich nicht durch moderne Strömungen von der kirchlichen Lehre abbringen zu lassen. Dabei unterstrich er nachdrücklich die Gültigkeit der beiden Dogmen von der Unbefleckten Empfängnis Mariens und der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel sowie die Bedeutung der Einzelbeichte und verurteilte die Tendenz der heutigen Zeit, den Begriff der „Sünde zu relativieren".

Am Vorabend hatte der Papst in ungewöhnlich scharfer Form Einschränkungen der Religionsfreiheit kritisiert. Nach Angaben aus Kirchenkreisen meinte er damit in erster Linie die osteuropäischen Länder, ohne diese jedoch ausdrücklich zu nennen. Er kritisierte, daß Hunderttausende Christen wegen ihres Glaubens dauernden Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt seien.

Vor mehreren tausend Gläubigen hatte der Papst zugleich vor den Ge-

SEITE 2:
Gesundheit und Glaube

fahren gewarnt, die dem Menschen von der Gewalt drohen. „Heute werden zu Gefängnis, Konzentrationslager, Zwangsarbeit und Ausweisung aus dem eigenen Land andere Arten der Bestrafung hinzugefügt, die weniger auffällig, aber ausgeklügelter sind", sagte Johannes Paul.

Der Papst forderte die Wallfahrer dazu auf, nicht nur für alle Verfolgten zu beten, sondern auch für die Mißhandelten und Gedemütigten, für die Unterdrückten, Arbeitslosen und die Einsamen.

Am Sonntag war der Kirchenführer von dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand begrüßt worden. Wie Mitterrand nach der Unterredung mitteilte, stand dabei das Wettrüsten im Mittelpunkt der von beiden Seiten ausgedrückten Sorgen. Der Papst habe ihm außerdem von seinem Besuch in Polen berichtet. Zu den Gegensätzen zwischen Kirche und Staat in Frankreich wegen der geplanten Verstaatlichung der katholischen Schulen und der Gesetzgebung über den Schwangerschaftsabbruch sagte Mitterrand lediglich, jede Seite habe ihre eigenen Auffassungen.

Nach den beiden vorhergegangenen Anschlägen konnte ein dritter Brandanschlag, der vermutlich auch im Zusammenhang mit dem Papst-Besuch stand, auf die St. Etienne-Kathedrale in Toulouse vereitelt werden.

Mexiko warnt USA vor „Feuersbrunst"

Gipfel in La Paz: Reagan betont Forderung nach Selbstbestimmung in Mittelamerika

dpa/rtr/AP, **La Paz**

US-Präsident Ronald Reagan ist es bei seinem Besuch in Mexiko nicht gelungen, seinen Amtskollegen Miguel de la Madrid für die Mittelamerika-Politik Washingtons zu gewinnen. Einige Beobachter vertraten nach der Begegnung im Badeort La Paz sogar die Auffassung, daß sich die konträren Ansichten beider Seiten über Ursachen und Wege zur Lösung der Krise in der Region noch verhärtet haben.

Unter Anspielung auf die amerikanischen Manöver in Mittelamerika sagte Miguel de la Madrid, er habe Reagan gewarnt, daß die „Zurschaustellung von Gewalt und Stärke" eine „Feuersbrunst" in der Region entfachen könnte. Sie müsse einem politischen Dialog zwischen den USA sowie Kuba und Nicaragua Platz machen.

Der mexikanische Präsident, der freundschaftliche Beziehungen zu Kuba und Nicaragua unterhält, verwahrte sich auch dagegen, daß ein Land glauben könne, „seine Wertvorstellungen und Antworten sind die besten und deshalb auf eine fremde Nation anwendbar". Er sagte, Mexiko nehme aktiv „am Kampf für die Stabilität, Freiheit und Entwicklung in

SEITE 2:
Afghanistan und Nicaragua
Weitere Beiträge auf den Seiten 3 und 5

Zentralamerika teil". „Wir wünschen, daß seine Völker, unsere Brüder, Herren ihres Willens und ihres Schicksals sind."

US-Außenminister George Shultz, der teilweise an den mehrstündigen Gesprächen teilgenommen hatte, räumte ein, daß „unterschiedliche Ansichten" über Zentralamerika in „technischer Hinsicht" bestünden.

Reagan selbst gab in einer Erklärung vor Journalisten kein Abweichen von seiner bisherigen Mittelamerika-Politik zu erkennen. In Gegenwart de la Madrids sagte er, die USA unterstützten El Salvador beim Widerstand gegen linksgerichtete Eindringlinge, da das „Prinzip der Selbstbestimmung für die Bürger der Vereinigten Staaten ebenso bedeutsam wie für jeden anderen" sei. „Wir haben für eben dieses Prinzip Kriege gefochten", sagte Reagan. „Wir glauben, daß die Menschen in der Lage sein sollten, ihre eigenen Lösungen zu bestimmen, und das ist der Grund, warum wir dem Ersuchen um Hilfe entsprochen haben."

Reagan bekräftigte die Haltung Washingtons, daß eine Lösung für die Krisenregion auf der Einrichtung demokratischer Institutionen, der Beendigung der Unterstützung „subversiver Elemente" und dem Abzug ausländischer Militärs gestützt sein müssen.

Hanoi bezahlt mit Zwangsarbeitern

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

Mit dem Export menschlicher Arbeitskräfte versucht Vietnam zur Zeit seine Schulden in der Sowjetunion abzutragen und die laufende Wirtschaftshilfe Moskaus zu bezahlen. Mehr als 100 000 Vietnamesen müssen Zwangsarbeit in sowjetischen Fabriken und Baustellen leisten. Mehr werden folgen, heißt es in Berichten der „Stimme Vietnams". Denn das im April 1981 geschlossene Arbeiter-Kooperationsabkommen zeige „positive Auswirkungen auf den Aufbau Vietnams". Dies dürfte sich darauf beziehen, daß Moskau seine Wirtschaftshilfe in den vergangenen zwei Jahren verstärkt hat.

1981 markierte den Beginn der laufenden Fünfjahrespläne der Comecon-Länder. Da Hanoi 1978 dem Comecon beigetreten ist, wurde seine Wirtschaft in die Ostblockentwicklung integriert. Dies dokumentiert sich in einer Reihe von Vertragsabschlüssen, an[illegible]dem für Arbeiter[illegible]en Abkommen zur gemeinsamen Öl- und Gasgewinnung sowie zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, zum Warenaustausch und Zahlungsverkehr.

Trotz der propagandistischen Lobgesänge Hanois auf „gegenseitige Unterstützung" und „die sich laufend verstärkende Kooperation" muß Vietnam mit allem, was es hat, zahlen. Kaffee, Tee, Kautschuk, frische Früchte, Kohle werden jetzt fast ausschließlich in die Länder des Comecon exportiert, primär in die Sowjetunion. Doch das Volumen dieser Ausfuhren deckt nur einen geringen Teil der Schulden Vietnams ab, die westliche Experten auf drei bis 4,5 Milliarden US-Dollar schätzen. Dazu kommen die laufenden Neubelastungen. Die rückzahlbare Sowjethilfe entspricht einem Dollarwert von etwa 950 Millionen pro Jahr.

Hanoi setzt inzwischen große Hoffnung auf Öl und Gas. 5000 sowjetische Experten arbeiten an der Offshore-Exploration östlich von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon. Wann das Öl fließen wird, ist aber fraglich. Einstweilen erweist sich die Arbeiterverschickung als das sicherste Zahlungsmittel Hanois. Finanzielle Daten sind jedoch ein streng gehütetes Geheimnis. Darüber zu sprechen, käme dem Eingeständnis eines Sklavenhandels gleich.

Offiziell dient das Arbeiterkooperationsabkommen der Aus- und Weiterbildung von Vietnamesen an Arbeitsplätzen in der Sowjetunion. Im ersten Jahr, so die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, lernen die Vietnamesen die russische Sprache und ihren Beruf. In weiteren vier bis fünf Jahren sollen sie am Arbeitsplatz ihre Qualifikation verbessern und Erfahrungen sammeln.

Sechs Jahre also, um zum „qualifizierten Arbeiter" zu werden? Aus Briefen geht hervor, daß die Vietnamesen freie Unterkunft und Verpflegung und während der ersten drei Jahre ein „Taschengeld" erhalten. Tass erwähnt, die Vietnamesen dürften einen „Teil" ihres Lohns nach Hause schicken. Ungeklärt ist, warum nur einen Teil und zu welchem Wechselkurs. Besonders heikel ist die Frage nach dem Ort der Arbeitsplätze. Vietnamesen, die im westlichen Ausland leben, behaupten, daß ihre Landsleute auch am Röhrenbau für sibirisches Erdgas nach Westeuropa arbeiten. Vor allem Vietnamesen, die von den Umerziehungslagern Hanois in die Sowjetunion kamen.

In der Sowjetunion, so sagen die Exil-Vietnamesen, lebten ihre Landsleute „noch schlechter und noch gefährlicher" als zu Hause. Sowohl Moskau als auch Hanoi haben diese Behauptungen dementiert.

DER KOMMENTAR

Weniger arbeiten

GÜNTHER BADING

Noch haben die Tarifkommissionen der Gewerkschaften nicht getagt. Noch weiß niemand, wie konkret die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, nach der 35-Stunden-Woche gar, aussehen wird. Dennoch hat die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung emotionale Züge angenommen. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden würde den Arbeitsmarkt gar gewaltig entlasten, hörte man vom DGB und aus der in dieser Frage an der Spitze marschierenden IG Metall. Zu teuer, mindestens 18 Prozent mehr Lohnkosten, argumentierten die Arbeitgeber.

Mit der jetzt vom Münchener Ifo-Institut vorgelegten Studie ist es vorbei mit Glauben und Nicht-Wissen. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bringt kaum eine Entlastung der schwierigen Arbeitsmarktlage. Dagegen sei das bei der Lebensarbeitszeit-Verkürzung der Fall, etwa durch Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze auf 58 Jahre.

Die IG Metall, und in ihrem Gefolge andere Gewerkschaften, haben für 1984 den Einstieg in die 35-Stunden-Woche als tarifpolitisches Ziel proklamiert. Sie werden wegen der Ifo-Studie auf diesem Weg nicht umkehren; auch dann nicht, wenn man ihnen die parallel veröffentlichte Infra-Test-Umfrage vorhält, wonach nur 39 Prozent der Metall-Arbeitnehmer weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten wollen; 54 Prozent wollen alles beim alten lassen.

Ein Gutes sollte die Münchner Studie jedenfalls haben. Die Diskussion wird sich entkrampfen, fällt doch künftig das stets mit dem Unterton moralischer Entrüstung vorgebrachte Arbeitsmarkt-Argument weg. Ifo hat die IG-Metall-Forderung auf ihren wahren Gehalt reduziert: Man will für dasselbe Geld weniger arbeiten. Nichts anderes.

Neue Bedeutung bekommen jetzt andere Modelle der Gewerkschaften, so der „Döding-Plan" des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und die konkret auf Lohnverzicht zugunsten von Arbeitsplätzen hinauslaufenden Vereinbarungen der IG Chemie. Was noch fehlt, ist ein Rahmengesetz, das Tarif-Renten-Modelle, die dann den Arbeitsmarkt wirklich entlasten, möglich macht.

Ben-Ari: Freundschaft trotz Kritik

dpa, **Bonn**

Israel sieht das deutsche Eintreten für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht und die Kritik an der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland als Uneinigkeiten zwischen Freunden, die das allgemeine gute Verhältnis nicht belasten. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa sagte der israelische Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben-Ari: „Es gibt Differenzen in diesen und einigen taktischen Fragen, aber insgesamt sind die deutsch-israelischen Beziehungen freundschaftlich." Ben-Ari wertet die am 31. August beginnende Israel-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl als „richtigen und bedeutenden Schritt".

Der Botschafter stimmte mit Bundeskanzler Kohl darin überein, daß die guten Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Israel nicht zu Lasten der arabischen Welt gehen sollten. Eine Politik des „Entweder-Oder" sei falsch.

Ben-Ari erwartet von den Gesprächen Kohls mit Ministerpräsident Begin keine besonderen Probleme. Wichtig sei vor allem, daß sich der Bundeskanzler ein Bild von der „Wirklichkeit der israelischen Existenz" mache. Dies könne dazu beitragen, daß sein Verständnis für das israelische Sicherheitsbedürfnis und die Notwendigkeit wachse, sich verteidigen zu müssen. Befriedigt äußerte sich Ben-Ari darüber, daß Bonn und seine EG-Partner wieder zu einer „vernünftigen" Nahost-Politik zurückgekehrt seien, die die Realitäten berücksichtige, und auf „pompöse Erklärungen" wie in Venedig 1980 verzichteten.

Stoltenberg fordert stabilere Basis für EWS

dpa/VWD, **Wien**

Auch künftig wird die Wirtschaft mit Dollar-Kursbewegungen zu leben haben, die nicht immer dem Kriterium des Handelsgleichgewichts entsprechen. Dies sagte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am Wochenende in Wien. Es gebe keine Zauberformel, wie mehr Stabilität in die Beziehungen zwischen den großen Währungsblöcken hineingebracht werden könne. Devisentransaktionen zur Kursbeeinflussung könnten kaum mehr als kleine Schwankungen ausgleichen.

Um so wichtiger sei es, wenigstens die Währungsbeziehungen zwischen den EG-Staaten im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Fast 50 Prozent des Außenhandels der beteiligten Länder könne damit auf der Grundlage fester Wechselkurse mit relativ geringen Tagesschwankungen abgewickelt werden.

Stoltenberg forderte die Kreditwirtschaft zu mehr gesamtwirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein auf. Viele Institute hätten sich in den vergangenen Jahren an großen Krediten für Entwicklungs- und Ostblockländer beteiligt, ohne deren Grenzen für eine echte Schuldentilgung zu bedenken. Nach Jahren bereitwilliger Kreditgewährung werde aber jetzt das andere Extrem, nämlich ein plötzlicher Kreditabzug, für die Banken, die Schuldner und für die Weltwirtschaft nicht weniger gefährlich. „Die Banken müssen bereit bleiben, in anpassungswilligen Ländern ihr Kreditengagement beizubehalten und zum Teil noch zu erhöhen, wenn auch in verringertem Tempo", sagte der Minister.

Chiles Regime will Wahlen zum Kongreß vorverlegen

Zugeständnis Pinochets nach dreimonatigen Unruhen

AP, **Santiago**

In Chile sollen die für 1990 in Aussicht gestellten Wahlen nach den Worten des neuen Innenministers Sergio Onofre Jarpa schon „viel früher" abgehalten werden. In einem jetzt veröffentlichten, aber schon am Donnerstag, dem ersten Tag der blutig unterdrückten Proteste gegen das Militärregime gegebenen Interview, sagte der Minister: „Ich kann nicht sagen, wann, aber schon vor 1990 werden wir einen gewählten Kongreß haben." Die Verwirklichung politischer Gesetze, die dafür erforderlich seien, werde „sehr viel früher beginnen als dies vorgesehen war".

In Santiago wurden seine Äußerungen als erstes Anzeichen größerer politischer Zugeständnisse nach drei Monaten wachsenden Widerstands gegen den diktatorisch regierenden Staatspräsidenten General Augusto Pinochet gewertet. Bei den jüngsten Unruhen waren 24 Menschen ums Leben gekommen.

Der bisherige Terminplan sah vor, daß Pinochet bis 1989 regiert. Dann sollte die vierköpfige Militärjunta, der der Präsident nicht angehört, ein neues Staatsoberhaupt einsetzen, welches per Volksabstimmung im Amt bestätigt werden muß. Kongreßwahlen sollten dann für das folgende Jahr – 1990 – vom neuen Präsidenten ausgeschrieben werden.

Daß sich die Bevölkerung von der angekündigten Vorverlegung der Kongreßwahlen beschwichtigen läßt, wird in Santiago allgemein ausgeschlossen. Die Opposition beharrt darauf, daß es keinen Frieden ohne „Dialog unter Gleichen" geben könne, und zwar über alle Fragen einschließlich der Pinochet noch verbleibenden Amtszeit.

Immer häufiger werden Befürchtungen laut, daß es aus dem Teufelskreis von politischer Gewalt und Unterdrückung in Chile keinen Ausweg mehr gibt. Erstmals seit dem Militärputsch gegen den gewählten Präsidenten Salvador Allende vor einem Jahrzehnt wird in Kreisen der Regierung, der Opposition und der Kirche ernsthaft über die Möglichkeit diskutiert, daß es in dem Land einen Konflikt mittelamerikanischen Stils geben wird.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In wessen Auftrag?

Von Eberhard Nitschke

Die Geschichtsbücher der Parteien verzeichnen manche Senkrechtstarter, deren Karrierekurve ebenso steil wie der Aufstieg wieder abfiel. Der politische Werdegang der Liselotte Funcke ist dagegen durch Geradlinigkeit und durch Kontinuität gekennzeichnet." Das populäre Heftchen einer Reihe, die Bonner Prominenz abschildert, hat sich mit seinem Urteil zu früh festgelegt. Kurz ehe eine kleine Delegation der FDP in die Türkei fahren will, um dort Gastarbeiterprobleme zu besprechen, hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Liselotte Funcke, sich in einer Weise gegen eben diese Bundesregierung gewandt, die den Tiefpunkt einer Karriere markiert, wenn nicht sogar deren Ende.

Die Bundesregierung, sagte sie, treffe „eine Mitschuld an der Ausländerfeindlichkeit"; der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann liefere mit seiner Haltung in dieser Frage „täglich den Rechtsradikalen Futter".

Nun hat Zimmermann tatsächlich etwas getan, von dem sein Vorgänger und Frau Funckes FDP-Parteifreund Baum sich während seiner Amtszeit fernhielt: Er hat Maßnahmen angekündigt und getroffen, um das ungehinderte Anschwellen des Ausländerzustroms in die Bundesrepublik Deutschland einzudämmen. „Begrenzung, Rückkehrförderung, Integration" sind Grundsätze, die in den Regierungserklärungen von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 13. Oktober 1982 und vom 4. Mai 1983 bestätigt wurden, einvernehmlich mit dem Koalitionspartner.

Einzelnen Leuten hat es nicht gefallen, daß Zimmermann gesagt hat: „Ich werde nicht hinnehmen, daß versucht wird, jedes notwendige oder kritische Wort mit dem bequemen Hinweis auf Ausländerfeindlichkeit abzuwürgen." Es gibt kein Land, in dem eine großzügigere Ausländerpraxis herrschte, und Frau Funcke weiß das. Die Institution der „Beauftragten" wurde gewiß etabliert, um Interessen von Betroffenen in Unabhängigkeit von der Regierung wahrzunehmen. Aber sie wurde nicht etabliert, um der billigen Einseitigkeit ein Planstellenbukett zu schaffen.

Die Untätigen

Von Peter M. Ranke

Da stehen sechzehn verschiedene Armeen, Truppenteile und Milizen in Libanon, einschließlich der UNO-Blaumützen. Und blauäugig versichern sie alle, Libanon helfen zu wollen. Dennoch kann der Drusenchef Walid Jumblatt mit Hilfe Syriens Beirut durch die Sperrung seines Flugplatzes blockieren und eine ganze Stadt in den Würgegriff nehmen.

Mitten im Frieden, unter den Augen einer angeblich zivilisierten Welt, wird das kriegsgeschundene Land, das sich gerade wirtschaftlich zu erholen begann, wieder ruiniert. Die Hauptstadt Beirut ist zur Geisel der kriegerischen Drusen und der hinter ihnen stehenden syrischen Truppen geworden. Präsident Amin Gemayel wird erpreßt, und die alliierte Truppe der Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten sitzt mit 4200 Mann in der Falle.

Kann die libanesische Armee die Drusen entwaffnen? Kaum. Sie fürchtet die Syrer und fühlt sich ohne weitere westliche Verstärkung nicht dazu fähig. Aber die westliche Verstärkung bleibt aus, weil die alliierte Friedenstruppe in Beirut ja nicht kämpfen, sondern nur abschrecken soll. Die Israelis wiederum wollen so schnell wie möglich abrücken und keine weiteren Verluste erleiden.

Doch da stehen in Südlibanon seit 1978 rund sechstausend UNO-Soldaten aus zehn Nationen, die Blaumützen, völlig nutzlos. Es ist eine Truppe ohne wirklichen Auftrag, die aber bisher über 700 Millionen Dollar gekostet hat – verschwendetes Geld.

Diese Blaumützen könnten jetzt aber Beirut schützen und damit libanesische und alliierte Soldaten zum Vorgehen oder Kampf im Schuf freistellen. Das wäre eine beeindruckende Drohung, um die Regierungsgewalt wiederherzustellen. Doch ein neuer Einsatz der Blaumützen ist dem Veto der Sowjets im Sicherheitsrat unterworfen, obwohl Moskau bisher keine rote Kopeke zu den UNO-Friedenstruppen beigetragen hat. Daher ändert sich nichts. Syrer und Drusen können Beirut weiter blockieren und erpressen.

Gesundheit und Glaube

Von Günter Zehm

Was ist wirklich dran? Das werden sich in diesen Tagen wieder einmal zahlreiche medizinische Skeptiker fragen, wenn sie die Bilder vom Papstbesuch an der „wundertätigen" Quelle von Lourdes sehen. Die Schulmedizin muß sich ja schon seit längerem massivster Angriffe erwehren. Materialismus wird ihr vorgeworfen, „Reduktionismus", Anbetung der Apparate und Ignoranz gegenüber der Psychosomatik. Ihr Ansehen erleidet Einbußen, und im selben Maße steigt das Ansehen unorthodoxer, „gesamtheitlicher", religiös getönter Heilmethoden.

Die Amtskirche, ob katholisch oder evangelisch, hat sich mit der Anerkennung von „Wunderheilungen" außerhalb des schulmedizinischen Kanons bisher sehr zurückgehalten, und zwar völlig zu Recht. Natürlich geht sie davon aus, daß jeder Kranke zur Heilung auch des geistlichen Beistands und der Fürbitte bedarf, aber die Lokalisierung dieses Beistands, seine Fixierung an gewisse Örtlichkeiten oder herausgehobene Persönlichkeiten, ist ihr im Grunde gar nicht willkommen. Sie spürt das heidnische Element in solchen Fixierungen, die alte Brunnen- und Schamanenmagie, und ist bemüht, die Konstellation zu verchristlichen.

So wird aus dem Ort der „Wunderheilung" ein schlichter Wallfahrtsort, ein Ort, an dem nicht Magie, sondern das Wort und die Botschaft Gottes dominieren. Dem (heidnischen) Genius loci wird gewissermaßen das Wasser abgegraben. Die besondere Heilkraft kommt nicht mehr aus der Erde, sondern hörbar von oben; es ist die Stimme der Hoffnung im Glauben, der bekanntlich nicht nur Berge versetzen, sondern gelegentlich auch einen im Sinne der Schulmedizin unheilbar Kranken gesund machen kann.

Jeder Heilkundige weiß inzwischen von der großen Kraft der Hoffnung; und er weiß auch, daß die Hoffnung ein Symbol braucht, um voll wirksam werden zu können, ein Placebo. Viele Apotheken führen inzwischen derartige Placebos, viele Ärzte verschreiben sie. Und auch Lourdes und vergleichbare Orte sind überdimensionale Placebos der Hoffnung und des Vertrauens.



„Ich warne vor Wasserschaden!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Grand Design in der Sahara

Von Heinz Barth

Wie zu befürchten war, ist Präsident Mitterrand, der sich nur widerstrebend zur Entsendung der französischen Fallschirmjäger nach Tschad bereit fand, mit seinem Entschluß zu spät gekommen. Die libysche Invasion hat ihr vorläufig nächstes, aber durchaus nicht letztes Ziel, die De-facto-Teilung des ärmsten der armen Länder Afrikas, erreicht. Es ist von nicht zu unterschätzender strategischer Bedeutung, daß Oberst Khadhafi jetzt die gesamte nördliche Hälfte Tschads, einschließlich eines großen Teiles der Grenze zum Sudan, unter seine Kontrolle gebracht hat.

Nach der offiziellen, nun schon zehn Jahre zurückliegenden Annexion des Aouzou-Streifens, die Frankreich nie ernsthaft zu verhindern suchte, hat Libyens Staatschef damit die Ausgangsbasis für die Expansion seines Einflusses auf Zentralafrika entscheidend verbreitert. Begreiflich, daß er zur Zeit an einer Konsolidierungs-Phase interessiert ist, um seinen Machtzuwachs zu festigen. Trotz der Entsendung der Fallschirmjäger summt der Draht zwischen Tripolis und Paris so emsig weiter, wie Hissène Habré, der Präsident Tschads, schon immer argwöhnte. Es paßt in dieses Bild, daß Khadhafi seinen Unter-Satelliten im nördlichen Tschad, Gukuni Weddeye, anwies, die Organisation Afrikanischer Staaten in Gespräche über eine „dauerhafte" Zukunft des Landes einzuschalten.

Bei dem Mißtrauen, auf das der Libyer bei der Mehrheit der OAU-Mitglieder stößt, wird das nicht viel bewirken. Die Frage ist nur, wieviel die scheinbare Kompromißbereitschaft Khadhafis in Paris bewirkt. Offensichtlich hat Frankreich seine Fallschirmjäger nicht in Marsch gesetzt, um Faya-Largeau zu befreien. Sie haben die klare Weisung, nur zu kämpfen, wenn sie angegriffen werden. Damit signalisiert Paris den libyschen Aggressor, daß militärische Verwicklungen größeren Ausmaßes unvermeidlich wären, sollte er versuchen, auf die Hauptstadt N'Djamena vorzustoßen.

So spricht vieles für eine Besinnungspause. Andererseits kann Mitterrand aber den von Paris anerkannten Präsidenten Tschads nicht fallenlassen. Ihm ein ähnliches Schicksal zu bereiten, wie es die Amerikaner in Südvietnam einst General Thieu bereiteten, würde Frankreich den Rest von Ansehen bei den frankophonen Republiken Afrikas kosten, der Paris nach zehn Kriegsjahren in Zentralafrika noch verblieben ist. Die französische Haltung war schlimmer als unklar – sie war widerspruchsvoll in ihrem Konzept, ständig pendelnd zwischen dem Prestigedenken, das sich Frankreich so schwer abgewöhnen kann, und der Angst, in den Ruf des Neo-Kolonialismus zu geraten.

Genau das ist das Problem des Sozialisten Mitterrand, der dabei nicht nur auf die Stimmung in den frankophonen Ländern, sondern weit mehr noch auf den linken Flügel seiner eigenen Partei und die Kommunisten in der Koalition Rücksicht nehmen muß. Es ist



Khadhafis Stoßtrupp: Gefangene Rebellen in Tschad
FOTO: BRANDILLY/STUDIO X

nicht einfach, eine konsequente Linie in der Afrikapolitik zu verfolgen, wenn es gleichzeitig dem französischen Außenminister erlaubt ist, den Vereinigten Staaten wegen ihres Verhaltens in Mittelamerika – noch dazu von Kuba aus – Lektionen zu erteilen.

Mit diesem Widerspruch kann Mitterrand auf absehbare Zeit nicht fertig werden. Ihm bleibt nur die Wahl zwischen zwei Alternativen, die beide für ihn wenig angenehm sind. Entweder er demaskiert sich vor dem frankophonen Afrika, indem er den Präsidenten Tschads zwingt, wider seinen Willen die Teilung des Landes zu akzeptieren. Das käme einer Abtretung der bisherigen Einfluß-Positionen Frankreichs an Khadhafi gleich, der nicht zögern würde, seine Expansionspolitik über die Grenzen Tschads hinaus zu verfolgen. Oder Mitterrand entschließt sich zu einem Konfrontationskurs, mit dem er sich dem Druck aus Washington anpassen würde. Dies wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe der „Unabhängigkeit" Frankreichs gegenüber der Dritten Welt, an der Paris seit de Gaulle immer festhielt.

Die Wahl ist nicht leicht – es ist im Grunde die Wahl zwischen einer ideologischen und einer in strategischen Kategorien denkenden Afrikapolitik. Ein revolutionärer Fundamentalist wie Khadhafi ist durch nichts zu beschwichtigen, sondern nur durch militärische Mittel in seine Grenzen zu verweisen. Solange dies nicht geschieht, wird er immer einem „Grand Design" auf Arabisch nachjagen – das heißt der Illusion, aus dem Norden Afrikas ein Großreich des Islam zu schneiden, das vom Sudan bis zur westlichen Sahara reicht.

Das ist ein Konzept, dem der Westen nur in gemeinsamer Wachsamkeit entgegentreten kann. Amerika hat allen Grund, die Franzosen daran zu erinnern, daß sie in Nordafrika keine Einfluß-Sphäre beanspruchen können, wenn sie nicht bereit sind, sich diesem Anspruch gemäß zu verhalten. Der Kubaner macht Washington genug zu schaffen. Es kann nicht auch noch für Frankreich die Last des Libyers auf sich nehmen.

IM GESPRÄCH Nicanor Parra

Poet gegen Gewalt

Von Günter Friedländer



Lehnt Frankreichs Surrealismus ab: Parra
FOTO: DIE WELT

Zwei Chilenen haben Nobelpreise gewonnen, und beide waren Dichter: Gabriela Mistral und Pablo Neruda. Das Land, „das Gott mit einem Lächeln erschuf", hat eine beneidenswerte Zahl von Dichtern und anderen Künstlern hervorgebracht, die die Welt nicht von den Höhen des Elfenbeinturmes betrachten, sondern den Alltag des Volkes teilen. Einer der bedeutendsten ist Nicanor Parra. Er hat sich mit einem neuen Gedicht an Chile gewandt, das den Titel „Aufruf zum Volksentscheid" trägt.

Der Name Parra – Nicanor ist der ältere Bruder der verstorbenen Violeta – war in der Vergangenheit mit Protestbewegungen verbunden. Aber Chile sollte nicht mehr protestieren, meint Nicanor: „Ich bin ein friedliebender Mann und gegen alle Gewalttätigkeit." Ihn erschreckt, was er „die Argentinisierung des chilenischen Prozesses" nennt. Im Hintergrund der chilenischen Protestbewegungen glaubt er das Rattern der Maschinengewehre zu hören. Chile müsse aus der nächtlichen Sphäre der Hysterie, der gegenseitigen Drohungen, des Rachedurstes befreit werden.

Nur ein Volksentscheid, sagt der Dichter, kann das erreichen. Wenn das Volk Pinochet will, ist das in Ordnung. Und wenn es ein anderes Regime will, ist es auch in Ordnung, solange „das chilenische Volk im vollen Tageslicht ... seinen souveränen Willen kundtut. Wir sollten uns alle wie gute Brüder umarmen, wage ich vorzuschlagen, bevor es zu spät ist."

Würde Pinochet sich einem Volksentscheid unterwerfen? „Ich glaube an den Patriotismus des Präsidenten", sagt Parra. Aber könnte ein Volksentscheid nicht ein marxistisches Regime zurückbringen? „Ich glaube das nicht. Diese Alternative wurde in unserer Geschichte ja schon überwunden."

Fünfzig Schriftsteller und Intellektuelle unterschrieben Parras Aufruf unmittelbar nach der Veröffentlichung. Der Mann mit dem zerfurchten Prophetengesicht und der grauen Löwenmähne ist, wie der Präsident des chilenischen Schriftstellerverbandes Luis Sanches Latorre sagt, „nicht nur in Chile, sondern überall in der Welt und in jeder Sprache eine literarische Institution geworden".

Aber auch eine literarische Institution kann gefährlich sein. Das von Frankreichs Regierung abhängige französische Kulturinstitut in Santiago lud Parra kürzlich ein, bei einer kulturellen surrealistischen Tagung zu sprechen. Er nahm an und sagte dort: Besser als die Veranstaltung angeblich intellektueller Gespräche wäre, „wenn die nie ausgewogene französische Regierung sich entschiede, ihre nuklearen Verpflichtungen zu erfüllen ... und den schmutzigen nuklearen und konventionellen Waffenhandel mit den Militärs der Dritten Welt aufgeben würde ... Caramba – ich sage nein zum nuklearen französischen Surrealismus".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Zur Steuerdiskussion meint die Düsseldorfer Zeitung:

Zwar hat die CDU/CSU/FDP-Koalition schon zu Beginn ihrer Zusammenarbeit angekündigt, sie werde die Steuer- und Abgabelast mindern. Dennoch verdient Graf Lambsdorff Beachtung, wenn er diese Absicht jetzt bekräftigt. Er wird sich beim Wort nehmen lassen müssen. Und mit ihm Finanzminister Stoltenberg, der sich kürzlich genau so wie jetzt der Wirtschaftsminister geäußert hat. Zu hohe Abgaben untergraben den Gemeinsinn. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Schon viele Politiker haben sich geäußert. Aber bis jetzt ist nichts gegen das Übel getan worden.

Kölnische Rundschau

Zur Forderung nach einer Raketen-„Abstimmung" im Bundestag heißt es in der Zeitung:

Es wird zu Recht keine neue Abstimmung mit Gesetzescharakter geben, welche die Raketenstationierung verhindert oder aufschiebt. Eine solche Abstimmung hat es in Form eines Beschlusses der Bundesregierung längst gegeben. Die Forderung aus dem linken Bundestagslager, im Herbst „abzustimmen", hat zu allererst taktische Gründe. Mit einem Votum, dessen Ergebnis wegen der klaren Mehrheit von CDU/CSU/FDP im Bundestag schon vorher feststünde, möchten die Oppositionspolitiker die Union und die FDP als „Raketen-Parteien" hinstellen.

Allgemeine Zeitung

Zur Papstreise heißt es in dem Mainzer Blatt:

Es scheint zu dem Leidensweg zu gehören, den dieser Papst des Friedens und der Gerechtigkeit zu gehen hat: Fast überall, wo Johannes Paul II. seinen Fuß hinsetzt, begegnet er neben millionenfach kundgegebener Liebe und Sympathie Ausbrüchen des Hasses und der Gewalt. Selbst seine private Pilgerreise nach Lourdes wird von Fanatikern begleitet, deren Sprache die Bombe ist ... Dieser Papst ist nun einmal kein flacher Stein im Bach, über den das Wasser hinplätschert. Das ist ein erratischer Block, der sich Zeitströmungen in den Weg legt, die er als wider die göttliche und menschliche Ordnung gerichtet einschätzt. Das hat nichts mit Fundamentalismus zu tun, wohl aber mit der Notwendigkeit, in einer Zeit, die so vieles fragwürdig macht und zahllose Menschen verunsichert, unverbrüchlich zu einer Wertordnung zu stehen.

Frankfurter Neue Presse

Die Zeitung kommentiert Börners Lage:

Jedem ist aufgefallen, daß Börner die Ichform wählte. An dieser Stelle seiner Rede hat der noch amtierende Ministerpräsident nur für sich gesprochen und nicht für seine Partei. Nichts ist also klar außer der isolierten Position Holger Börners.

WIESBADENER TAGBLATT

Die Zeitung kommentiert das Verhalten der hessischen SPD:

Abgesehen davon, daß den Wähler natürlich brennend interessiert, wie die SPD es gegebenenfalls mit den Grünen halten will oder wie sie notfalls über eine große Koalition denkt, ist die Zurückhaltung Börners in dieser Frage taktisch verständlich. Denn eine Koalition mit den Grünen, ja selbst die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen mit all den Folgen möglicher Erpreßbarkeit durch die jungen Leute der alternativen Partei, wäre für viele sozialdemokratische Wähler nicht akzeptabel.

Der Vergleich zwischen Afghanistan und Nicaragua

Ein unglückliches Land als Alibi für Anti-Amerikanismus / Von Enno v. Loewenstern

Gäbe es Nicaragua nicht, unsere Friedensbewegten müßten es erfinden. Das unglückliche Land erfüllt zehntausend Meilen östlich eine Alibi-Funktion: Wann immer ein Kritiker der hiesigen Einseitigkeit darauf hinweist, daß die UdSSR ihre Aggressivität doch eindrucksvoll genug in Afghanistan beweise, schallt es zurück: Und Reagan in Nicaragua?

Willy Brandt sagte einmal: „Das haben Großmächte so an sich." In der SPD heißt das Äquidistanz. Die sogenannte Friedensbewegung ist allerdings längst darüber hinaus. Ihre Schlagworte klingen auf der einen Seite klar und präzise: „Amis raus aus Nicaragua". Auf der anderen Seite wird sehr viel feinsinniger formuliert, man sei „für eine politische Lösung" in Afghanistan, die „den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt". Für den Alltagsgebrauch aber lautet die Parole: Andropow interveniert hier, Reagan dort; was ist der Unterschied?

Um das zu erfahren, braucht man eigentlich nicht in die Ferne zu schweifen. Kein Kritiker denkt etwa daran, äquidistant die Bundesrepublik mit der „DDR" zu vertauschen, da die Unterdrückung dort, Großmächte haben das so an sich, nicht ärger sein kann als hier. Aber wehe dem, der die Bewegten darauf anspricht; er wird sofort angebrüllt: „Aha – geht doch rüber, nicht wahr?", was besagen will: Ihr wollt uns wohl hinaustreiben wie Hitler die Unerwünschten von damals! Womit das Thema abgewürgt wäre. Dennoch, Nicaragua wird benötigt. Irgendwo in weiter exotischer Ferne, so soll der mündige Spießbürger ahnen, zeigt Uncle Sam seine wahre Fratze.

Nun hat Reagan Mexiko besucht und hat die simple Wahrheit ausgesprochen: Nichteinmischung und damit auch das Ende der bewaffneten Subversion, Abzug aller Militärberater, Zusammenarbeit zur Überwindung der Wirtschaftskrise, Stärkung der demokratischen Institutionen. In El Paso sagte er es noch einfacher: Selbstbestimmungsrecht.

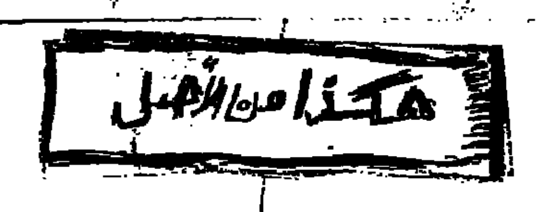
Die UdSSR hat dagegen klargestellt, daß sie Afghanistan allenfalls dann räumt, wenn man ihr garantiert, daß dort keinesfalls das Selbstbestimmungsrecht, sondern der sowjetische Satrap herrscht. Und so fordern auch hier die Friedensfreunde kein Selbstbestimmungsrecht für Afghanistan, noch auch für Mitteldeutschland oder die anderen sowjetisch besetzten Gebiete. Typisch sagte es vor einem Jahr die „Zeit":

„Mehr Freiheit für die Polen – wer würde sich das nicht von Herzen wünschen? Aber manche Reden, die aus dem Weißen Haus und aus dem Pentagon zu uns dringen, legen den Gedanken nahe, daß es im Grunde nicht nur um mehr Freiheit geht, sondern um Befreiung vom kommunistischen System. Dies aber würde zu einer Destabilisierung der weltpolitischen Machtverhältnisse mit unübersehbaren Folgen führen. Dies kann in niemandes Interesse liegen, auch nicht im Interesse Washingtons und auch nicht in dem der Polen."

Und so wird denn auch Reagan niemals von dieser Seite aufgefordert, Freiheit und Selbstbestimmung zu bringen, sondern das Schlüsselwort – auch Mexikos Präsident de la Madrid gebrauchte es jetzt gegenüber seinem Gast – heißt „friedliche Verhandlungslösung". Wie das in der Praxis endet, kann man von Prag 1948 bis Nicaragua heute studieren.

In Nicaragua hat eine bürgerliche bis linke Koalition (mit Hilfe der USA) den Diktator Somoza gestürzt. Aber dann wurden im Wege der friedlichen Verhandlungslösung alle demokratischen Junta-Mitglieder verjagt, und so wie Gottwald 1948 in Prag behielten die Ortega und Genossen die Macht. Das Land wird militarisiert, die Wirtschaft wird ruiniert, Schlangen bilden sich vor den Geschäften; und was die Wahlen betrifft, so werden sie in El Salvador als Betrug abgetan und in Nicaragua verschoben. Das wiederum sieht jeder Friedensfreund ein, denn das Land ist „nicht reif" – es könnten ja konterrevolutionäre Elemente gewinnen und die „lebensbejahenden Errungenschaften" (wie der Weltkirchenrat die dortigen Zustände nennt) rückgängig machen.

Insofern gleichen Nicaragua und Afghanistan einander in der Tat. In beiden Fällen sorgt die UdSSR dafür, daß es zu keiner Selbstbestimmung kommt. Nur: Gottlob haben das nicht alle Großmächte so an sich. Und deshalb kann hier weiterhin in Freiheit gegen die Freiheit demonstriert werden.



Die Not wird größer, aber die Mexikaner halten still

Mexiko erlebt ein bedrückendes Jahr. Preise und Steuern steigen massiv, Lohnerhöhungen bleiben weit unter der Inflationsrate von fast 100 Prozent. Eine Zeitung schrieb: „Tortillas und Bohnen sind ein Luxus."

Von WERNER THOMAS

Es wird nie richtig hell. Tief hängt eine graue Wolkendecke über der Mammut-Metropole. Meist mittags entlädt sich ein plötzlicher Sturzregen. Die Straßen gleichen dann Kanälen, und die Autos zerknäueln sich an den Kreuzungen zu einem hoffnungslosen, von schrillen Hupkonzerten untermalten Chaos.

Die Menschen schimpfen schrecklich über das triste und naßkalte Wetter. Es paßt zur Stimmung des Volkes. Mexiko marschiert durch die längste wirtschaftliche Talsohle seiner Geschichte. Obgleich der Leidensweg bereits vor mehr als einem Jahr begann, sind die Leute immer noch fassungs- und ratlos. Wie konnte das geschehen? Hatte der frühere Staatschef José Lopez Portillo nicht unter Hinweis auf den Ölreichtum *ein Ende der Armut und des Elends* versprochen?

Lopez Portillo, bis Dezember vergangenen Jahres noch ein machtvoller Präsident, ist zur Zielscheibe der Wut, des Hasses und des Spotts geworden. Wie eine Meinungsumfrage der Zeitschrift „Contenido" ermittelte, geben 59 Prozent der Mexikaner der Mißwirtschaft und der Korruption während der Lopez-Portillo-Ära die Schuld an der Misere. Die gesunkenen Ölpreise seien nur ein Nebenfaktor gewesen.

Die Zahlen sprechen für sich. Etwa 60 Prozent der Menschen sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. In den letzten eineinhalb Jahren haben zwischen eineinhalb und zweieinhalb Millionen ihre Beschäftigung verloren. Die Wirtschaft, die Ende der siebziger Jahre noch um acht Prozent wuchs, wird 1983 einen vierprozentigen Schrumpfungsprozeß verzeichnen. In den ersten vier Monaten wurden 40 Prozent weniger Autos verkauft als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die gesamte Industrieproduktion fiel um 11 Prozent. Selbst der Bierkonsum ging um 20 Prozent zurück. Die Inflationsrate pendelt zwischen 90 und 100 Prozent.

Auf der Reforma, dem breitesten Boulevard von Mexico City, drängen sich die Schuhputzer-Brigaden. Zerlumpte Kinder singen für einige Pesos in den Bussen und Untergrundbahnen. An den Kreuzungen warten Straßenhändler auf Rotlicht, damit *sie die kurz* stoppenden Autofahrer überfallen können. Ihr Warensortiment reicht von Bleistiften bis Blusen. In den Freiluft-Restaurants der schicken Zona Rosa wird pausenlos gebettelt.

Die Bauruinen *fallen auf – Monumente* des Geldmangels. Selbst das neue Hochhaus-Hauptquartier des staatlichen Ölkonzerns Pemex, mit 220 Metern das höchste Gebäude der Metropole, auf dessen Dach sich ein Hubschrauber-Landeplatz befindet, wird vorerst nicht fertiggestellt. Die Geschäfte und Restaurants wirken leerer als sonst. Früher waren die Lokale und Bars in den Nachmittagsstunden von gutgekleideten Männern überfüllt, den Spesenrittern der Regierungsbehörden und der Privatwirtschaft. Heute nicht mehr.

Die Misere hat viele Mexikaner ins Verbrechen getrieben. Die mit 16 bis 17 Millionen Menschen wohl größte Metropole der Welt ist gefährlich geworden. „Viele Leute haben keine Arbeit und müssen ihre Familien ernähren", meinte lakonisch ein Polizeisprecher. „Sie überfallen Passanten, Geschäfte oder Banken." Die Gewaltverbrechen sind seit Jahresbeginn um 25 Prozent gestiegen, die kriminellen Delikte Jugendlicher um 55 Prozent. Von den meisten Verbrechen erhält die Polizei aber gar keine Kenntnis.

Auch Arbeitende leiden. Das Realeinkommen ist in den letzten zwei Jahren um 40 Prozent gesunken, und dieser Trend setzt sich fort. Die Regierung tolerierte keine Lohnerhöhungen über 20 Prozent. Der Mindestlohn durfte lediglich um 15,6 Prozent auf 523 Pesos pro Tag steigen, etwa 9,20 Mark. Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung verdient diesen kargen „salario minimo".

Millionen Mexikaner, unter ihnen viele Angehörige der Mittelklasse, können sich keine Fleischmahlzeiten mehr leisten. Der monotone Speisezettel umfaßt lediglich Tortillas und Bohnen. Für manche Leute sind selbst die Tortillas zu teuer geworden, die heute 15 Pesos pro Kilo kosten, doppelt soviel wie Ende vergangenen Jahres. Kürzlich meldete die Zeitung „Ovaciones" per Schlagzeile: „Tortillas und Bohnen sind ein Luxus."

Der Dollar ist König. Wer die amerikanische Währung in Pesos umtauschen kann, lebt billig. Kein Wunder, daß Touristen-Ströme aus den USA das Land überfluten.

Ausländische Beobachter wundern sich immer wieder, daß die Krise bisher ohne ernsthafte soziale Unruhen verlief. Es hat wohl eine Welle von Streikaktionen und Demonstrationen gegeben. Protestmärsche irgendeines Gewerkschaftsverbandes gehören zum Straßenbild Mexico Citys. Am 1. Mai soll es bei Auseinandersetzungen rivalisierender Lehrer-Organisationen auf dem riesigen Zocalo-Platz im Zentrum der Stadt fast 50 Todesopfer gegeben haben. Die politische Stabilität Mexikos wurde jedoch nicht gefährdet.

Dieses Volk verblüfft durch eine stoische Geduld und Leidensfähigkeit, ein Erbe der indianischen Vergangenheit. Die Toleranzschwelle liegt hier höher als anderswo in Lateinamerika. Die Mexikaner werden jedoch auch von dem raffiniertesten politischen System des Kontinents kontrolliert. Die „Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI), seit 54 Jahren am Ruder, konnte in den letzten Monaten wiederum ihre Elastizität unter Beweis stellen. Wo Probleme auftauchten, reagierte sie *rechtzeitig, isolierte* oder „schmierte" Opponenten.

Der neue Präsident Miguel de la Madrid Hurtado will keine Verantwortung für die Krise tragen, obgleich er Haushalts- und Planungsminister *der alten Regierung* war und von Lopez Portillo zum Nachfolger ernannt wurde. De la Madrid hat der Nation den Gürtel brutal eng geschnallt. Kein Mexikaner kann sich an vergleichbare Austerity-Maßnahmen *erinnern: höhere* Preise und Steuern (die Mehrwertsteuer stieg gar auf 15 Prozent), niedrige Lohnabschlüsse, radikale Reduzierung der Einfuhren. In den ersten vier Monaten registrierte die Regierung stolz einen Handelsbilanzüberschuß von vier Milliarden Dollar. Weil kaum noch was importiert wird.

„Wir brauchen noch mindestens drei Jahre", antwortet der Präsident bei Interviews auf die Frage, wann sich das Land wieder erholt. (SAD)



Kampf um das tägliche Brot: Gelegenheitsarbeiter in Mexico City FOTO: AP

WIE WAR DAS? Als Vollbeschäftigung noch selbstverständlich war

Von GISELA REINERS

Anfang der siebziger Jahre stöhnte eine gelangweilte Angestellte beim Arbeitsamt: „Man traut sich kaum, in Urlaub zu gehen aus Sorge. es könnte der *letzte* Arbeitslose vorbeikommen. Den möchte man schließlich mal gesehen haben." Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Jahr 1970 sage und schreibe 0,7 Prozent. Im Juni desselben Jahres *hatte sie den Tiefpunkt von 0,4* Prozent erreicht. (Diese Rekordmarke war zuvor nur 1962 und 1965 berührt worden.) 94 767 Menschen suchten damals Beschäftigung.

Heute sind es allein bei den jungen Leuten unter 20 gut doppelt so viel, die einen Arbeitsplatz suchen. Insgesamt waren es im Juli 2,2 Millionen – 8,7 Prozent. Für das nächste Jahr wird mit durchschnittlich 2,5 Millionen gerechnet.

Allgemein geht man davon aus, daß Vollbeschäftigung herrscht, wenn die Arbeitslosenquote, also der Anteil der Jobsucher an der Zahl der Beschäftigten, drei Prozent beträgt. Die Marke von drei Prozent wurde in der Bundesrepublik im Oktober 1974 erreicht – fast genau ein Jahr nach der ersten Ölkrise. 1973 war die Arbeitslosenquote nur um 0,1 Prozentpunkt höher als 1972. Sie betrug 1,2 Prozent. 1974 war sie um 1,4 Punkte auf 2,6 Prozent geschnellt. Für die Bundesrepublik bedeutete das eine enorme Steigerung, die zahlreiche Wirtschaftsförderungs- und Beschäftigungsprogramme *im Lauf der kommenden* Jahre auslöste. Dennoch blieb die Bundesrepublik im europäischen und weltweiten Vergleich „eine Insel der Stabilität" (Bundeskanzler Helmut Schmidt).

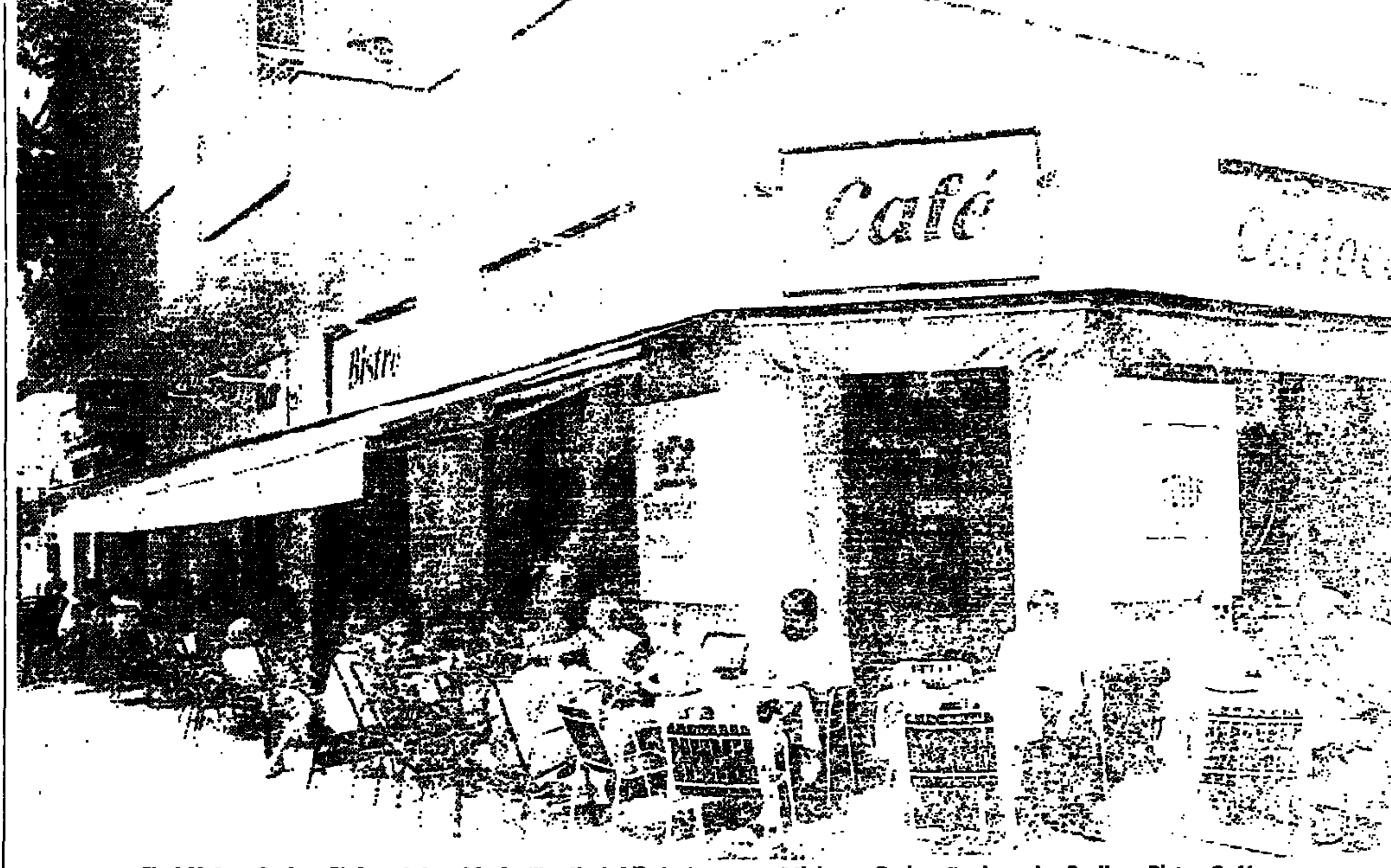
Rund 672 000 Menschen waren damals auf der Suche nach Lohn und Brot – zu der Zeit damals eine erschreckend hohe Zahl, heute ein Wunschtraum. Hatte die deutsche Wirtschaft auch durch den Ölschock einen Dämpfer erhalten, die Rahmenbedingungen waren immer noch gut. Noch von den sechziger Jahren war man es gewohnt gewesen, daß Arbeitskräftemangel sozusagen ein Schicksal war. Nur: Er hatte die Arbeitskosten *in die Höhe* getrieben, Rationalisierungsdruck erzeugt, das Auswechseln von Menschen gegen Maschinen ebenso wie die Verlagerung von zahlreichen Produktionsstätten in sogenannte Billiglohnländer vorangetrieben.

Der Bedarf schien fast unermeßlich, die Nachkriegslücken schlossen sich erst allmählich, alles wurde gebraucht, alles konnte abgesetzt werden, die Preise wurden großzügig gestaltet. Energie war billig, vor allem das Öl. In den sechziger Jahren kostete der Liter Benzin um die 50 Pfennig, und selbst im Oktober 1974 wurden dem Autofahrer nur 83 *Pfennig abverlangt.*

Japan wuchs erst zum Rivalen im Kampf um die Marktanteile der Welt heran. Auch die Entwicklungsländer mischten schüchtern mit. Damals war Stahl noch gefragt *für Großtanker*, im Raffinerie und sonstigen Anlagenbau. Mit 53,32 Millionen Tonnen Stahl, Kennzeichen wirtschaftlicher Macht und industrieller Leistungsfähigkeit, erlebte die Bundesrepublik einen nie gekannten Boom.

Deutsche Waren fanden reißenden Absatz auf den Weltmärkten. 50,8 Milliarden Mark betrug 1974 der Ausfuhrüberschuß – ebenfalls ein Rekord, der erst 1982 geringfügig übertroffen wurde. Unterstützt wurde das Export-Geschäft von einer unterbewerteten Mark. Der Dollarkurs lag bei etwa 2,56 Mark, das Kapital strömte nicht wegen hoher amerikanischer Zinsen auf den fremden Kapitalmarkt und trieb nicht fortwährend den Zins in der Bundesrepublik in die Höhe.

Allerdings trübte eine hohe Inflationsrate das schöne Bild der Zeit, als noch Vollbeschäftigung herrschte. Um sieben Prozent sank der Wert des Geldes im Jahr 1974 – heute sind es unter drei Prozent. Im August 1972 hatte der damalige Superminister für Wirtschaft und Finanzen, Helmut Schmidt, gesagt: „Das deutsche Volk kann fünf Prozent Inflation eher vertragen als fünf Prozent Arbeitslosigkeit." Nur drei Monate nach dem arbeitsreichen Oktober 1974 war es soweit: Ende Januar 1975 suchten rund 1,2 Millionen Menschen nach Arbeit – die Erwerbslosenquote betrug fünf Prozent. Vollbeschäftigung wurde zum schönen Traum.



Ein bißchen Pariser Flair auf dem Markt für allerlei Zwischenmenschliches: „Carioca", eines der Berliner Bistro-Cafés FOTOS. THOMAS MACHOWINA

Frühstück gibt's auch abends um elf

Abseits vom Ku'damm ist in Berlin eine neue Art Café entstanden. Produkte der Berliner Szene, sind diese Bistro-Cafés vor allem für die jüngere Generation mehr als Treffpunkte. Sie spiegeln ein Stück Gemütsverfassung.

Von HANS NERTH

Zuerst mag es ein Studentenulk gewesen sein, nicht viel mehr. Zu Beginn der prosperierenden Siebziger, da suchten ein paar junge Leute ihren individuellen Treff in einer eigenen Kneipe. Sie fanden in der stillen Emser Straße in Wilmersdorf eine Schuster-Werkstatt, deren Prinzipal sich gerade aufs Altenteil zurückgezogen hatte. Sie schleppten eine *beulige* Theke herbei, verschafften sich einen Brauerei-Kredit und schütteres Kneipen-Mobiliar, ließen das rissige Firmenschild „Schuhmacherei" einfach überm Laden hängen und schenkten darunter Bier aus. *Fässerweise, denn der Andrang war* beträchtlich. Und auch der Lärm, wenn noch zu mitternächtlicher Stunde die Humpen über die Köpfe der Wartenden hinweg bis auf die Straße gereicht wurden. Es hagelte *Bürgerproteste und Anzeigen* verstörter Anwohner.

Aber keimten nicht zu gleicher Zeit auch andernorts ähnliche Unternehmungen junger Leute für junge Leute, die gerade ihren „Null Bock" auf ständigen Umgang mit den etablierten Älteren entdeckt hatten und die das Geschäft selber machen wollten? Trafen sich nicht schon Ideologen einer extrem linken Szene im „Khan" in der Pariser Straße, nur um die Ecke – oder war das „Bleibtreu" mit seinen gastronomischen Pop-Offerten für Frühfrustrierte wie für Abstauber der wabernden Protestbewegung Vorreiter aller Neugründungen dieses Genres?

Wie schnell ein Trend sich ändert: Damals, vor einem guten Jahrzehnt erst, tönten lautstarker Gesellschaftsprotest und nächtelange Strategie-Debatten zum „Persiko", einem Altberliner Aprikosenlikör, der gerade seine unverhoffte Renaissance als Modegesöff der Nach-Achtundsechziger erlebte. Inzwischen hängt das Linksblatt „taz" schlaff am Wandhaken, füllen Kleber der Alternativen, aber auch so manches Hinweisposter auf Ereignisse der Rock- und Theatersaison lustlos die Nischen zwischen nostalgischem Mobiliar, blinden Garderobenspiegeln und unsäglich klapprigen Anrichten in Nuß und nachgemachtem Spät-Klassizismus aus Omas guter Stube.

Damals hörte man Hieb- und Schlagworte von Ausbeutung und schändlicher Gewinnmaximierung gleich immer vom Nebentisch herüber – inzwischen weisen Preislisten der Szene-Lokale meist höhere Beträge *aus als die Karte einer gutbürgerlichen* Kneipe nebenan. Damals, ja damals waren die „Typen" eben noch keine Typen, sondern nannten sich demonstrativ „Genosse", gaben sich nicht grün, sondern rot, tiefrot natürlich, und standen mit dem Fortschritt auf du und du. Gesinnung trug man per Anstecker an grobkarierter Hemdbrust und trank, immer auf dem Sprung zu irgendeiner Demo irgendwogegen, sein schnelles Helles oder, um geistiger Klarheit willen, zunehmend Kaffee.

Daraus entstand das Neu-Berliner Café als ein Archetyp des Untypischen. Off-Ku'damm natürlich, abseits sahneschleckender Rentnerriegen: Insider-Treff und nachhaltige Bleibe für junge Unbehauste, denen das Adjektiv „un-heimlich" so erstaunlich glatt von den Lippen geht. „Unheimlich stark" ist hier nicht nur die allerfrischeste Wummer-Scheibe einer Musikbox, sondern auch der Mini-Hänger in Beige und Lila, den Karin hinter der Theke trägt.

Karin, geschäftig-flott zwischen Zapfhahn und Kassenblock agierend. Karin, mit großen grünen Acryl-Ohrringen, Streichholz-Haarschnitt von lila bis blond, Germanistik-Studentin im neunten Semester, Germanistik und ein bißchen Sozialpädagogik; Lokaldienst immer montags, donnerstags und samstags von neunzehn bis zwei Uhr dreißig früh. Karin, der*zeit mit einem großen Bärtigen zu*sammenlebend, den alle nur „Würfel" nennen und der seinen Taxi-Job ein paarmal täglich für eine Zigarettenpause unterbricht, wenn eine Tour ihn gerade hier vorbeiführt: „*Hallo, Karin, machst du mir mal* einen Schwarzen?"

Sie haben nichts gemein mit den einstigen Repräsentationscafés Unter den Linden, kaum etwas mit dem legendären „Romanischen" am oberen Tauentzien auch, und wenig genug mit jenen brav-bürgerlichen Etablissements aller Stadtteile, in denen noch immer flinke Serviererinnen hinter weißen Schürzchen und unter gesteiften Häubchen Kuchenteller balancieren, diese jungen Bistro-Cafés „Carioca", „Schalander", „Adams", „Ludwig" oder „Central". Selters und Tonics, Säfte und bayrisches Weizenbier bestimmen den Umsatz weit stärker als der Sud aus der Espressomaschine. Salate nach Saison ersetzen die Konditor-Törtchen. Statt Mohnkuchen und Berliner Bienenstich gibt's Disco-Sound, „mainstreaming", oder laute Live-Auftritte neuer Gruppen in Musik-Cafés wie „Madow" oder „New York"; statt Apfelstrudel und Sahne-Baisers frischen Szene-Klatsch.

Natürlich müßte auch ein Vergleich mit den klassischen Caféhäusern Wiens in ihrem Habitus einer zerschlissenen und vielfach ganz ungemütlichen Gemütlichkeit hinken: Vom „Daffke" bis zum chromglatten „Swing", von der rauchigen „Galerie Murmel" über den „Zillemarkt", das „Grotesque" bis hin zu jenem stilvollen, viel frequentierten „Café Einstein" der *Uschi Bauchauer* in der Kurfürstenstraße findet sich nirgends ein Neo-Berliner Etablissement, in dem Kitsch und Mief eine durable Legierung eingingen wie etwa im „Hawelka" in der Wiener Dorotheergasse. *Kein einziges Beispiel* ließe sich anführen für die beharrlich konservierte Attitüde eines Wartesaales, ähnlich dem „Café Museum", und natürlich nichts, was sich mit der lackierten Noblesse eines „Dehmel" vergleichen ließe.

Kaffee von der Spree ist in aller Regel ein Einheitsaufguß mit zwei beiliegenden versiegelten Sahnenäpfchen, wie sie auch im Flugzeug oder am Selbstbedienungsbüfett von Discount-Shops üblich sind. Feine *Differenzierungen* zwischen einem „Braunen", „Kapuziner", „Einspänner" oder einer „Melange" gedeihen nicht an nüchternen Berliner Tagen, in den überlangen Nächten abseits des Weltgeschiebes, allenfalls ein biß*chen Pariser Flair.*

Doch, da mögen sie schon ihre Vorbilder sehen, die Jung-Gastronomen vom Revier um den Olivaer Platz, die abgebrochenen Studiker der Wirtschafts-, Verfahrens- und Elektrotechnik hinter ihren Tresen zwischen Bleibtreustraße und Knesebeck: Flaniercafés sind angezeigt, auch in abseitigen Straßen, wo längst niemand mehr müßig schlendert, allenfalls Punkertrupps ihre röhrenden Kraftmaschinen ausrollen lassen. Straßencafés mit Stühlchen draußen für hurtige Begegnungen, das bißchen Neugier oder die demonstrative Arroganz auf einem Markt für allerlei Zwischenmenschliches nach hiesigem Gusto: eine kleine Verzweiflung und ein unverbindliches Durchgangsglück für ein paar Tage.

Und dann reden sie sich mit Vornamen an, der Ossie und die Bonnie, wissen ihre Familiennamen kaum, wissen eigentlich nichts voneinander. Wollen auch nichts wissen, wollen ihre Persönlichkeit nicht ramponieren lassen durch Dauerbindung, sind Freunde, aber keineswegs besonders innige Freunde. Wenn sie sich wiedertreffen, hier oder nebenan, spielen sie eine Runde Billard zu einem Vin de pays, fragen sich beiläufig nach ihrem gegenseitigen Befinden ab und nach gemeinsamen Bekannten: Wie es dem wohl geht, den man so lange nicht sah, ob die schon *aus Miami zurück ist*, und ob es diesen noch immer auf Ibiza hält, Punky, den kleinen Lyriker mit der großen Seele und den ratlosen Augen.

Literatencafé – das mag so man*chem Berliner Nachwuchs-Gastronomen* einmal vorgeschwebt haben. Etwas wie in den pulsierenden Zwanzigern zwischen Wittenbergplatz und Kadeko, wie in Berlin-Kreuzberg noch in den Sechzigern. Doch Kundschaft *läßt sich nicht kommandieren*, und ein gewünschtes Ambiente stellt sich nicht dadurch schon ein, daß man Bizarres neben Lächerliches hängt, alte Eisenbahnschilder über gedrechselte Treppengeländer aus Abrißbuden nagelt, dazu eine ächzende Pendule mit Grün garniert. Reichlich wucherndes Grün, Tropengrün allenthalben, und mittendrin womöglich noch der neurotische Papagei auf schaukelnder Stange.

Ramsch addiert sich zu Refugien in Neo-Biedermeier für ein Völkchen von Tagträumern und Dupierten, denen die Welt draußen ziemlich gleichgültig ist, inklusive Raketenrummel und Wirtschaftskalamitäten: Diese jungen Off-Ku'damm-Lokale sind für *Egoisten gemacht, kaum für Artisten.* und nur die „Neue Weltlaterne" der Hertha Fiedler am toten Ende der Nestorstraße lockt mit ihren Einladungen zu Vernissagen und Feten wie eh und je ein bißchen Prominenz an – *aber sie ist halt nur ein Szene*-Treff ziemlich konservativer Art: eine gemütliche Kneipe, die um acht Uhr abends für lange, alkoholsatte Nächte öffnet, kein Frühstückscafé.

Denn öffentliches Frühstück, karge *bis fulminante Morgenverköstigung*, muß in Berlin sein. Möglich doch, daß es einen Probanden der Nacht just gegen Sonnenaufgang nach Schampus und schottischem Lachs verlangt; daß eine beschwipste Herrenrunde, *Kongreßteilnehmer oder* die Kollegenschaft eines überlangen Betriebsausfluges, Appetit auf Rollmops und Eier, auf Spiegelei mit Speck zu steifem Mokka verspürt ... Off-Ku'damm hat man die gastronomische Pflicht einer Vergnügungsmetropole ohne Polizeistunde inzwischen zur Kür erhoben.

Kein Szene-Cafe von Ruf, das nicht mit phantastischen Offerten seinen Tagesbeginn annoncierte: Ab acht „Biologisches Frühstück" mit Müsli und womöglich gar selbstgebackenem Kleiebrot im „M"; halb neun dann „Katerfrühstück" inklusive Gurke und dem Schnaps zum Abgewöhnen im „Carioca", „Standard" für sechsfünfzig im „New York", und „Sunshine-Frühstück" im „Tiago" zu neunzehnachtzig, mit Kännchen Kaffee oder Tee, Orangensaft oder Sekt, Obstquark und großer Aufschnittplatte für Pärchen mit rotgeränderten Augen; oder andere „Zweierbeziehungen", die sich erst gegen Mittag oder noch später einfinden mögen: Frühstückszeit ist immer, auch abends um elf – oder dann *schon* wieder.

Frühstück als Ersatz-Weltanschauung. Wo die allzu vielen gängigen Rezepte für moderne Lebensgestaltung ihre Dürftigkeit offenbart haben, hier nun der Aufruf zu opulentem Neubeginn – nicht eben billig und dennoch täglich Tausende Male befolgt von Sportstypen mit der sattbraunen Haut unter fabelhafter Frisur, zwischen zwei Geschäftsterminen hereinschlendernd und lässig mit den Startschlüsseln ihrer Sportcabrios klimpernd; von Jungfamilien *mit ihren Wickelkindern im Trag*korb, auf der Flucht vor Enge und Muffigkeit ihrer preisgünstigen Hinterhofwohnungen; von Abiturienten ohne die Illusion einer Zukunft mit immer „mehr Lebensqualität"; von Ego-Typen, *milchhäutig und dennoch* bärtig, locker und dabei verklemmt, selbstbewußt und unsicher, herablassend-hämisch die allgemeinen Zeitläufte kommentierend, dabei stets darauf bedacht, sich selber ein *möglichst großes Genußquantum* zuzuführen.

Dann blättern sie in Zeitungen, den aushängenden oder mitgebrachten, schanzen sich überm Butter-Croissant magere Tips für Gelegenheitsjobs aus den Annonceteilen zu, jonglieren mit Jargon-Kürzeln über eine frische Rock-Gruppe, einen gelungenen Neuwagentyp, eine günstige Wohnmöglichkeit, inklusive oder ohne weibliche Beigabe ..., und schließlich kommen die Probleme.

Kommunikations- und Identifikationsprobleme. Schwierigkeiten bei der Selbstverwirklichung, sexueller Frust und soziale Diskrepanzen: eigentlich nichts, was nicht schon ihre Väter und Vätersväter bewegte. Auf den Terrassen zwischen Pariser Straße und Niebuhr hat die ganze Welt in einer Kaffeetasse Platz.



Im „Schalander": Statt Apfelstrudel Szene-Klatsch

Drei grüne Parteien bei Bremer Wahlen

dpa, Bremen

Bei den Bürgerschaftswahlen am 25. September in Bremen werden drei alternative Gruppierungen kandidieren. Neben dem Landesverband der Grünen und der Bremer Grünen Liste (BGL) stellt sich auch die Betrieblich Alternative Liste (BAL) zur Wahl.

Ein letzter Versuch der Bremer Grünen Liste, doch noch zu einer gemeinsamen Kandidatenliste mit dem Landesverband der Grünen zu gelangen, ist fehlgeschlagen. Wie der Landesverband der Grünen mitteilte, hat er ein Tauschangebot der BGL abgelehnt. Die BGL wollte auf ihren Kandidaten Olaf Dinné verzichten, wenn der Landesverband die „Kommunisten" von seiner Liste streichen würde.

Die tiefen Gräben zwischen den Grünen in Bremen zeigen sich auch an dem Streit um den Namen, der zur Zeit vor dem Landgericht ausgefochten wird. Sowohl der Landesverband als auch die BGL nehmen für sich auf dem Stimmzettel die Kurzbezeichnung „Grüne" in Anspruch. Da ein Richterspruch nicht mehr vor den Wahlen zu erwarten ist, hat der Landeswahlausschuß entschieden, daß die Landesgrünen als „GRÜNE" in Großbuchstaben und die BGL als „Grüne" (kleingeschrieben) auf den Stimmzetteln erscheinen.

Sprengstoffattentat auf Rechenzentrum

dpa, Göttingen

Auf das kommunale Rechenzentrum der Stadt Göttingen ist gestern morgen ein Sprengstoffattentat verübt worden. Ein zu einer Bombe umgebauter Feuerlöscher explodierte auf einem Anbau der Einrichtung. Es entstand nur geringer Sachschaden. In dem Zentrum werden die kommunalen Daten von rund einer halben Million Bewohner Süd-Niedersachsens gespeichert. Die Polizei schließt nicht aus, daß das Tatmotiv im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der neuen Personalausweise steht.

Brandanschläge in Berlin

F. D. Berlin

Drei Brandanschläge mit vermutlich politischem Hintergrund haben gestern in Berlin Millionenschäden verursacht. In die Schaufenster eines Möbelhauses im Bezirk Tiergarten, das in der Vergangenheit bereits mehrfach Ziel von Anschlägen war, wurde ein Brandsatz geworfen, der einen Schaden von einer Million Mark anrichtete. Wenig später kam es zu einem Großbrand auf einem Güterbahnhof, wo Unbekannte Eisenbahnschwellen angezündet hatten. Bei einem dritten nächtlichen Brandanschlag wurde ein Brandsatz in eine Druckerei im Bezirk Tiergarten geschleudert.

Die Berliner Sicherheitsbehörden vermuten die Brandstifter in Kreisen der sogenannten „Autonomen Gruppen Kreuzberg", denen auch die im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Brand- und Bombenanschläge auf die Berliner Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK) sowie auf Banken und öffentliche Gebäude zur Last gelegt werden.

„Hessens SPD will Bündnis mit Grünen"

hey./dpa, Bonn

Trotz der Absage der hessischen SPD an eine Koalition mit den Grünen sieht der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher die Hessen-SPD weiter auf dem Weg in die „rot-grüne Republik". In einer Stellungnahme zum SPD-Landesparteitag in Wiesbaden warf Genscher den Sozialdemokraten gestern vor, sie strebten aus Gründen des Machterhalts ein Bündnis mit den Grünen an. Schon jetzt nehme die SPD für die Zeit nach den Landtagswahlen einen Sonderparteitag in Aussicht, auf dem die Zusammenarbeit mit den Grünen beschlossen werden solle. Damit würde aber die Regierung in Wiesbaden von einer Gruppierung abhängig, die die Bundesrepublik in die Selbstisolierung und Neutralisierung führen wolle.

Nach der „Blutsudelei in Wiesbaden" gehe es um die grundsätzliche Frage, „ob die Zusammenarbeit mit einer Gruppierung gewollt oder abgelehnt wird, die an den Grundlagen unserer Sicherheit rüttelt und die ihre Ziele in einer die Würde der Persönlichkeit verachtenden Weise verfolgt", sagte Genscher.

Fährt Kohl auch nach Indonesien?

dpa, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird während seiner geplanten Fernost-Reise möglicherweise auch Indonesien besuchen. Wie gestern von informierten Kreisen in Bonn bestätigt wurde, seien Abstecher nach Jakarta für Anfang November im Gespräch, wobei Kohl seine Reise mit einem bereits abgesprochenen Besuch Japans verbinden wolle. Anfang September wird Kohl Israel besuchen. Als weitere Reisestationen sind für den Oktober Ägypten und Saudi-Arabien vorgesehen. Geplant ist dabei auch ein Aufenthalt des Bundeskanzlers in Jordanien.

Hamburg und die Abhängigkeit von den Nachbarn

Von UWE BAHNSEN

Für Jonny Schleßelmann, den 62jährigen Hausherrn im „Rellinger Hof", ist die Sache ganz einfach. Der weißhaarige, stämmige Gastronom, dessen Gesicht Schläue und Schlitzohrigkeit kennzeichnen, sieht keine Probleme zwischen den Hamburgern und ihren Nachbarn im Umland, in den Randkreisen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens. Für ihn sind die Hanseaten, die sein Restaurant im Nordosten der Hansestadt besuchen, gern gesehene – weil in der Regel zahlungskräftige und unaufdringliche – Gäste. Seine eigenen Bindungen an Hamburg sind eng. In seinen jungen Jahren war er Schiffsbauer bei Blohm & Voss; er hat die Bombenangriffe von 1943 überstanden, damals Suppe und Lebensmittel für die Bombengeschädigten ausgefahren und viele Schicksale hautnah erlebt. Noch heute fährt er regelmäßig in die Stadt, um in einem urwüchsigen Hafenlokal nach Herzenslust Plattdeutsch reden zu können – „platt snaken". Probleme mit Hamburgern hat es für ihn eigentlich nur einmal gegeben: „Da kamen mal Leute zu uns nach Rellingen, die wollten eine Bitumenfabrik aufmachen. Das fanden wir nicht so gut." Im Klartext heißt das: Jonny und seine Freunde, vornehmlich in der heimischen CDU organisiert, haben die Eindringlinge vertrieben, denn „den Dreck wollten wir nicht".

Die Geschichte ist schon gut fünfzehn Jahre her, aber die Rellinger haben damals einen Standpunkt verfochten, der mittlerweile zur offiziellen Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung geworden ist. Der christdemokratische Ministerpräsident Uwe Barschel läßt im vertrauten Gespräch keinen Zweifel daran, daß er die holsteinischen Landstriche nicht zum Schuttabladeplatz für den Hamburger Müll im weitesten Sinne verkommen zu lassen gedenkt. Um Stellungnahmen zu diesem Reizthema ersucht, geriert sich der jugendliche Regierungschef betont staatsmännisch und erklärt, Hamburg sei „unbestritten die Metropole der norddeutschen Region. Deshalb kann es bei der Behandlung seiner Probleme nicht nur isoliert die eigenen Interessen sehen, sondern muß stärker als bisher auf die bestehenden Zusammenhänge in der Gesamtregion eingehen". Wenn die Hamburger ihre „erheblichen Hausmüll-, Baggerschlick- und Klärschlamm-Mengen auf zusätzlichen Deponie-Flächen in Schleswig-Holstein ablagern wollen", müßten sie berechtigte Bedürfnisse ihrer Nachbarn berücksichtigen: „Dies gilt zum Beispiel für die Hamburger Verkehrsplanungen, auch für den baldigen Bau der südlichen Güterumgehungsbahn."

Ein weiterer Streitpunkt ist die Abwicklung des ad acta gelegten Projektes, in Kaltenkirchen im Hamburger Nordwesten einen Großflughafen zu bauen. Partner dieses Vorhabens waren Hamburg, Schleswig-Holstein und der Bund. Die stürmischen Zuwachsraten im Luftverkehr, die einst zu dem Mammutprojekt führten, sind längst passé; andererseits aber möchte Hamburg die Möglichkeit behalten, den nicht gerade weltstädtischen Flughafen Fuhlsbüttel irgendwann zu ersetzen, und beharrt deshalb auf einer Option für Kaltenkirchen.

Die Landesregierung in Kiel hingegen will das Projekt nun auch juristisch beerdigen, um das umfangreiche Areal nicht länger vorhalten und mit baurechtlichen Auflagen versehen zu müssen. Hamburg klagt gegen die Aufhebung der Luftverkehrsgenehmigung. Barschel: „Wir erwarten vom Senat, daß er diese Klage zurücknimmt und seine Mitwirkung an der landesplanerischen Gestaltung dieses Geländes nicht länger verweigert."

Kaltenkirchen, der Klärschlamm, die Güterumgehungsbahn, das alles freilich sind eher Randprobleme, wenn man sie mit dem Kardinalthema zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein vergleicht – der Energiepolitik und dem Plan des Senats, in der Hansestadt neue Heizkraftwerke auf Kohlebasis zu bauen, um vom Strombezug aus dem Kernkraftwerk Brokdorf unabhängig zu werden. Als Barschel und sein Hamburger Amtskollege Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sich vor kurzem im Hauptausschuß des gemeinsamen Landesplanungsausschusses beider Länder trafen, war dies Thema Nummer 1. Dohnanyi, der die Beziehungen zwischen den beiden Landesregierungen derzeit für so gut hält wie noch nie zuvor, stellte im Gespräch mit der

Landesbericht Schleswig-Holstein

WELT fest, seinem Eindruck nach habe Barschel die wirklichen Gründe des Senats für sein Energiekonzept bis zu jenem Treffen noch gar nicht richtig verstanden.

Barschel dagegen hat Dohnanyi klipp und klar erklärt, ein Ausstieg Hamburgs (genauer gesagt, der Hamburgischen Electricitätswerke HEW mit dem Großaktionär Hamburg) aus dem Kernkraftwerk Brokdorf – federführender Partner sind die Nordwestdeutschen Kraftwerke NWK – werde „von Schleswig-Holstein politisch nicht akzeptiert und auch energiewirtschaftlich nicht verstanden". Der erste dieser beiden Punkte bedeutet: Es gibt bindende Verträge zwischen beiden Unternehmen, die Hamburg nicht einfach schlucken kann. Der zweite Hinweis ist brisanter: Schleswig-Holstein ist „nicht bereit, die durch einen Ausstieg Hamburgs aus dem Brokdorf-Projekt zusätzlich anfallende Asche in Schleswig-Holstein zu deponieren". Der Asche-Anfall würde sich bei Verwirklichung des Hamburger Energiekonzepts von derzeit rund 210 000 auf rund 340 000 Tonnen im Jahr erhöhen. Deponie-Flächen dafür möchte Hamburg auch in Schleswig-Holstein erhalten, wo jetzt schon rund 70 000 Tonnen Asche aus Hamburg abgelagert werden.

Noch bedenklicher ist für die Landesregierung in Kiel die Verbreitung der Schwefeldioxyd-Emissionen, die aus den im Hamburger Stadtgebiet liegenden Kraftwerken stammen: Rund 40 Prozent, so die amtlichen Kieler Berechnungen, „verdriften" in Richtung Niedersachsen. Die übrigen 55 Prozent ziehen in Richtung Schleswig-Holstein. Der Hamburger Senat hat dazu abweichende Zahlen vorgelegt, die freilich die Nachbarländer nicht überzeugen.

In diesem Zusammenhang hat man in Kiel auch ganz ergebliche Einwände gegen den beabsichtigten (und von einer Kieler Genehmigung abhängigen) Neubau des HEW-Stromkraftwerks Wedel an der Elbe, das nach Kieler Auffassung mit dazu dienen soll, einen Strombezug aus dem Kernkraftwerk Brokdorf zu ersetzen. Schon wird von der Landesregierung unverhohlen die Frage gestellt, ob „dieser Neubau ... energiewirtschaftlich wirklich notwendig ist". Weder in Kiel noch in Niedersachsen versteht man, wieso der Hamburger Senat sich aus ideologischen Gründen zu seinem energiepolitischen Konfrontationskurs des „Heraus aus Brokdorf" entschließen konnte, obwohl auf Standorten im Hamburger Umland fast genauso viele Kraftwerks-Kapazitäten der HEW liegen wie auf dem Hamburger Territorium selbst.

Aber auch in anderen Versorgungsbereichen sind die Hanseaten vom Umland abhängig: Hamburg bezieht rund ein Drittel (rund 50 Millionen Kubikmeter im Jahr) seines Trinkwasserbedarfs aus fünf Wasserwerken in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die beiden Nachbarländer nehmen ein Drittel des Hamburger Mülls, nämlich jährlich 300 000 Tonnen, auf, dazu fast 30 000 Tonnen Sonderabfälle.

Natürlich kann von Dohnanyi eine Gegenrechnung aufmachen. Beide Nachbarländer profitieren von den Leistungen der Metropole Hamburg, dem Hafen, dem Flughafen, dem Arbeitsplatz- und Dienstleistungspotential, aber auch von der kulturellen Palette, etwa der Oper und den Theatern, genauso von der Hamburger Universität, den Schulen und den Hochleistungskrankenhäusern der Hansestadt. Rund 180 000 Bürger der Nachbarländer arbeiten in Hamburg.

In dieser Zahl wird eine für Hamburg und seine Finanzen höchst beunruhigende Entwicklung deutlich: Seit 1970 ist die Bevölkerung der Hansestadt von 1,78 auf 1,63 Millionen zurückgegangen. In diesem Zeitraum stieg die Einwohnerzahl in den an Hamburg angrenzenden Kreisen der Nachbarländer um 193 000 Menschen. Für die seit Jahren in Schieflage befindlichen Hamburger Staatsfinanzen hat das fatale Konsequenzen: Pro fortgezogener Person verliert Hamburg jährlich rund 3500 Mark an Steuereinnahmen, und das auch durch den Länderfinanzausgleich. Der Ausfall an Gebührenzahlungen ist in dieser Zahl noch nicht einmal enthalten.

Ebenso besorgniserregend ist, daß sich in der Wirtschaftsförderung eine Konkurrenz zwischen Hamburg und den Nachbarländern entwickelt hat. Als Folge eines nicht zu bestreitenden „Förderungsgefälles" hat sich rings um die Hansestadt ein „Speckgürtel" von leistungsfähigen Firmen und Steuerzahlern entwickelt.

Bei allen ungelösten Problemen sind sich freilich auch diese beiden Landesregierungen darüber im klaren, daß ein finanzielles „Ausbluten" des Nachbarn an der Elbe für beide Nachbarländer äußerst negative Folgen hätte – zum Beispiel, wenn die Hamburger nicht mehr so viel Geld wie bisher in den Erholungsgebieten der Lüneburger Heide, auf Sylt und an der Ostsee ausgeben könnten.

Der Berlin-Geburtstag wird zum Wettkampf

Bausenator besuchte mit Amtsspitze den Ostteil der Stadt

hrk, Berlin

Kann der Jahrhundert-Geburtstag der Dame Berolina im Herbst 1987, wenn Berlin 750 Jahre alt wird, möglichst unter einem gemeinsamen historischen Dach begangen werden? Auf der Suche nach dem, was Berlin heute noch städtebaulich und planerisch zusammenhält, unternahm jetzt Bausenator Ulrich Rastemborski als erster Fachressort-Chef des Senats eine Tagestour durch Ost-Berlin. Gemeinsam mit seinen sämtlichen Abteilungsleitern bis hin zum Manager der geplanten „Internationalen Bauausstellung" (IBA) machte der CDU-Politiker eine Exkursion durch das historische Alt-Berlin und durch die Neubauviertel im Osten der Stadt.

Rastemborski und seine führenden Mitarbeiter waren mit einem der üblichen Besucher-Visa nach Ost-Berlin gefahren und dort zunächst mit dem Leiter der Ständigen Vertretung, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, zusammengetroffen. „Die Hoffnung darauf, mit Ost-Berlin unseren 750. Geburtstag feiern zu können, ist nicht aktuell, und ich sehe da zunächst auch keine Perspektive", kommentierte Rastemborski später dieses Gespräch.

So machten sich die Fachleute aus dem Westteil per pedes und mit einem Kleinbus auf den Weg durch die Innenstadt: In der soeben eingeweihten Französischen Kirche der Hugenotten-Gemeinde erhielten die Gäste eine kundige Führung. Vor dem benachbarten ehemaligen Schauspielhaus, das Preußens Baumeister Karl Friedrich Schinkel entwarf, hörten sie die Information über den künftigen Verwendungszweck. Vom kommenden Jahr an beziehen dort die „Berliner Sinfoniker" ihr Konzerthaus.

Am Fuße des Fernsehturms nahe dem Alexanderplatz, wo Ost-Berlins Herz schlägt, besahen sich die politischen Experten die ständige Städtebau-Ausstellung des Magistrats. Nach einem Abstecher in den wiederaufgebauten wilhelminischen Dom und einem Gang über die Schloßbrücke, auf der noch immer die bereits im Mai 1981 vom damaligen Vogel-Senat nach Ost-Berlin geschickten Schinkel-Figuren fehlen, lösten die Zaungäste für Ost-Berlins Prunkstück Eintrittskarten: das Schwimm- und Sportzentrum, das von der westdeutschen Firma „Hochtief" konzipiert und gebaut wurde.

Für den Berliner Senat kann das Ergebnis dieser politisch-pädagogischen Expedition eigentlich nur lauten, seine noch immer vagen und vom Abgeordnetenhaus nicht abgesegneten Geburtstagspläne energisch voran zu treiben. Denn im anderen Teil der Stadt liegt für die nächsten Jahre weit über eine Milliarde „DDR"-Mark bereit, um den internen Wettbewerb um das schönste Geburtstagsfest auf architektonisch-kultureller Ebene auch weltweit zu gewinnen.

Subventionsabbau soll die Steuersenkung finanzieren

Aber: Stoltenberg verweist auch auf EG-Probleme

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat wohl erstmals in einem offiziellen Dokument die Absicht bekräftigt, den Abbau von Steuervergünstigungen und anderen Subventionen als Finanzierungsbeitrag für die geplante Einkommen- und Lohnsteuertarifsenkung vorzusehen. Wie berichtet (Die WELT vom 8. August), will das Kabinett Anfang 1984 den Termin für das Inkrafttreten der Reform bestimmen.

In seinem Informationsvermerk für den Haushalts- und Finanzausschuß des Deutschen Bundestages „über Entwicklung und Abbau von Subventionen" (Die WELT vom 12. und 14. August) dämpft Stoltenberg allerdings zugleich die Erwartungen über das mögliche, dabei freiwerdende Finanzvolumen: „Viele Politikbereiche ... sind in internationale Zusammenhänge eingebettet", heißt es unter Hinweis zum Beispiel auf die Landwirtschaft, Stahl, Werften und Luftfahrt.

„Nationale Alleingänge für einen Subventionsabbau sind wegen der negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation der betroffenen Wirtschaftszweige kaum zu vertreten, wenn andere Partnerstaaten ihre Subventionspraxis unverändert beibehalten." Die Bundesregierung werde daher im internationalen Rahmen, vor allem der EG, darauf hinwirken, daß der Subventionswettlauf „angehalten und beendet wird".

Damit sollten dem marktwirtschaftlichen Steuerungsprozeß der Vorrang eingeräumt werden und der Vorzug der internationalen Arbeitsteilung wieder voll zum Tragen kommen. Als „hoffnungsvollen Schritt" wertet Stoltenberg die Stuttgarter Beschlüsse vom 19. Juni zur gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Überprüfung von Steuervergünstigungen ist für Stoltenberg „eine Daueraufgabe". Ihr Abbau führe allerdings zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Steuerbelastung. Die Abgabenquote (Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt) stehe mit inzwischen 42 Prozent „dem wirtschaftspolitischen Hauptziel, Wachstum und Beschäftigung zu fördern", ohnehin entgegen. Daher sein Ansatz, die Mehreinnahmen aus dem Abbau über die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs zurückzugeben.

Seit Beginn der siebziger Jahre habe sich das Subventionsvolumen auf rund 29 Milliarden (Regierungsentwurf Haushalt 1984) verdoppelt. Allerdings habe die relative Bedeutung der Subventionen in den letzten Jahren auch „stetig abgenommen".

Honeckers Polen-Besuch als Signal

Die Bürger in der „DDR" hoffen wieder auf eine Öffnung der Grenzen zum Nachbarland

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR" will offenbar den im Oktober 1980 nach dem Sieg von „Solidarnosc" über Polen verhängten Bann allmählich aufheben. Heute reist eine hochrangige Ostberliner Delegation unter der Führung von Erich Honecker nach Warschau. In der „DDR" hofft man, daß nach dieser Expedition zum in den letzten drei Jahren äußerst kritisch und abweisend behandelten „sozialistischen Bruder" endlich wieder private und touristische Reisen über die „Oder-Neiße-Friedensgrenze" möglich werden. Bis zum abrupten Stop dieses kleinen Grenzverkehrs hatten seit 1972 jährlich rund 3,5 Millionen Deutsche aus der „DDR" und 5,4 Millionen Polen das Nachbarland besucht.

Neue, weiche Welle

Ohne jede Einstimmung auf die in den letzten Jahren von den Menschen in der „DDR" immer wieder und unverhohlen geäußerte Abneigung gegen die Nachbarn, „die erst einmal arbeiten sollen", schaltete Ost-Berlin unmittelbar nach Aufhebung des Kriegsrechts auf eine neue, weiche politische Welle um. 100 000 junge Polen verbrachten jeweils 14 Tage ihrer Ferien in der „DDR". Sie arbeiteten dort eine Woche in der Landwirtschaft, in den Wäldern, in Gartenbaubetrieben oder auf Baustellen gegen Entgelt – stets begleitet von einem im Sinne des Militärregimes in Warschau „zuverlässigen" Betreuer. In der Gegenrichtung verlebten 35 000 Schüler und Jugendliche aus der „DDR" Ferien in der Hohen Tatra oder an der pommerschen Ostseeküste.

Erich Honecker ist das erste Staatsoberhaupt eines Ostblocklandes, das in Polen selbst Gespräche mit General Wojciech Jaruzelski führt. Der polnische Militärführer hielt sich im März 1982 in Ost-Berlin auf, wo offenkundig vor allem die wirtschaftlichen Probleme Polens und mögliche Hilfen der „DDR" besprochen wurden. Unterdessen rollen die 1980/81 erheblich reduzierten Steinkohletransporte aus Oberschlesien in die „DDR" wieder reger. Diese Tatsache hatte Honecker auch Ende Mai SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel mitgeteilt, als dieser sich über die nachlassenden Kohle-Bezüge Ost-Berlins aus den wirtschaftlich gefährdeten Gruben der Bundesrepublik beklagte.

Als der verabredete Besuch Honeckers bei Jaruzelski feststand, begann in beiden Regierungszentralen die Propaganda-Maschinerie zu arbeiten. Warschaus Sprecher Jerzy Urban würdigte am 8. August die offenbar schon seit längerem beschlossene Reise Honeckers als einen Vorgang von „besonderer Bedeutung". Nach der „Zeit der Stürme und Komplikationen, die Polen durchlebt hat" – so zitierte ihn „Neues Deutschland" – sei dieser Besuch ein Beweis dafür, daß sich die Situation in Polen stabilisiert, und er würde der weiteren Stabilisierung dienen.

Ob sich die Wünsche nach einer Lockerung des Grenzregimes an der „Friedensbrücke" in Frankfurt a. d. Oder und an anderen Übergängen tatsächlich alsbald erfüllen, muß man wohl mit einem Fragezeichen versehen. Gänzlich ungehindert, wie bis zum Herbst 1980, dürfte die „DDR" kaum Millionen einkaufender Polen ins Land lassen. Die Nachbarn aus Warschau wären indessen schon zufrieden, wenn die „DDR"-Grenzzöllner davon abließen, polnische Transitreisende, die aus West-Berlin und der übrigen Bundesrepublik wieder heimwärts reisen, zu schikanieren. Derartige Vorgänge, die in Polen häufig böses Blut gegenüber der „DDR" hervorriefen, sind in den vergangenen Monaten schon seltener geworden.

Ostberlin ist zufrieden

Für konkrete Überlegungen, das beiderseitige Reisen zu liberalisieren, spricht, daß der SED-Sicherheitsexperte Paul Verner schon am 15. Juli in Ost-Berlin mit einer Delegation der Polnischen Arbeiterpartei verhandelte. Stanislaw Gabrielski, Abteilungsleiter im Zentralkomitee, habe dort über die „Festigung des sozialistischen Staates und der sozialistischen Ordnung" Bericht erstattet. Seine Darstellung scheint, so lehrt die jetzige Entwicklung, zur Zufriedenheit der vorsichtigen Ostberliner Führung ausgefallen zu sein.

Israel faßt wieder Fuß in Afrika

Enttäuschung über die Araber als Vorteil / Nach Zaire nimmt Liberia Beziehungen auf

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Behutsam findet Israel seinen Weg nach Afrika zurück. Der liberianische Außenminister Ernest Eastman gab jetzt bekannt, seine Regierung habe beschlossen, die vor fast zehn Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Israel wiederherzustellen, und zwar im Range von Botschaften. Liberia folgte damit dem Beispiel Zaires, das diesen Schritt vor drei Monaten vollzog.

Zusammen mit Malawi, Lesotho und Botswana, die trotz arabischen Druckes ihre Verbindungen mit Israel nie aufgekündigt haben, hat Israel jetzt fünf Botschaften in Schwarzafrika. Doch ist dies noch weit von den dreißig entfernt, durch die sich Israel bis zum Yom-Kippur-Krieg 1973 den Ruf eines Freundes der Schwarzafrikaner erworben hatte.

Israels großer Gönner auf dem Kontinent ist eigentlich der Präsident der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, obwohl gerade er mit dem Beschluß der Wiederaufnahme offizieller Beziehungen mit Israel noch zögert. Er dient jetzt als Israels Fürsprecher in Afrika und hält mit der israelischen Regierung laufend Kontakt. Mitte Juli kam es sogar zu einem (vergeblich geheimgehaltenen) Treffen zwischen Houphouet-Boigny und Israels Außenminister Shamir in Genf.

Daraufhin standen schon fünf afrikanische Staaten vor der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Israel – Zaire, Liberia, Togo, Obervolta und die Elfenbeinküste. Arabische Manöver der letzten Minute führten zum Absprung aller außer Zaire. Ihm folgte jetzt Liberia. Beobachter nehmen an, daß sich Togo als nächstes Land anschließen wird.

Zwei Umstände wirken in Afrika zu Israels Gunsten: einer ist die Enttäuschung über die arabischen Staaten. Die großzügige Finanzhilfe, die sich die Afrikaner vor zehn Jahren als Belohnung für ihre Abkehr von der Freundschaft mit Israel versprachen, ist ausgeblieben. Anfangs geizten die Ölstaaten mit ihrem Geld, jetzt haben sie es nicht mehr.

Der zweite Umstand ist Israels verbessertes Image für den afrikanischen Beschauer: Infolge des Friedens mit Ägypten stehen keine israelischen Truppen mehr auf afrikanischem Boden. Der Vertrag mit Libanon beweist außerdem, daß es auch dort keine territoriale Expansion erstrebt.

Hauptsächlich wirkt jedoch die Furcht vor der Sowjetunion und ihren kontinentalen Handlangern – Libyen im Norden und Angola im Süden – als Ansporn zu einer Verständigung mit Israel, das in afrikanischen Augen einen Vorteil hat: Es macht sich nicht verdächtig, afrikanischen Boden erobern zu wollen, ist aber fähig, tatkräftige Hilfe zu leisten – und zwar nicht nur bei der Geflügelzucht (obgleich auch dies geschätzt wird), sondern auch bei der Verteidigung. In Zaire sind israelische Militärausbilder schon seit zwei Jahren tätig: Sie haben die Elitetruppe ausgebildet, die Präsident Mobutu jetzt nach Tschad entsandt hat. Die Rebellen in Tschad behaupten sogar, israelische Offiziere seien in Tschad direkt tätig. Dafür gibt es bisher keine Bestätigung.

Die englischsprachige Jerusalemer Zeitung „Jerusalem Post" nennt einen weiteren Grund für das Erwachen afrikanischer Sympathien: die Annahme nämlich, daß der Weg zum Herzen der USA über die amerikanisch-jüdische Gemeinde führt.

Die Tel Aviver Gewerkschaftszeitung „Davar" begrüßt die neue Entwicklung mit Vorbehalt und rät, hochtrabende Phrasen über „ein gemeinsames Erbe des jüdischen Volkes und der Völker Afrikas" zu vermeiden. „Es gibt hier nichts Gemeinsames: Wir brauchen in General Mobutu von Zaire und Hauptfeldwebel Samuel Kanyon Doe von Liberia keine Vorbilder für Staatskunst und Menschenliebe zu erblicken. Es genügt, wenn diese Staaten als Gegenleistung für wirtschaftliche, politische, technische, manchmal auch militärische Hilfe die Feindschaft anderer Staaten aufwiegen, die unter dem Einfluß des arabischen Nordafrika stehen." (SAD)

Außenminister Shultz will im Amt bleiben

rtr/dpa, La Paz

US-Außenminister George Shultz hat Spekulationen zurückgewiesen, er sei „verärgert und verbittert", daß wichtige politische Entscheidungen ohne ihn getroffen würden und erwäge seinen Rücktritt. Gleichzeitig vermied er es vor der Presse jedoch, einen Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek" ausdrücklich zu dementieren, wonach er Präsident Reagan bei früherer Gelegenheit gesagt habe, er würde gerne in seinen Heimatstaat Kalifornien zurückgehen.

„Es ist meine volle Absicht, den Job in Washington beizubehalten, so attraktiv Kalifornien auch immer für jeden ist, der dort einmal gelebt hat", sagte Shultz in La Paz, wohin er Präsident Reagan begleitete. Er unterstützte Reagans Politik, auch gegenüber Mittelamerika, und habe das sowohl öffentlich als auch privat bekundet.

Laut „Newsweek" wird Shultz bei der Gestaltung der US-Außenpolitik zunehmend von Sicherheitsberater William Clark und UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick in den Schatten gestellt. Die Ernennung des ehemaligen Senators Richard Stone zum Sonderbeauftragten für Zentralamerika und die Berufung des früheren Außenministers Henry Kissinger zum Leiter einer überparteilichen Kommission für die Region sei im State Department auf Ablehnung gestoßen.

200 000 Pilger in Tschenstochau

DW./dpa, Wahau

Die polnische Parteizeitung „Trybuna Ludu" hat gestern politische Akzente bei dem diesjährigen Pilgermarsch nach Tschenstochau verurteilt und gleichzeitig versichert, die Appelle der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zu Protestaktionen seien in Polen aussichtslos. In einem Leitartikel heißt es, die Mehrheit der Bevölkerung sei der Meinung, daß nur angestrengte und systematische Arbeit die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden kann.

In Tschenstochau waren am Wochenende etwa 200 000 Menschen eingetroffen, um an Feierlichkeiten beim Gnadenbild der Schwarzen Madonna teilzunehmen. Beim Einzug in die Stadt wurden in vielen Pilgerzügen Fahnen und Spruchbänder der „Solidarität" mitgeführt.

Beirut erneut beschossen

AFP/AP, Beirut/Jerusalem

Israel sei zum Abzug aller Truppen aus Libanon bereit, Syrien habe jedoch „deutlich bewiesen, daß es keineswegs die Absicht" habe, seine in Libanon stationierten Truppen ebenfalls abzuziehen. Dies hat der israelische Ministerpräsident Menachem Begin in einer Ansprache vor Vertretern amerikanischer Juden in Jerusalem erneut unterstrichen. Er erinnerte auch daran, daß Israel bereits im Mai dieses Jahres durch das Abkommen mit Libanon seine Bereitschaft zu einem Abzug der Streitkräfte bewiesen habe.

Linksgerichtete Drusen-Milizen haben auch in der Nacht zu Montag wieder Ost-Beirut unter Feuer genommen. Ein um 23 Uhr MESZ vereinbarter Waffenstillstand zwischen Drusen und Christen wurde nach Angaben des staatlichen Rundfunks nicht eingehalten.

US-Botschafter Robert McFarlane hat in Beirut im Namen Ronald Reagans die „volle Unterstützung" der USA bei den Bemühungen des libanesischen Staatschefs Amin Gemayel um einen „Rückzug aller ausländischen Streitkräfte aus Libanon, die nationale Aussöhnung und den Wiederaufbau des Landes" bekräftigt.

Seite 2: Die Untätigen

USA bleiben hart im Fall Berezkhow

AFP, Washington

Einer der wichtigsten Berater von US-Präsident Reagan, Edwin Meese, hat am Wochenende die Affäre um den 16jährigen sowjetischen Diplomatensohn Andrej Berezkhow als „sehr delikat" bezeichnet. Washington bestehe weiter darauf, daß der Sohn des 1. Sekretärs der sowjetischen Botschaft in Washington eine Unterredung mit amerikanischen Dienststellen führen kann.

In einem Interview mit der Fernsehanstalt ABC betonte Meese, die USA wollten sich ein Bild von den „wirklichen Absichten" des jungen Berezkhow machen. Dieser hatte in einem Brief an Präsident Reagan und an die „New York Times" geschrieben: „Ich hasse mein Land und dessen Regeln, ich liebe Ihr Land und will dortbleiben."

Ein sowjetischer Diplomat sagte: „Wir warten auf die Genehmigung des State Departments für die Ausreise der Familie Berezkhow."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kommissionen als Sesam-öffne-dich

Präsident Reagan setzt sie ein, wenn die Regierung sich nicht mehr zu helfen weiß

TH. KIELINGER, **Washington**

Geräuschvoll, mit viel publizistischer Fanfare, hat in diesen Tagen die „Kissinger-Kommission" ihre Arbeit aufgenommen. Es gilt, entsprechend den Worten Präsident Reagans, eine „langfristige" Perspektive für die amerikanische Mittelamerika-Politik auszuarbeiten, auf der sich dann der „Konsensus einer gemeinsamen Politik" gründen kann. Bis zum 1. Februar 1984 wollen Kissinger und sein elf Mitglieder starker Stab ihren Bericht vorlegen.

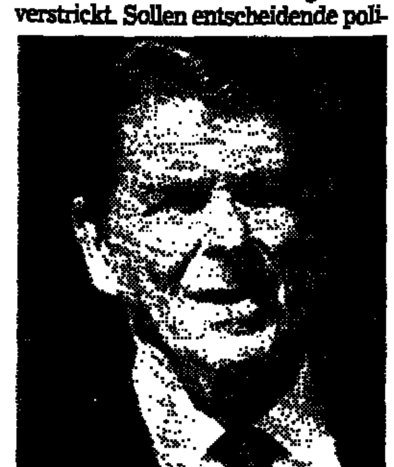
Es ist frappant zu erleben, wie Reagan im dritten Amtsjahr immer häufiger zum Mittel solcher Kommissionen und ihrer Arbeit greift, als dem Sesam-Öffne-Dich für Türen, die dem alleinigen Bemühen der Administration verschlossen bleiben. Das Kernwort dieser politischen Taktik heißt „Überparteilichkeit" (bispartisanship). Sie ist so etwas wie eine Wunderdroge, zu der man in Washington greift, wenn man sich anders nicht zu helfen weiß.

Die Mittelamerika-Politik des Weißen Hauses ist so umstritten, daß der Präsident sich geradezu „Entsatz" schafft durch die Bildung der Kissinger-Kommission. Diese Gruppe ist obendrein durchsetzt mit einigen prononcierten Kritikern des bisherigen Kurses der Reagan-Administration in Mittelamerika, – auch dieser Umstand frischt die Glaubwürdigkeit des Unterfangens beträchtlich auf.

Dem Präsidenten war von konservativer Seite zunächst nahegelegt worden, zwei dieser Kritiker aus der Kommission zu verbannen: Henry Cisneros, den Bürgermeister von San Antonio (Texas) und Professor Oarlos F. Diaz-Alejandro, einen Wirtschaftswissenschaftler von der Yale-Universität, der seit langem für eine Aussöhnung mit Fidel Castro plädiert. Reagan aber stand fest zu seiner Wahl. Seine Gegner waren verblüfft.

Das Zurückgreifen auf die Überparteilichkeit, die Gemeinsamkeit in zentralen Fragen der nationalen Politik, ist eigentlich ein klassisches Mittel des Noststands, wie er vor allem in Kriegszeiten herrscht. Die „Bipartisanship" war denn auch von den Republikanern 1940, unter Anführung Senator Vandenburgs, Präsident Roosevelt als Morgengabe der Opposition in Zeiten einer äußeren Bedrohung angeboten worden.

Wenn Ronald Reagan jetzt vermehrt diese Mitte der Politik, den nationalen Konsens, ansteuert, dann tut er es, weil eine andere Form von „Notstand" heute zu verzeichnen ist. Das amerikanische politische System hat sich seit dem Doppel-Debakel von Vietnam und Watergate in einen tiefen Kompetenz-Streit zwischen der Exekutive und der Legislative verstrickt. Sollen entscheidende poli-



Ronald Reagan sucht den nationalen Konsens
FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

tische Hürden genommen werden, braucht es immer häufiger des schlichtenden Eingriffs unabhängig zusammengesetzter Kommissionen.

Hinzu kommt ein anderes Phänomen. Die Kraft einer Administration reicht kaum mehr aus, das tief verwurzelte Mißtrauen zu brechen, das heute in ganz Amerika der Exekutivgewalt auf allen Ebenen entgegengebracht wird. Gewiß hat das etwas mit dem Zusammenbruch des Ansehens der Exekutive unter Präsident Nixon zu tun. Aber es geht auf Anlagen zurück, die die Amerikaner von der Zeit der Republik-Gründung geerbt haben. Die Bürger lebten damals in beständiger Sorge, daß die Exekutive das Land in irgendwelche gefährlichen Verwicklungen hineintreiben könnte, etwa in Kriege, die niemand führen wollte und die man ohnehin für eine Spezialität des verhaßten europäischen Systems hielt.

Bezeichnenderweise trifft der „Kriegsvorwurf" auch heute wieder das Weiße Haus wie ein nicht auszumerzender Verdacht. Um in Mittelamerika, also auch gegenüber dem Volk glaubhaft dastehen zu können, muß der Präsident außerhalb seines unmittelbaren Beraterkreises Hilfe suchen.

Kommissionen sind für die Reagan-Regierung ein außen- und innenpolitisches Hilfsmittel geworden. So berief der Präsident Ende 1982 seine erste Allparteien-Kommission ein, um der Krise der Rentenkassen Herr zu werden. Dem Papier, das schließlich vorgelegt wurde, stimmten sowohl das Weiße Haus als auch der Kongreß zu. Damit war nicht nur ein politisches Hindernis aus dem Weg geräumt – Reagan hatte auch ein für ihn gefährliches Thema erfolgreich entschärfen können. Kein Wunder, daß die Opposition nur zähneknirschend in diese Form der Überparteilichkeit einwilligte. Man spürte, wie das Weiße Haus einem den Trumpf aus der Hand nahm.

Die wichtigste Rettungsaktion für die Politik des Weißen Hauses kam von General Brent Scowcroft und seiner MX-Kommission. Als das strategische Modernisierungsprogramm der amerikanischen Verteidigung zu scheitern drohte, half nur noch dieses Gremium über einen die nationale Sicherheit gefährdenden Engpaß hinweg. Ohne den Bericht der Scowcroft-Kommission vom April wäre Reagan mit dem MX-Projekt im Kongreß gescheitert und, vermutlich, auch mit seinen START-Vorschlägen in Genf.

Schon steht ein neues Problem vor der nationalen Tür: die immer rascher um sich greifende Armut, 34 Millionen Amerikaner, das sind 15 Prozent der Bevölkerung, leben unterhalb der Armutsgrenze (9900 Dollar jährlich für eine vierköpfige Familie). Auch hier wird sich eine Kommission des Themas annehmen, das an den Nerv des nationalen Selbstverständnisses geht und zur Behandlung eine breitere an politischem Vertrauen braucht, als sie der Administration allein zur Verfügung stünde.

Regierung durch Kommission ist natürlich auch eine Methode, die Opposition bei heiklen Fragen in die gemeinsame Verantwortung mit einzubetten. Mißlingt das gemeinsame Unterfangen, braucht die Administration nicht allein die Zielscheibe der Kritik abzugeben. Auch für die weltweite Wirkung amerikanischer Politik ist es von großer Bedeutung, ob der Präsident nur unter seinen eigenen Beratern nach Optionen hat forschen lassen, oder auch in den Köpfen eines überparteilichen Gremiums. Auf eine Politik, die die Unterstützung aller relevanten Gruppen in Washington für sich hat, kann das Ausland jedenfalls mit größerer Zuversicht bauen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wessen Vertreter?

„Botschafter im Bürgerkrieg"; WELT vom 1. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

das liebenswürdige Bild, das Frau Evi Keil vom deutschen Botschafter in Angola gezeichnet hat, gibt Anlaß, auf den Skandal hinzuweisen, daß die vom dortigen kommunistischen Regime 1975 mit brutaler Gewalt ausgetriebenen und ihres Hab und Gutes beraubten deutschen Siedler – acht Jahre danach – in der Bundesrepublik Deutschland noch immer als Empfänger von Sozialhilfe ihr Leben fristen müssen. Sie sind weder als Flüchtlinge noch als Vertriebene noch als Aussiedler anerkannt. Für sie hält das vielgerühmte soziale Netz nur kärgliche Sozialhilfe verfügbar.

Dabei ist zu erwähnen, daß sich die alte wie die neue Bundesregierung – einschließlich des Herrn Bundeskanzlers – darauf hinausreden, daß der angolanische Staat noch immer bereit gewesen sei, Entschädigungen für die enteigneten Besitztümer zu leisten. Gleichzeitig ist aber zu hören, daß neuerdings sogar Entwicklungshilfe nach Luanda fließen soll.

Auch der von Ihnen so wohlwollend skizzierte deutsche Botschafter Karl Wand hat sich, soweit erkennbar, den Sorgen und Nöten dieser 86 deutschen Familien noch nicht in dem Maße angenommen, wie man es von einem deutschen Missionschef erwarten sollte. Mehr noch: Herr Dr. Wand hat es bei seinen Aufenthalten in der Bundeshauptstadt bisher noch immer verstanden – aus „Terminnot", wie er sagt –, mit den Sprechern dieser brutal aus Angola vertriebenen Deutschen ein Gespräch zu führen. In den zuständigen Bonner Ministerien stehen diese Deutschen praktisch vor verschlossenen Türen.

Sicherlich sind Cocktailparties in den Gärten der Residenzen westlicher Diplomaten im schönen und heißen Luanda von großer politischer Bedeutung. Dennoch wäre von einem deutschen Missionschef auf einem so schwierigen Posten zu erwarten gewesen, daß er sich zu allererst den Sorgen und Nöten seiner bedrängten deutschen Landsleute und Bundesbürger annimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Joachim Richard,
Bad Aibling

Schutzlos

Angesichts der Denkfeier in Japan wegen Hiroschima sollte man die hiesige Friedensbewegung fragen: Hat es Japan genützt, keine Atombomben zu besitzen? Nein! im Gegenteil. Weil sich Japan schutzlos darbot und sonach für die Amerikaner ein Atombombenabwurf mit keinem Risiko verbunden war, hat es diesen Schritt gewagt.

Wären die Japaner zu einem Gegenschlag in der Lage gewesen, mit dem sie etwa Los Angeles oder San Francisco in Schutt und Asche legten, dann hätten die Amerikaner von ihrem Vorhaben wahrscheinlich abgesehen. Man sollte danach aus der Geschichte lernen. Auch Japan.

Hochachtungsvoll
Dr. Klien,
Pinneberg

Gar nicht fähig

„Kermit auf Reisen"; WELT vom 25. Juli

Sehr geehrter Herr Barth,

Ihre gehässigen Artikel über Franz Josef Strauß sind eindeutig ein Ausdruck der Rache, weil letzterer die Rechtspresse als noch dümmer als die Linkspresse bezeichnet hat; und dies mit Recht!

Sie sind gar nicht fähig, den Genius eines F. J. Strauß zu beurteilen, der mit Abstand der beste Politiker Deutschlands ist. Sie täten besser daran, die Pharisäer in der FDP und die Verbrecher in der SPD anzuprangern.

Hochachtungsvoll
K. Fichling,
Bonn 2

*

Hiermit beenden wir die Diskussion.

Die Redaktion

Wort des Tages

„Wir müssen lernen, gegenseitig unsere Theorien umzubringen statt uns selbst."

Karl Popper, österr.-britischer Philosoph (geb. 1902)

Personalien

ERNENNUNG

Heinz Joachim Held, Präsident des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, wurde Präsident des Zentralausschusses des Weltkirchenrates. Held, 55 Jahre alt, ist seit 1968 im Zentralausschuß tätig. Dem Weltkirchenrat gehören 301 protestantische, anglikanische und orthodoxe Kirchen mit insgesamt 400 Millionen Mitgliedern an. Held, Sohn eines Pastors, stammt aus Wesseling. Er studierte Evangelische Theologie und schrieb eine Dissertation zu dem Thema „Matthäus als Interpret der Wundergeschichten".



Heinz Joachim Held
FOTO: DIE WELT

1964 nahm er einen Ruf als Professor für Systematische Theologie an der Lutherisch-Theologischen Hochschule in Buenos Aires an und wurde Pfarrer der mit der EKD verbundenen Evangelischen Kirche am La Plata. 1974 berief ihn der Rat der EKD zum Leiter des Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland. Seit 1982 ist Heinz Joachim Held auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin. Bereits seit 1968 gehört er dem Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen an. Seit 1975 ist er auch Mitglied im Beratenden Ausschuß der Konferenz Europäischer Kirchen.

GEBURTSTAG

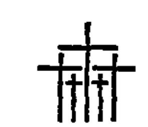
Der Frankfurter Komponist **Kurt Hessenberg** feiert am 17. August seinen 75. Geburtstag. Der Juristensohn, der in Leipzig bei **Günter Raphael** Komposition und bei **Robert Teichmüller** Klavier studiert hat, ist seit fast 50 Jahren an der Musikhochschule Frankfurt tätig. 1933 war er einem Ruf als Lehrer für Tonsatz und Gehörbildung an Dr. Hoch's Konservatorium in Frankfurt berufen worden. Kurt Hessenberg schrieb rund 120 Musikstücke, die auch durch Aufführungen von **Furtwängler** bekannt wurden. Kammermusiken, weltliche und geistliche Chorwerke sowie Kompositionen für Orgel, Orchester und Klavier machen sein kompositorisches Schaffen aus. Während der diesjährigen Kasseler Musiktage Ende Oktober wird ein Cello-Konzert von Kurt Hessenberg uraufgeführt und vom Hessischen Rundfunk am 14. November gespielt.

ABSCHIED

Professor Dr. **Eduard Schick**, Bischof von Fulda, wurde mit einem feierlichen Pontifikalamt verabschiedet. 1974 war Eduard Schick zum Bischof ernannt worden. Den Dank der Deutschen Bischofskonferenz und dessen Vorsitzenden **Joseph Kardinal Höffner** überbrachte der Mainzer Altbischof Kardinal **Hermann Volk**, der auch die Arbeit Schicks als Leiter einer Kommission für biblische Fragen in der Deutschen Bischofskonferenz würdigte sowie dessen Tätigkeit als Beauftragter für die Einheitsübersetzung des Neuen Testaments.

*

In die Militärgeschichte eingegangen ist der Name von Admiral **Theodor Burchardi**. Es ist jener Mann, der zu Kriegsende verantwortlich war für die Rettung von mehr als zwei Millionen Menschen über See. Burchardi, Kommandierender Admiral östliche Ostsee, erwarb sich allergrößte Verdienste bei der Evakuierung der Ostbevölkerung und der Truppe nach Westen. Am Wochenende ist Theodor Burchardi im Alter von 91 Jahren in Glücksburg gestorben. Der Admiral stammte aus einer alten Juristenfamilie. Er war Seekadett der Kaiserlichen Marine. Als Leutnant zur See fuhr er im Ersten Weltkrieg auf den Schlachtkreuzern „Seydlitz" und „Moltke" und auf dem Torpedoboot „G 40", auf dem er als Wachoffizier an der Skagerak-Schlacht teilnahm. 1934 wurde Burchardi Stadtkommandant von Stralsund. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war Burchardi Kommandant des Kreuzers „Köln". Bei Beginn des Rußland-Feldzuges wurde er Marinebefehlshaber, danach Kommandierender Admiral östliche Ostsee. Ende Januar 1945 wurden die Gebiete Ostpreußen und Danzig seiner Befehlsgewalt unterstellt.



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND





Mainz schlägt 'Ruhestand nach freier Wahl' vor

Minister Geil kündigt Bundesrats-Initiative an

E. N. Bonn

Ein vom Staat auferlegtes vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben, ohne das individuelle Schicksal der Betroffenen zu berücksichtigen, sei unzumutbar, heißt es in einer Untersuchung des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums. Zugleich sei es falsch anzunehmen, daß 440 000 vor dem 65. Lebensjahr ausgeschiedene Arbeitnehmer rund 400 000 Arbeitslosen eine Rückkehr an die Arbeitsplätze ermöglichen könnten.

Sozialminister Rudi Geil hat diese Dokumentation unter dem Titel „Ruhestand nach freier Wahl" der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ist als Antwort auf zwei Gesetzesentwürfe gedacht, *die in den vergangenen Wochen* in Bonn zur Regelung eines „Vorruhestandes" eingebracht wurden. Beide Vorlagen sind von der SPD erarbeitet worden.

Von der neuen Dokumentation erhofft sich Minister Geil, daß sie zur Grundlage eines von allen CDU/CSU-regierten Ländern akzeptierten neuen Gesetzesentwurfs über das brisante Thema wird. Die Rechenfehler anderer Vorschläge seien, so Minister Geil, in dem 100 Schreibmaschinenseiten umfangreichen neuen Text vermieden worden.

Der erste Bonner Gesetzentwurf war vom Land Hessen im Bundesrat eingebracht worden. Ihm hatte sich später das Land Bremen angeschlossen. Der zweite wurde von der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet und liegt seit kurzem dem Bundestag vor. Beide Entwürfe befinden sich noch im ersten Stadium ihrer Beratung.

Entlastung der Bundesanstalt

Wesentlicher Grundzug des hessischen Entwurfes ist die Forderung, daß Arbeitnehmer schon mit 58 Jahren in den „Vorruhestand" gehen können und dann bis zu 80 Prozent des letzten Bruttoeinkommens als „Vorruhestandsgeld" anstatt Lohn und Gehalt und später Rente erhalten. Rund 936 000 Arbeitnehmer zwischen 58 und 65 Jahren würden bis Ende 1986 von dieser Regelung betroffen werden. Dabei ist in dieser Berechnung eine rund 50prozentige Inanspruchnahme unterstellt. 400 000 Arbeitslose, die so wieder an einen Arbeitsplatz kämen, würden dann die Bundesanstalt für Arbeit um 6,8 Milliarden Mark jährlich entlasten können.

Das Fraktionspapier der SPD wirke „wie eine nachträgliche Korrektur des übereilt veröffentlichten Entwurfs, den Hessen und Bremen im Bundesrat eingebracht haben", kritisiert Geil. Hier würden nur noch 100 000 Fälle von Inanspruchnahme angenommen. Die Belastung der Arbeitgeber, die Zuschuß zum „Vorruhegeld" zu zahlen hätten, sei aber gleich groß geblieben. Freiwilligkeit werde dabei so verstanden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Einzelfall zustimmen müßten, während Freiwilligkeit nach rheinland-pfälzischer Auffassung „die Entscheidung des Arbeitnehmers zum obersten *Prinzip*" erhebe. *Das Konzept* „Ruhestand nach freier Wahl" sähe keine schematische Vorverlegung der Altersgrenze auf das 58. Lebensjahr vor, sondern „biete eine Neuordnung des Übergangs in die Altersruhe an, der die Möglichkeit einer verkürzten Lebensarbeitszeit einschließt".

Vollbeschäftigung utopisch

Minister Geil, der davon *ausgeht*, daß Vollbeschäftigung, wie sie noch zu Beginn der 70er Jahre zu verzeichnen gewesen sei, mindestens bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine Utopie bleiben werde, vertritt daher den Standpunkt, daß im Augenblick Überlegungen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit „das einzig Sinnvolle" sein könnten. Er warnte aber vor übertriebenen Hoffnungen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt. Außerdem müßten die berechtigten Bedürfnisse der älteren Arbeitnehmer berücksichtigt werden, bei denen nachlassende körperliche und geistige Leistungsfähigkeit oft nicht biologisch bedingt sei, sondern „schlicht Folge einer sozialen Abseitsstellung nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben". Der Minister verwies dabei auf Phänomene wie „Pensionstod" und „Rentenschock".

Schließlich kritisierte der Minister an den SPD-Gesetzesentwürfen, daß sie von einer falschen Annahme ausgingen. Es sei eine Fiktion zu unterstellen, daß jeder Arbeitnehmer bis zum 65. Lebensjahr beschäftigt werde. Tatsächlich liege das durchschnittliche Alter des Übergangs in die Rente schon beim 60. Lebensjahr oder häufig sogar noch vor diesem Zeitpunkt.

Kein Mittel gegen Arbeitslosigkeit

■ Fortsetzung von Seite 1

Menschen Arbeit bekommen oder vor Entlassung geschützt werden. Die Arbeitslosigkeit könnte dann Ende 1985 um fast 350 000 unter dem Stand liegen, den sie ohne Herabsetzung der Altersgrenze erreichen würde.

Die Entlastungswirkungen der beiden anderen Modelle wurden dagegen erheblich geringer eingeschätzt: Durch Modell B (30 Stunden ab 55. Lebensjahr) könnte die Arbeitslosigkeit bis 1985 um rund 100 000 Menschen gesenkt werden, durch Modell C (20 Stunden) um rund 210 000. Bei 58 Jahren Altersgrenze würden 54 Prozent des Arbeitsausfalls in Industrie oder Umsetzungen ausgeglichen, *im Großhandel* 52 und im Einzelhandel 51 Prozent. Bei den beiden anderen Modellen würde der Arbeitsausfall dagegen nur zu 32 Prozent bis 45 Prozent durch beschäftigungswirksame Maßnahmen ausgeglichen.

Vor die Wahl gestellt, würden 84 Prozent der Industrie- und Baubetriebe die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze gegenüber den anderen *beiden Lösungen bevorzugen*. Dagegen sprachen sich 23 Prozent der Groß- und 35 Prozent der Einzelhandelsbetriebe für die Teilzeitmodelle aus. Bei der Diskussion über die Finanzierung eines niedrigeren Rentenalters sollte laut Ifo die erhebliche Entlastungswirkung berücksichtigt werden. Schon im ersten Jahr könnten durch den Abbau der Arbeitslosigkeit gesamtfiskalisch rund 3,4 Milliarden Mark gespart werden.

Nach der mitveröffentlichten Umfrage der Infratest-Kommunikationsforschung im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall sprachen sich 54 Prozent der Metall-Arbeitnehmer für die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche aus, nur 39 Prozent für eine Verkürzung. Der Gedanke einer Verkürzung finde umso mehr Anhänger, „je gestörter das Verhältnis zu Arbeit und Beruf" sei.

Als Zahlenspiele, „mit denen Arbeitnehmer für dumm verkauft werden sollen", hat der Vorstandssprecher der Industriegewerkschaft Metall, Jörg Barczynski, die Ifo-Umfrage bezeichnet. Barczynski verwies auf Berechnungen der IG Metall, wonach in der gesamten Wirtschaft durch die 35-Stunden-Woche für 1,6 Millionen Arbeitnehmer Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Waldsterben deutlich zugenommen

In 314 Forschungsvorhaben suchen Wissenschaftler nach Gründen für die Umweltschäden

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bund und Länder fördern zur Zeit mit 55,9 Millionen Mark 314 Forschungs-Vorhaben, über die *man* dem Geheimnis des Waldsterbens auf die Spur kommen will. Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, erklärte gestern bei der Vorlage einer Dokumentation „Umweltforschung zu Waldschäden", daß die Bundesregierung trotz der noch offenen Ursachen-/Wirkungs-Kausalkette, *die kurzfristig* auch durch vermehrte Forschungen nicht voll zu schließen sein werde, auf jeden Fall vorsorglich die Senkung der Emissionen der wesentlichen Schadstoffe anstrebe.

Während die erste offizielle Erhebung über das Ausmaß der Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland von 1982 das zusammengefaßte Ergebnis brachte, daß 7,7 Prozent der gesamten Waldbestände krank sind, werden von der vor kurzem angelaufenen zweiten Erhebung nach dem Urteil von Forstexperten erschreckende Zahlen erwartet, von denen Riesenhuber vor der Presse in Bonn nur sagte, daß sie „deutlich höher" als die bisherigen sein würden. Man müsse davon ausgehen, daß das Fortschreiten der Schäden von Einflüssen begünstigt werde, die aus dem diesjährigen Witterungsverlauf herrührten. Das derzeit verfügbare Datenmaterial, das der neuen Dokumentation beigefügt wurde, erlaube allerdings „noch keine Hochrechnungen und Auswertungen hinsichtlich der Schadenssituation insgesamt".

Vielfältige Bemühungen

Ein naturwissenschaftlich exakter Nachweis des kausalen Prozesses von den Emissionen zu den Schädigungen lasse sich bisher noch nicht nachweisen, sagte der Minister, weil die vielfältig „vernetzten" ökologischen Abläufe der Natur weder vollständig bekannt, noch bisher im Laborversuch *reproduzierbar seien. Die* schädigenden Wirkungen der Luftverunreinigung ergäben sich, wie anläßlich des vom Forschungsministerium im Januar 1983 in Jülich durchgeführten Symposiums „Saurer Regen – Waldschäden" übereinstimmend festgestellt wurde, vor allem durch Schwefeldioxid, Stickoxide und deren Säuren, Ozon und Schwermetalle. Anlagen zur Stickoxidminderung befänden sich in der Bundesrepublik noch nicht im großtechnischen Einsatz. Es seien jedoch Verfahren auf der Basis deutscher Technologie „konzeptionell verfügbar".

In Kürze werde hier mit der Umset*zung in den großtechnischen Maß*stab begonnen.

Auf dem Sektor Kraftwerke habe die atmosphärisch betriebene Variante der „Wirbelschicht-Feuerung" mit geringer Emission die Marktreife erreicht, die druckbetriebene sei in der Entwicklung. Das Forschungsministerium fördert zur Emissionsbe*grenzung im* Kraftfahrzeugsektor vor allem auch „unkonventionelle Antriebssysteme", wie die keramische Gasturbine, die Bremsenergie-Rückgewinnung und die Hydropneumatische Speicherung. Neben Methanol, das besonders bei Verwendung von Methanol-Kraftstoff M 100 eine „aussichtsreiche Lösung als Kraftstoff für konventionelle Motoren" sei, würde insbesondere auch Wasserstoff als Energieträger erprobt.

Die „Kampfansage an Waldschäden mit Wissenschaft und Technik", wie sie Minister Riesenhuber nannte, sieht vor allen die Koordination der bisher zerstreuten Bemühungen um Eindämmung des Waldsterbens vor. Zentrales Instrument dabei ist der im Juni 1983 neu berufene Forschungsbeirat, dem 14 Professoren verschiedener Fachrichtungen angehören. Daneben hat im Mai dieses Jahres die „interministerielle Arbeitsgruppe Waldschäden/Luftverunreinigung" ihre Arbeit aufgenommen, die vor allem auch Forschungslücken aufzeigen soll. Diese Lücken bestehen, wie Riesenhubers Dokumentation aufzeigt, vor allem noch bei den biochemischen Regelungsvorgängen, bei diagnostischen Untersuchungen und waldbaulichen Maßnahmen. So ist zum Beispiel auf keinen Fall klar, ob durch Düngung die Vitalität von Waldbäumen gestärkt werden kann – sechs Forschungsvorhaben widmen sich allein diesem Problem. Weitere Forschungslücken haben sich hin*sichtlich des Transports und der Aus*breitung von Schadstoffen, der ökonomischen und ökologischen Folgen des Waldsterbens herausgestellt.

Das Koordinierungskonzept geht davon aus, daß es bereits umfangreiche etablierte Forschungsaktivitäten an Hochschulen, Landes- und Bundesanstalten gibt, die von unabhängigen Geldgebern finanziert werden. Diese Arbeiten gelte es zu „stimulieren und durch weitere Forschergruppen, auch aus anderen Disziplinen, wirkungsvoll zu ergänzen". Es wird die Strategie verfolgt, eine Senkung der Emissionen der wichtigsten Schadstoffe zusammen anzustreben, *statt die Hoffnungen* auf die Reduzierung eines einzigen, und möglicherweise dann doch nicht ausschlaggebenden Schadstoffs, zu setzen. Der Schadensverlauf, heißt es in der Dokumentation, weist bei den verschiedenen Baumarten und in den verschiedenen Waldregionen neben gemeinsamen Zügen auch abweichende, jeweils art- und standortspezifische Merkmale auf.

Europäische Koordination

Nicht auszuschließen ist danach, daß im Anschluß an eine durch Luftverunreinigung bedingte Schwächung von Bäumen „Sekundärprozesse" wie Pilzbefall und Käferschädlinge in solcher Geschwindigkeit ablaufen, daß die eigentliche Ursache überdeckt wird. Bei einem Anhalten des Krankheitsverlaufs zum Beispiel in Baden-Württemberg sei damit zu rechnen, daß ganze Bestände zumindest in den Hochlagen der Mittelgebirge völlig absterben.

Bei Durchsicht der Dokumentation aus dem Forschungsministerium fällt auf, wie *häufig hier* Ausdrücke wie „bedarf noch der Überprüfung", „noch Fragen offen" oder „weitgehend unerforscht" vorkommen, obwohl mehrere Großforschungseinrichtungen und Bundesanstalten mit eigenen Vorhaben im Problembereich aktiv sind. So befaßt sich die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Hamburg vor allem mit den Bereichen Schadensursachen und deren Bewältigung, Holzqualität und Züchtung. Das Umweltbundesamt arbeitet an der Erstellung von Emissions- und Immissionserhebungen und -katastern. In der Kernforschungsanlage Jülich konzentrieren sich die Anstrengungen auf den Bereich der Luftchemie. Der Deutsche Wetterdienst erfaßt klimatologische Gegebenheiten. Eingeschaltet sind außerdem unter anderem die Deutsche Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln und das Forschungszentrum der Gesellschaft für Kernenergie-Verwertung in Schiffbau und Schiffahrt in Geesthacht.

Auf europäische Ebene wird die Koordination zur Bekämpfung des Waldsterbens anläßlich eines Symposiums der Kommission der Europäischen Gemeinschaft von 19. bis 21. September in Karlsruhe gehoben.

Brandt: Moskau hat Folgen nicht durchdacht

Hey, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die von der Friedensbewegung angekündigten Protestaktionen gegen eine mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen ausdrücklich befürwortet. Im Parteiorgan „Vorwärts" erklärt Brandt wörtlich: „Es kann keinen Zweifel daran geben, daß es legitim ist, die Sorge über eine neue Umdrehung der Rüstungsspirale nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen." Dies sei „vernünftig". Er erwarte für den Herbst „eine Vielzahl eindrucksvoller Kundgebungen und Demonstrationen".

Der SPD-Chef sprach sich zwar für gewaltfreien Protest aus, weil nur der die Chance habe, von vielen verstanden zu werden. Er meinte jedoch gleichzeitig, daß jeder einzeln eine Entscheidung über sein Verhalten bei Aktionen treffen müsse, „die zu Konfliktsituationen mit dem Gesetz führen können". Nach seiner Erkenntnis herrsche aber in den verschiedenen Teilen der Friedensbewegung die Auffassung vor, sich nicht in Lagen hineinzubegeben „und auch nicht hineinmanövrieren zu lassen, die nur Scharfmachern Gefallen bereiten".

Weiter ging Brandt in dem Interview auf Distanz zum NATO-Doppelbeschluß, der unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gefaßt worden war. Sein Ziel sei eine Null-Lösung gewesen, innerhalb der die sowjetische Mittelstreckenrüstung soweit reduziert würde, daß „es null weiterer atomarer Aufrüstung auf westlicher Seite bedürfe". Der Parteichef räumte ein, daß sich Moskau offensichtlich nicht über die Konsequenzen der Aufstellung von SS-20-Raketen im Klaren gewesen war und „auch darunter leidet", nicht alle getroffenen Maßnahmen vorher durchgerechnet zu haben. Dies aber, so Brandt, „ist jetzt nicht mein Problem". Er warnte die Sozialdemokraten, sich voreilig auf ein Nein zur Nachrüstung festzulegen: Dies wäre „Wasser auf die Mühlen jener, die sagen, es hat ja gar keinen Sinn, zu verhandeln".

Nürnberg: Kein Handlungsbedarf

GISELA REINERS, Bonn

Zu der neuerlichen Kritik von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß am Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Fritz Himmelreich: „Der Knochen ist doch abgenagt." Die flexible Nutzung der Vor*schriften* über die *Vermittlung von* Lehrstellen und Arbeitsplätzen sei eine Frage der Praxis und nicht des Gesetzes.

Der CSU-Vorsitzende hatte sich in der vorigen Woche in einem weiteren Brief an den Präsidenten der Bundesanstalt in Nürnberg, Josef Stingl, dafür ausgesprochen, vorhandene gesetzliche Möglichkeiten zur Beteiligung Dritter an der Vermittlung besser zu nutzen. In diesem Zusammenhang verweisen sowohl die Arbeitgeber als auch das Bundesarbeitsministerium auf zahlreiche Aktionen der Arbeitsverwaltung, bei denen Private eingeschaltet sind, wie z. B. die „Bild"-Zeitung, die gestern mit einer Lehrstellen-Vermittlungsaktion begonnen hat. Das Ministerium wie Arbeitgeber und Gewerkschaften, die zusammen auch in den Selbstverwaltungsgremien der Nürnberger Bundesanstalt sitzen, sehen keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Frankreich schickt weitere Fallschirmjäger nach Tschad

Rebellenführer stellt Bedingungen für Verhandlungen

DW. N'Djamena/Bonn

Frankreich will die Zahl seiner Soldaten in Tschad in den nächsten Tagen von rund 500 auf 700 Mann verstärken. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs, das Guy Penne, Afrika-Berater des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, in N'Djamena mit dem tschadischen Präsidenten Hissène Habré führte. Die Franzosen sollen tschadische Truppen bei den Kämpfen gegen die Rebellen unter dem früheren Präsidenten Goukouni Weddeye beraten, haben aber auch Anweisung, sich im Ernstfall mit der Waffe zu verteidigen.

Die neuen Einheiten sollen in der Hauptstadt N'Djamena Fallschirmjäger ersetzen, die näher an die Front, nach Abéché im Osten und Salal im Westen, abkommandiert worden sind. Bei Salal haben die tschadischen Truppen eine neue Verteidigungslinie errichtet. Die „Front" verläuft inzwischen fast genau in der Mitte Tschads, etwa 400 Kilometer nördlich der Hauptstadt.

Rebellenführer Weddeye hat verlangt, daß die USA, Frankreich und Zaire Berater und Truppen aus dem Land abziehen, bevor irgendwelche Friedensgespräche beginnen könnten. Wie die libysche Nachrichtenagentur Jana meldete, stellte Weddeye diese Forderung in einem Brief an den amtierenden Vorsitzenden der Orgsanisation für Afrikanische Einheit (OAU), den äthiopischen Führer Mengistu Haile Mariam.

Darin habe sich Weddeye bereit erklärt, „mit der OAU zusammenzuarbeiten, um eine gerechte, friedliche und dauerhafte Lösung für die internen Probleme Tschads zu verwirklichen". Die Agentur bezeichnete die mit libyscher Unterstützung kämpfenden Rebelleneinheiten Weddeyes als Verbände der „legitimen Regierung" und nannte Präsident Habré einen „Usurpator".

Seite 2: Grand Design in der Sahara

Militärabkommen in Mittelamerika

rtr, Guatemala

Guatemala und El Salvador haben nach Angaben aus beiden Ländern eine enge militärische Zusammenarbeit vereinbart. Ein kurz nach dem Militärputsch in Guatemala vom 8. August vereinbartes Abkommen sieht vor, daß Guatemala die salvadorianische Armee bei der Bekämpfung von Rebellen unterweist und im Gegenzug von El Salvador Waffen erhält. Nach Angaben eines Regierungsvertreters in San Salvador hatte sich die militärische Kooperation bisher auf die Zusammenarbeit im Grenzgebiet beschränkt.

Nach dem Abkommen sollen guatemaltekische Experten Angehörige der 24 000 Soldaten umfassenden salvadorianischen Armee in Guatemala im Anti-Guerrilla-Kampf ausbilden. Als Gegenleistung werde El Salvador leichte Waffen und Munition aus seinen Beständen an Guatemala liefern, die im wesentlichen von den USA geliefert wurden.

Kaum noch Chancen für Grund- und Hauptschullehrer

Umfrage über die Situation in den Bundesländern

dpa, Hamburg

Die Zahl der arbeitslosen Lehrer ist zu Beginn des neuen Schuljahres höher als je zuvor. Eine dpa-Umfrage in den Bundesländern ergab, daß nur ein geringer Teil der Bewerber für den Schuldienst eingestellt worden ist. Immer häufiger werden befristete Angestellten- oder Teilzeitverträge vergeben. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schätzt, daß zum Schuljahresbeginn rund 40 000 Pädagogen mit zweitem Staatsexamen arbeitslos sind, etwa 10 000 mehr als vor einem Jahr.

Ohne Zahlen aus Bayern, wo das neue Schuljahr erst Mitte September beginnt, hat die dpa-Umfrage ergeben, daß von mindestens 30 000 Bewerbern weniger als 20 Prozent eingestellt *wurden. Dabei hat sich ein* Teil in verschiedenen Bundesländern beworben.

Ganz besonders schlecht sieht es für Grund- und Hauptschullehrer aus. Deren Bewerbungen wurden beispielsweise in Niedersachsen überhaupt nicht mehr gezählt, weil ohnehin niemand eingestellt wurde. Relativ am besten sind die Chancen für Berufsschullehrer.

Schleswig-Holstein: Zum Schuljahresbeginn wurden 69 Lehrer als Beamte eingestellt, rund 300 erhielten „befristete, volle oder halbe" Angestelltenverträge.

Hamburg: Die vom Senat garantierten 200 offenen Stellen im Jahr wurden diesmal alle von Lehrern besetzt, die bisher einen befristeten Vertrag hatten. Echte Neueinstellungen gab es nur 64.

Niedersachsen: 583 Lehrer wurden neu eingestellt, 223 von ihnen mit einem ¾-Deputat.

Bremen: 50 Neueinstellungen, dabei handelt es sich ausschließlich um befristete Teilzeitverträge.

Berlin: 246 Lehrer wurden neu eingestellt, 298 Arbeitsverträge wurden verlängert.

Nordrhein-Westfalen: 1850 Stellen sollen neu besetzt werden.

Hessen: Rund 1000 neue Lehrer werden eingestellt, 700 davon haben unbefristete Verträge bekommen.

Rheinland-Pfalz: 3300 Lehrer hatten sich beworben, 470 wurden eingestellt.

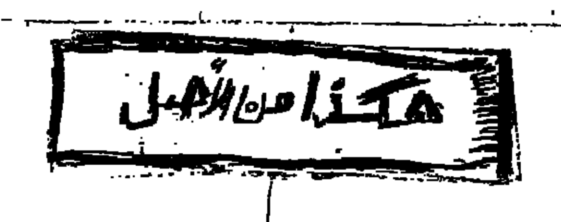
Saarland: 43 Grund- und Hauptschullehrer, die bisher angestellt waren, wurden als Beamte übernommen. 13 Lehrer erhielten neue Angestelltenverträge. An den anderen Schulen wurden 52 Lehrer als Beamte neu eingestellt. Außerdem 16 mit halber Stundenzahl.

Baden-Württemberg: Von 4320 Neubewerbern wurden 1030 eingestellt, dazu kommen 285 Einstellungen von der Warteliste.

Schweden klagen „fremde Mächte" an

dpa, Stockholm

Der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, General Lennart Ljung, ist durch die ständigen Verletzungen der Territorialgewässer durch fremde Mächte tief beunruhigt. Es stehe fest, daß in diesem Sommer fremde U-Boote in den Bottnischen Meerbusen eingedrungen seien. Seit September 1980 seien solche Verletzungen etwa 100mal vorgekommen, sagte der General gestern in einem Interview der Zeitung „Svenska Dagbladet".



Wichtiger Indikator

Stw. – Den Aufschwung mit Produktions- und Umsatzzahlen nachzuweisen ist noch immer recht mühsam. Auftragseingänge und Unternehmensbefragungen spiegeln die verbesserte Stimmung da schon eher wider. Einen stetigen und steilen Aufwärtstrend zeigt dagegen eine Größe, die gerade in einer Marktwirtschaft ein wichtiger Indikator ist: die Zahl der Unternehmensgründungen.

Das Handwerk berichtet von einer Existenzgründungswelle, die Kreditbewilligungen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms des Bundes schnellten im ersten Halbjahr um 250 Prozent in die Höhe. Zwar sollte die Zahl derer nicht unterschätzt werden, die die Selbständigkeit als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit sehen und nur selten die Voraussetzungen für eine Unternehmensgründung mitbringen. Unabhängig davon ist jedoch ohne Zweifel der Drang in die Selbständigkeit gewachsen. Und das, obwohl die Insolvenzzahlen weiter bedrohlich hoch sind.

Kammern und Verbände haben in den letzten Jahren viel getan, um jungen Unternehmern den Start zu erleichtern. Sie stoßen aber an Grenzen, da sie Finanzierungsprobleme und bürokratische Hemmnisse höchstens mildern, nicht jedoch abschaffen können. Hier sind die Politiker gefordert. Die Bundesregierung ist im Wort, die oft beschworene Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit in die Praxis umzusetzen – damit die Flut von Existenzgründungen nicht in einer Welle enttäuschter Hoffnungen mündet.

Erpreßbar

dos. – Was von der niedersächsischen Landesregierung triumphal als Erfolg verkündet wird, zeigt einmal mehr, daß die Bemühungen der öffentlichen Hände um Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen immer gleichzusetzen sind mit dem Einsatz massiver finanzieller Mittel. Jüngstes Beispiel ist die „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei, die mit dem von der Konzernspitze gefaßten Beschluß, den Standort Cuxhaven aufzugeben und damit 500 Arbeitsplätze zur Disposition zu stellen, die Stadt und das Land zum Handeln zwang. Die jetzt getroffene Vereinbarung, wonach das Land Niedersachsen für 30 Millionen Mark den „Seeadler"-Komplex erwirbt und an die „Nordsee" verpachtet, hat diese Absicht revidiert. Die Landesregierung, die angesichts der für die Stadt bedrohlich erscheinenden Entwicklung eigens Ministerpräsident Ernst Albrecht für dieses Geschäft aktiviert, kann darauf verweisen, daß es sich um kein Geschenk aus Steuermitteln handelt: der Gegenwert ist das Grundstück. Fraglos aber beweist sich auch in diesem Fall wieder die Erpreßbarkeit der öffentlichen Hand, wenn das Argument des Abbaus von Arbeitsplätzen nachdrücklich genug gehandhabt wird.

Blick über die Halden

Von HANS BAUMANN

Zusammen mit den zehn Millionen Tonnen Bundesreserve lagern in den deutschen Steinkohlerevieren 45 Millionen Tonnen Kohle. Monte Carbone hat damit seinen technischen und wirtschaftlichen Zenit erreicht. Kohlehalden sind teuer, vom Platz her, von der Kapitalbindung und deren Verzinsung. Monte Carbone hat aber noch einen anderen negativen Effekt: Dieses Kohlengebirge verstellt den Blick in die energiepolitische Zukunft. Dieser Berg legt sich auf die Brust der politisch Verantwortlichen, wenn sie am 29. September Luft holen wollen für zukunftsträchtige Vorschläge oder gar Entscheidungen. Dann nämlich beginnt beim Bundeswirtschaftsminister die „Kohlerunde", die zwangsläufig eine Energierunde werden wird.

Mit der weltweiten Wirtschaftsflaute, mit dem Verfall der Energiepreise und der Nachfrage nach Stahl sind die im Boom vernarbten Wunden des „Alten Mannes an der Ruhr" wieder aufgebrochen: die Monostrukturen, die Kopflastigkeit der Montanwirtschaft. Die Kohle-und-Energie-Runde wird daher wohl auch eine Revierrunde werden, denn dem Ruf nach einer Umstrukturierung des Reviers, der nun schon seit Beginn der Ölflut 1958 nicht mehr verhallt, sollten nun endlich Taten folgen.

Tatsache ist, daß die beiden prägenden Branchen Stahl und Kohle übersetzt sind, daß Öl und Gas durch Flaute und sparsamen Umgang mit Energie Federn lassen mußten, daß aus den gleichen Gründen die Elektrizitätswirtschaft nur noch mit mageren Zuwachsraten rechnen kann, die ihre Investitionslust und -kraft hemmen. Bisher haben die Zeiten der wirtschaftlichen Blüte die Probleme des Reviers immer wieder überdeckt – und kam dann die Flaute, so war die Macht der beiden Montanblöcke groß genug, um ernsthaften Wandel vor allem im politischen Bereich zu verhindern.

Während in Niedersachsen und im Rhein-Main-Becken neue, intelligente Industrien entstanden, die nicht zuletzt das motivierte Potential menschlicher Arbeitskraft anzogen, blieb das Revier das Land des Bizeps und verkam mit seinen hohen Arbeitslosenquoten zum Armenhaus der Nation. In Nordrhein-Westfalen leistet zwar ein 15-MW-Reaktor in Jülich hervorragende wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der einzigen deutschen Reaktorentwicklung, dem Hochtemperaturmeiler nach dem Schulten-System. Einen Kernkraftblock aber, der preiswerte Elektrizität liefert und damit die Wirtschaft des Reviers wettbewerbsfähiger macht, gibt es bis heute nicht. Mit den Namen der Wirtschaftsminister Riemer und Jochimsen läßt sich dieser kaum noch aufzuholende Rückschritt personifizieren. Selbst als die von ihnen um jeden Preis verteidigte Kohle nach Kernenergie rief, die ihre Zukunft sein wird, weil sie nur mit dieser kostengünstigen Energie veredelt und absatzfähig gemacht werden kann, kam das stereotype Nein aus Düsseldorf: Kohle, Kohle über alles.

Nach dem Versäumnis bei der Kernkraft ist Düsseldorf jetzt dabei, einen anderen Schritt zu neuen Horizonten, der sogar die alten Fehler zum Teil wieder wettmachen könnte, zu verhindern: die industrielle Umstrukturierung im Bereich der Kohle. Daß Kohle einst zum Stahl gehörte, ist unbestritten. Doch diese Ehe ging schon mit der Gründung der Ruhrkohle AG auseinander.

Heute heißen die Partner – deutlich sichtbar im Jahrhundertvertrag zwischen Kohle und Stromwirtschaft – *Kohle und Elektrizität*, mit wachsender Intensität, wenn die Talfahrt der Konjunktur beendet sein wird. Warum, so wird man sich schon vor der Kohlerunde fragen, sollen nicht die in die Verantwortung für die deutsche Kohle tiefer hineingezogen werden, die – wie früher der Stahl – besonders von ihr abhängig sind, die Stromerzeuger nämlich.

Die Frage gehört auf den Tisch, warum die größten Ruhrkohlepakete bei den Stahl-Altgesellschaften Krupp, Salzgitter, Hoesch, Sidechar, Thyssen und Klöckner verweilen müssen, warum die Veba ihre 27,2 Prozent nicht aufstocken und die Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW) in Dortmund nicht zum neuen Kohleeigner werden können.

Eine privatwirtschaftliche Heimat würde der Kohle besser bekommen als die Subventionsamme Staat. Vielleicht erinnert man sich in Düsseldorf einmal an das Kohleverbund-Modell des Werner von Dewall, der es bei Hibernia mit Erfolg praktizierte. Richtig: Düsseldorf schaut ja nicht zurück, sondern immer nur vorwärts – auf die nächste Wahl.

INVESTITIONEN / Untersuchung des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft

Dienstleistungen haben sich zur starken Wachstumsstütze entwickelt

HEINZ HECK, Bonn

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist bei ihrer Suche nach neuen, wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen als Reaktion auf den weltweiten Strukturwandel offensichtlich ein gutes Stück vorangekommen." So lautet das Fazit einer Analyse des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). Danach sind vor allem die Dienstleistungen, also der terziäre Sektor, auf breiter Basis zu einer starken Wachstumsstütze geworden.

Nach 1973, dem Jahr des ersten Ölpreisschocks, haben 14 von 345 Branchen ihr Investitionstempo trotz verlangsamten Produktionswachstums noch beschleunigt. Die Studie mit dem Titel „Tempoverlagerungen der Produktions-, Investitions- und der Beschäftigungsentwicklung" wertet dies als Indiz, daß hier „offensiv nach neuen Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten" gesucht worden sei. Für diese Gruppe sei die Phase der positiven Neuorientierung allerdings noch nicht abgeschlossen.

Dagegen hätten die „sonstigen Dienstleistungen", die vom Gastgewerbe bis zu Ingenieurbüros und Leasing-Unternehmen reichen, als einziger Wirtschaftssektor seit 1973 sowohl Produktion als auch Investitionen und Beschäftigung erhöhen und sogar die Zuwachsraten aus den „goldenen Sechzigern" (1960/1973) noch übertreffen können.

Diese Entwicklung erscheint um so bemerkenswerter, als das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von jahresdurchschnittlich 4,3 Prozent (1960 bis 1973) auf 2,6 Prozent (1973 bis 1980) abgenommen habe. „Die frühere Wachstumshierarchie, in der das verarbeitende Gewerbe noch zur Spitzengruppe zählte, hat sich also deutlich verändert", folgert der Autor der Studie, Bernd Hof.

In insgesamt 30 Wirtschaftszweigen sei es nach der ersten Ölpreiskrise gegenüber der vorangegangenen Wachstumsphase „zu einer überdurchschnittlichen Abflachung" gekommen. Es überrascht nicht, daß sich unter den zehn größten Verlierern Wirtschaftszweige wie die Mineralölverarbeitung (1960/73: 8,9 Prozent und 1973/80: 0,2 Prozent jahresdurchschnittliches Produktionswachstum), Kunststoffwaren (13,1 und 4,8), Schiffbau (2,5 und minus 4,9), Chemische Industrie (9,6 und 3,7) sowie Gummiverarbeitung (6,8 und 0,9) befinden. Aber dazu gehören auch Versicherungsunternehmen (9,2 und 2,2), Büromaschinen (13,7 und 7,9), Luft- und Raumfahrzeugbau (9,0 und 4,1), Holzbe- und -verarbeitung (5,1 und 0,2) sowie Elektrotechnik (7,4 und 2,9). Hier werden zum Teil auch Spuren der Importkonkurrenz (USA, Japan) deutlich.

Die Studie erinnert daran, daß neun der zehn betroffenen Branchen zur Verarbeitungsindustrie gehören und daß es sich – mit Ausnahme des Schiffbaus – durchweg um Wachstumsbranchen in der Phase 1960/73 gehandelt hat. Damit werden die strukturellen Brüche erkennbar.

Da die deutsche Wirtschaft insgesamt nach 1973 nicht so stark investiert hat wie zuvor, hat sich nach IW-Berechnungen seit 1974 unter bestimmten Annahmen eine rechnerische Investitionslücke von rund 200 Milliarden Mark aufgetan. Dabei wurde unterstellt, daß die Investitionstätigkeit zwischen 1974 und 1980 ohne Bruch im Trend der Zeitspanne 1960/73 fortgesetzt worden wäre. Die beschäftigungspolitischen Wirkungen dieser Investitionslücke beziffert das IW auf einen Fehlbetrag von rund 1,9 Millionen Arbeitsplätzen.

Davon entfalle der größte Teil auf das verarbeitende Gewerbe (1,1 Millionen) und die Bauwirtschaft (etwa 500 000). Vor allem bei den sonstigen Dienstleistungen errechnet sich ein Überschuß von 100 000, in der Landwirtschaft von 40 000. Hätte indes die deutsche Wirtschaft von 1973 bis 1980 tatsächlich rund 1,9 Millionen Arbeitsplätze mehr bereitgestellt, so wäre dies „einer Arbeitsmarktsituation mit Überbeschäftigung gleichgekommen".

Trotz dieser Lücke spricht das IW nicht von einer allgemeinen Investitionslethargie. Immerhin habe jeder dritte Wirtschaftszweig von 1973 bis 1980 mehr investiert als zwischen 1960 und 1973 (Jahresdurchschnitt).

Zwischen Investitionen und Beschäftigung registriert das Institut „einen engen Zusammenhang": Von den zehn Wirtschaftszweigen, die von 1973 bis 1980 am stärksten investierten, haben sieben ihre Beschäftigung erhöht.

AUF EIN WORT



„Wir haben unser Augenmerk auf das breite Spektrum der Rohwasserbeeinträchtigung von den industriellen und kommunalen Abwassereinleitungen über Sondermülldeponien bis hin zur Überdüngung durch die Landwirtschaft zu richten. Unser Leitmotiv kann jedoch nur heißen: Reinhaltung des Rohwassers statt Wasserreperatur."

Dr. Fritz Gläser, Mitglied des Vorstandes der Rhenag Rheinische Energie AG, Köln. FOTO: DIMHÖFT

Sparpolitik ist nicht überzogen

VWD, Bonn

Den sich in jüngster Zeit mehrenden Forderungen, im Interesse des Konjunkturaufschwungs die restriktive Haushaltspolitik zu lockern, hat die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer eine deutliche Absage erteilt. In einer Stellungnahme der Organisation heißt es, je energischer durch Ausgabenkürzungen der Haushalt in ein besseres Gleichgewicht gebracht und der öffentliche Verbrauch zugunsten investiver Ausgaben zurückgedrängt werde, desto mehr besserten sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen.

FINANZMÄRKTE

Weitere Zinsentspannung beflügelt Wertpapierbörsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Entspannung an den internationalen Zins- und Devisenmärkten machte gestern weitere Fortschritte, und die deutschen Wertpapierbörsen warteten mit weiteren Kurssteigerungen bei Aktien und festverzinslichen Papieren auf. Dennoch war eine gewisse Enttäuschung zu spüren, daß die Abwärtsbewegung des Dollarkurses im Laufe des Tages durch einen Wiederanstieg unterbrochen wurde.

Der Dollar, der von 2,7278 bei der amtlichen Notierung am Freitag gestern morgen auf den fernöstlichen Märkten bis auf 2,69 DM unter dem Eindruck sinkender amerikanischer Zinsen gefallen war, befestigte sich zur gestrigen amtlichen Notiz in Frankfurt wieder auf 2,7114 DM und außerbörslich bis auf 2,7150 DM. Nach Meinung von Devisenhändlern wurde der Wiederanstieg durch die Eindeckung von Baissepositionen ausgelöst, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Markt noch nicht bereit war, dem von den Baissiers erwarteten Schwächetrend zu folgen.

Trotz des Wiederanstiegs des Dollarkurses im Laufe des Tages verstärkte sich der Aufwärtstrend an den deutschen Börsen. Die Anfangsgewinne gingen zwar während der Börsensitzung teilweise verloren, doch setzte sich zum Schluß abermals eine feste Tendenz durch. Favorisiert waren die Großchemieaktien mit Gewinnen bis zu vier Mark nach dem guten Hoechst-Zwischenbericht sowie VW (plus 10 DM). Die Rentenkurse zogen bis um 60 Pfennig an, und die Bundesbank verkaufte für 147 Millionen Mark Bundesanleihen allein in Frankfurt.

ÖFFENTLICHE HAND

Den Rentenmarkt in diesem Jahr weniger beansprucht

AFP, Frankfurt

Im ersten Halbjahr 1983 hat sich der Bruttoabsatz festverzinslicher Wertpapiere am deutschen Kapitalmarkt von 103,3 auf 122,7 Milliarden Mark gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit erhöht. Das Wachstum betrug 18,8 Prozent. Noch stärker ist der Nettoabsatz nach Abzug der Tilgungen gestiegen, nämlich um 48 Prozent auf 49,9 Milliarden Mark.

Das höhere Mittelaufkommen ist nach einer Untersuchung der BHF-Bank spürbar durch den Anstieg der „sonstigen Bankschuld-Verschreibungen" getragen worden, die primär der Kreditgewährung der gewerblichen Wirtschaft dienen, die auf 32,5 Milliarden Mark kletterten. Sie sind im Gegensatz zu Pfandbriefen und Kommunalobligationen nicht an bestimmte Aktivgeschäfte der Banken gebunden. 44 Prozent des Bruttoabsatzes betrafen die kurze Laufzeit bis zu einem Jahr.

Die öffentliche Hand hat im ersten Halbjahr Anleihen für netto 14,5 Milliarden Mark aufgenommen, 2,2 Milliarden weniger als im ersten Halbjahr 1982. Einbezogen sind Kassen- und Bundesobligationen, welche die dominierende Rolle spielten. Der Marktanteil der öffentlichen Anleihen ist auf unter 30 (37) Prozent gefallen. Noch deutlicher ist die Quote der Kommunalobligationen am Nettoabsatz gesunken, nämlich von 57 auf 38 Prozent. Da diese in erster Linie der Refinanzierung von Krediten an öffentliche Haushalte dienen, ist der „Staatskorridor" am Rentenmarkt kleiner geworden, während andererseits die sonstigen Bankschuld-Verschreibungen und die Schuldverschreibungen von Spezialinstituten Anteilsgewinne erzielen konnten.

KONJUNKTUR

In USA sind Ratenkredite wieder kräftig gestiegen

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Verbraucher borgen wieder kräftig Geld, obwohl ungesicherte dreijährige Darlehen in San Francisco mindestens 19, in New York 16,5 und in Chicago 15,3 Prozent per annum kosten. In der Verschuldungsbereitschaft spiegelt sich das wachsende Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft ebenso wie der seit Ende 1979 aufgelaufene Nachholbedarf, als die lange Phase von Stagnation und Rezession begann. Die US-Konsumgesellschaft alten Stils gibt es also noch – motiviert durch die *steuerliche Absetzbarkeit* aller Kreditkosten für Privatpersonen.

Nach Angaben der US-Notenbank sind die Ratenkredite im Juni um 4,41 Milliarden Dollar netto gestiegen, verglichen mit 2,7 und 2,3 Milliarden Dollar im Mai und April. Es war die steilste Zunahme seit 1943, als diese Statistik eingeführt wurde. Der starke Geldhunger deckt sich mit den verfügbaren Einkommen und den Verbraucherausgaben, die in den drei Monaten um 0,4/0,7 und ein beziehungsweise um ein, 1,6 und 1,8 Prozent wuchsen. Die Finanzierung von Autokäufen über Darlehen, die in den USA nahezu 80 Prozent der Umsätze ausmacht, dominierte mit 1,9 Milliarden Dollar.

Im zweiten Quartal 1983 erhöhten sich die Ratenkredite in Amerika um elf Prozent gegenüber sieben Prozent in der Januar–März-Periode und vier Prozent im Gesamtjahr 1982. Ohne langfristige Kredite wie Hypotheken waren die amerikanischen Verbraucher im Juni mit insgesamt 353 Milliarden Dollar verschuldet – 6,3 Prozent mehr als im Vorjahresmonat, als die Rezession in den USA auf ihren tiefsten Punkt zusteuerte.

FISCHWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Wolfgang von Geldern

Probleme nach Grönlands EG-Austritt

HEINZ HECK, Bonn

„Das Kooperationsangebot der deutschen Fischwirtschaft ist mit großem Interesse aufgenommen worden." Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Ernährungsministerium, Wolfgang von Geldern (CDU), zu seinem kürzlichen Besuch in Grönland. Durch den mit Volksabstimmung beschlossenen Austritt der Insel aus der Europäischen Gemeinschaft ergeben sich aus deutscher Sicht Probleme gerade für die norddeutsche Küstenregion. Von Geldern hat in seinen Gesprächen mit der Regierung Grönlands (etwa 50 000 Einwohner) darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in Cuxhaven (rund *60 000 Einwohner*) etwa *60 Prozent* der Bevölkerung direkt und indirekt von der Fischwirtschaft abhängig seien.

Der Bundesregierung liege daran, in den voraussichtlich langwierigen und komplizierten Austrittsverhandlungen (einstimmige Beschlüsse im Ministerrat erforderlich) eine Koppelung der anstehenden Fragen zu erreichen; also die Vergabe von Fangrechten (50 Prozent der deutschen Hochseefischerei entfällt auf grönländische Gewässer) an die EG-Staaten, der zollfreie Zugang für grönländische Erzeugnisse in die Gemeinschaft nach dem Austritt der Insel, die wirtschaftliche Kooperation und mögliche Finanzhilfen der EG. Besser am Schluß dieser Prozedur, die bisher einmalig in der EG-Geschichte sei, sollte über den künftigen Status Grönlands, das im dänischen Reichsverband bleiben wolle, verhandelt werden.

Wenn in wirtschaftlichen Fragen eine Einigung erzielt werden könne, sei die Statusfrage „zweitrangig". Insel-Premier Motzfeldt habe seinen Besuch als „politisches Signal" dafür gewertet, daß die Bundesregierung die persönlichen Kontakte mit Grönland auf hoher Ebene vertiefen wolle, erklärte von Geldern der WELT. Man sei sich einig gewesen, für die Erhaltung der Fischbestände in grönländischen Gewässern zu sorgen, die die Existenzgrundlage für die Insel darstellten. Eine Delegation der deutschen Fischwirtschaft werde so rasch wie möglich nach Grönland reisen, um Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit zu erörtern.

Von Geldern sieht als Ergebnis seiner Reise zwar noch „keinen Durchbruch" in den strittigen Hauptpunkten der Austrittsverhandlungen. Doch wertet er positiv, daß er Verständnis gefunden habe für die Bedeutung, die die Bundesregierung aus innen- wie regionalpolitischen *Gründen einer ausreichenden Absi*cherung der deutschen Fischereiindustrie beimesse. Von Geldern rechnet nicht mit einer einseitigen Erklärung der grönländischen Selbstverwaltung mit dem Ziel eines ersatzlosen Ausscheidens aus dem Geltungsbereich der EG-Fischereipolitik.

US-BANKEN

Im Kreditgeschäft werden Vorschriften immer strenger

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer kürzer wird die Kette, die den Aktionsraum der US-Banken im Kreditgeschäft festlegt. Die Gesetzgeber in Washington und die Überwachungsbehörden überbieten sich bei der Formulierung strengerer Vorschriften. Hier wirkt sich der Schock aus, der Amerika erschütterte, als die internationale Verschuldungskrise das gigantische und riskante Engagement der Banken in der Dritten Welt, aber vor allem in Lateinamerika, offenbarte. Weniger großzügig sind die Oberaufseher auch wegen der vielen Bankpleiten während der gerade überstandenen Rezession.

Die Securities an Exchange Commission (SEC), zuständig für die Bilanzwahrheit bei Aktiengesellschaften, hat jetzt die öffentlichen Bankholdings angewiesen, alle Länder aufzulisten, auf die ausstehende Kredite entfallen, die ein Prozent der Bilanzsumme übersteigen. Die neue Regel gilt für Jahresberichte, die am 31. Dezember 1983 abschließen. Bisher waren diese Angaben freiwillig. Wirtschaftliche Schwierigkeiten in einzelnen Staaten müssen genau beschrieben werden, wenn Zinsendienst und Tilgung gefährdet sind. Für die USA verlangt die SEC künftig Angaben über die Konzentration der Ausleihungen auf einzelne Industriegruppen, falls sie mehr als zehn Prozent der ausstehenden Kredite ausmachen.

Die SEC-Auflagen sind schärfer als die des Federal Reserve Board und des Controller of the Currency. So muß der Jahresbericht auch alle Darlehen ausweisen, auf die in den letzten 90 Tagen keine Zinsen gezahlt worden sind oder die umgeschuldet wurden, weil sich die Kreditnehmer in einer Finanzklemme befanden. Angegeben werden muß zudem der genaue Umfang und Anteil der Problemkredite an den Gesamtausleihungen.

Erst Mitte Juni hat die amerikanische Bankenaufsicht neue Richtlinien erlassen, wonach die 17 größten US-Institute über einen Eigenkapitalbestand verfügen müssen, der mindestens fünf Prozent ihrer Vermögenswerte entspricht. Unter diesem Limit liegen die Bank of America, Citicorp., Chase Manhattan Corp., Bankers Trust, New York Corp. und Irving Bank Corp., die innerhalb von zwei Jahren etwa *800 Millionen Dollar* zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalstruktur aufbringen müssen. Das „Fed" sieht in der Auflage einen Weg, um in Zukunft eine Verschlechterung der Kapitalstruktur der Großbanken zu verhindern.

Amerikas Banken werden noch enger an die Kette genommen, wenn sich die Version des Repräsentantenhauses im Gesetz über die Zahlungen der USA an den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Vermittlungsausschuß durchsetzt. Danach müssen die Institute bei dubiosen Darlehen an ausländische Kreditnehmer Rückstellungen vornehmen. Untersagt sind Umschuldungsgebühren, soweit sie die Verwaltungskosten übersteigen, und „exzessive Gewinne" gegenüber Ländern, die IWF-Hilfe erhalten. Begrenzt wird die Kreditvergabe je Land.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Chronik des Dollar-Kurses

Kurswert eines US-Dollars in DM

Seit Sept. 1949: 4,20 – März 61: 4,00 (Nach DM-Aufwertung) – Oktober 69: 3,66 (Nach DM-Aufwertung) – August 71: 3,42 (Dollar-Gold-Bindung aufgehoben) – Dezember 71: 3,22 (Neu-Ordnung der Wechselkurse) – Februar 73: 2,90 (Nach Dollar-Abwertung) – März 73: 2,83 (Freier Wechselkurs DM/Dollar) – 3. Jan. 80: 1,71 (Tiefste Dollar-Notierung) – 81: 2,26 (Reagan Präsident) – 82: 2,43 – 11. August 1983: 2,73 (Hohe US-Zinsen u.a. Gründe treiben Dollar-Kurs)

Langsamer Verfall und glänzendes Comeback der westlichen Leitwährung: Diese Nachkriegschronik spiegelt sich im Austauschverhältnis zwischen Dollar und D-Mark wider. Von 4,20 Mark für einen Dollar im Jahr 1949 fiel der Kurs bis auf 1,71 Mark im Jahr 1980. Danach ging es langsam aber stetig wieder aufwärts. QUELLE: GLOBUS

Zölle werden abgebaut

Brüssel (dpa/VWD) – Mit dem Abbau der letzten Zollhürden wird nach dem 1. Januar 1984 der industrielle Freihandel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) in vollem Umfang verwirklicht sein. Die EG wird bis zu diesem Zeitpunkt die noch bestehenden Zölle bei Papier abbauen können. Das betonte der Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp. Durch den Abbau der noch bestehenden Behinderungen am Binnenmarkt kann sich die EG, nach Haferkamp, einen Markt mit 270 Millionen Einwohnern schaffen. Durch die Freihandelsabkommen mit den EFTA-Ländern Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Finnland (assoziiertes Mitglied) erweitert sich dieser Markt auf über 300 Millionen Einwohner. Damit kann Europa über einen größeren Markt als die USA verfügen. Haferkamp plädierte dafür, daß die EG-Maßnahmen zur Schaffung des Binnenmarktes nicht zu einer Abschottung gegenüber den EFTA-Ländern führen.

EG: Besorgnis wächst

Brüssel (VWD) – In der EG wächst die Besorgnis über den anhaltenden Trend in den USA, ihren Gesetzen exterritoriale Geltung zu verschaffen. Als jüngstes Beispiel der amerikanischen Nadelstichpolitik gilt ein Urteil des Obersten Gerichtshofes über die *Einheitsbesteuerung, die mittlerweile* von 14 US-Bundesstaaten praktiziert wird und die vermutlich auch bundesweit eingeführt werden könnte. Wie aus EG-Kreisen verlautete, haben die EG-Botschafter in Washington in der vergangenen Woche bei der US-Regierung protestiert, da nach diesem Urteil die Besteuerung einer Tochtergesellschaft nach den Gewinnen der Muttergesellschaft möglich wäre. Davon wären nicht nur die US-Unternehmen mit überseeischen Niederlassungen betroffen, sondern auch ausländische Gesellschaften mit einer Niederlassung in den USA würden nach ihren weltweiten Gewinnen besteuert.

Preisempfehlung erlaubt

Karlsruhe (dpa/VWD) – Kraftfahrzeug-Händler dürfen in einer gemeinschaftlichen Zeitungs-Werbeanzeige auf die unverbindliche Hersteller-Preisempfehlung hinweisen, wenn sie gleichzeitig verdeutlichen, daß darin die Überführungskosten ab Auslieferungslager noch nicht enthalten sind. Nach einem am Montag vom I. Zivilsenat des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil stellt ein derartiger Vorgang keinen wettbewerbswidrigen Verstoß gegen die Preisangabenverordnung dar.

Notwendige Importkohle

Frankfurt (VWD) – Gegen die in der Diskussion befindliche drastische Reduzierung der erst 1981 erweiterten Kontingente für die Einfuhr von Kohle aus Drittländern wendet sich der Bundesverband Steine und Erden e. V. in Frankfurt. Dann nämlich wären die für den Kohleeinsatz von der Branche aus eigener Kraft getätigten Investitionen von mehr als drei Milliarden Mark weitgehend nicht mehr rechenbar, heißt es in einer Mitteilung. Die Steine-und-Erden-Industrie, insbesondere ihre energieintensiven Bereiche wie die Zementindustrie, hat ihren Kohleverbrauch seit 1979 auf drei Millionen Tonnen p. a. im Jahre 1982 verdreifacht. Sie zählt damit zu den größten industriellen Kohleverbrauchern der Bundesrepublik.

Mehr Auslandsbanken

Frankfurt (AFP) – Die Zahl der Auslandsbanken in der Bundesrepublik nimmt weiter zu. Nach neuesten Unterlagen der Bundesbank waren es Ende Mai dieses Jahres 240 Kreditinstitute aus 40 Ländern mit 106 Zweigstellen, 290 Repräsentanzen und 25 Tochterinstitute. Das weitaus größte Kontingent stellen dabei die US-Banken. Mit Abstand wichtigster Standort für die Auslandsbanken ist Frankfurt. Das Geschäftsvolumen der Auslandsbanken lag Ende Mai bei 57,6 Milliarden Mark gegenüber 57 Milliarden Mark Ende 1982 und 34 Milliarden Mark 1977. Dies ist ein Anteil von 2 Prozent an einem Gesamtvolumen von 2,7 Billionen Mark.

Steigender Strombedarf

Frankfurt (VWD) – Der langfristige Trend eines verminderten Primärenergieverbrauchs bei steigendem Strombedarf setzte sich 1982 in der Bundesrepublik fort. Hierauf weist die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt hin. Je 1000 D-Mark Brutto-Inlandsprodukt wurden rund zwei Prozent weniger Primärenergie verbraucht als 1981. Der Brutto-Stromverbrauch je 1000 D-Mark Brutto-Inlandsprodukt blieb dagegen bei einem leichten Zuwachs um 0,2 Prozent nahezu konstant. Die VDEW weist in diesem Zusammenhang auf die rationellere Energienutzung und das Sparen von Primärenergie durch den verstärkten Einsatz der Sekundärenergie Strom hin.

FRANKREICH / Höhere Steuer auf Video-Recorder

Betriebe werden entlastet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem Wirtschafts- und Finanzminister Delors den Franzosen für 1984 eine weitere Verschärfung ihrer Besteuerung in Aussicht gestellt hat, erwägt er jetzt gewisse Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen. Darüber will sich Staatspräsident Mitterrand heute mit Patronatspräsident Gattaz im Elysee-Palast unterhalten. Die Entscheidungen wird die Regierung allerdings erst Anfang September bei der Festlegung des neuen Haushaltsplanes treffen.

Schon für das laufende Jahr ist die Freistellung derjenigen Unternehmer von der Vermögenssteuer vorgesehen, die mit weniger als 25 Prozent am Kapital der von ihnen geleiteten Unternehmen beteiligt sind. Während alle sonstigen Privatvermögen *von mehr als zwei Millionen Franc* schon seit 1982 besteuert werden, sollte diese Unternehmergruppe erst im nächsten Oktober zur Vermögenssteuer auch auf „Arbeitsinstrumente" herangezogen werden.

Schon letztes Jahr war den Unternehmern die Vermögenssteuer für Beteiligungen von mehr als 25 Prozent bis 1985 gestundet worden. Dieser Termin könnte jetzt weiter hinausgeschoben werden. Nicht ausgeschlossen ist, daß die Vermögenssteuer für sämtliche zur Ausübung des Unternehmerberufes notwendigen Werte definitiv abgeschafft wird.

Für die Unternehmen selbst plant die Regierung die Einführung des „carry back", wie es auch in anderen Ländern, darunter der Bundesrepublik, angewendet wird. Danach können Betriebsverluste von den steuerpflichtigen Gewinnen der Folgejahre abgesetzt werden. Die der französischen Staatskasse auf diese Weise entstehenden Steuerausfälle werden auf jährlich mehrere hundert Millionen Franc veranschlagt.

Dagegen will sich Delors nächstes Jahr zusätzliche Einnahmen von mehr als einer Milliarde Franc allein durch die Erhöhung der Sondersteuer auf Video-Recorder beschaffen. Erwartet wird, daß diese Abgabe um 30 Prozent auf 612 Franc (200 Mark) je Gerät und Jahr steigt. Auch werden die Fernsehgebühren erhöht. Vor allem aber drohen den Franzosen 1984 direkte Steuererhöhungen in der Größenordnung von 40 Milliarden Franc.

VENEZUELA / Umschuldungs-Verhandlungen mit dem IWF werden fortgesetzt

Sparmaßnahmen sind noch umstritten

rtr, Caracas

Venezuela wird nach Angaben aus Finanzkreisen in dieser Woche seine Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Sparprogramm wieder aufnehmen. Wie am Wochenende zu erfahren war, haben die Verhandlungen des Landes mit seinen Gläubigerbanken über die Umschuldung der 1983 und 1984 fälligen Auslandsschulden des öffentlichen Sektors von 18,4 Milliarden Dollar am Freitag zu keinem Ergebnis geführt. Der Widerstand der venezolanischen Regierung gegen die Einführung harter Sparmaßnahmen vor den Wahlen im Dezember verhindere nach wie vor eine Einigung mit dem IWF.

Die Vereinbarung eines Sparprogramms mit dem IWF sei aber andererseits von den Banken zur Bedingung eines Umschuldungsabkommens gemacht worden, hieß es. Präsident Luis Herrera sagte in einem Interview, der IWF müsse Verständnis für die Wahlprobleme der Regierung haben und die verhältnismäßig gute Position Venezuelas angesichts seiner *Devisenreserven von zehn Milliarden Dollar* in Betracht ziehen.

Bei den Gesprächen zwischen Venezuela und dem IWF geht es einerseits um die von dem Land beantragten Mittel in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar aus der IWF-Fazilität zur „kompensierenden Finanzierung von *Ausfuhrerlösschwankungen*" und ein begleitendes Wirtschaftsprogramm. Andererseits will Venezuela die erste Tranche auf einen IWF-Kredit und Mittel auf seine IWF-Reserveposition von zusammen 2,8 Milliarden Dollar ziehen.

Nach Angaben aus Finanzkreisen hat der IWF Venezuela eine rasche Vereinheitlichung des gespaltenen Wechselkurses, die Abwertung des Bolivar und kräftige Ausgabenkürzungen empfohlen. Die Regierung sei gegen diese Vorschläge und wolle eine Verschiebung der Sparmaßnahmen bis nach den Wahlen erreichen. Venezuelas Finanzminister Arturo Sosa habe bei den Gesprächen mit dem Bankenberatungsgremium in der letzten Woche in New York eine weitere Verlängerung der am 30. September auslaufenden 90tägigen Tilgungsaussetzung für die Auslandsschulden des Landes ins Gespräch *gebracht, hieß es* in den Kreisen weiter.

Die Vertreter der Banken hätten diesem Vorschlag nicht zugestimmt und ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck gebracht, daß Venezuela seine Zinszahlungen nicht – wie versprochen – auf dem laufenden gehalten habe. Sosa habe zugegeben, *daß* Venezuela mit Zinsen des öffentlichen Sektors von 196 Millionen Dollar im Rückstand sei.

Venezuela konnte dem Schuldendienst auf seine Auslandsschulden von 34 Milliarden Dollar nicht mehr nachkommen, nachdem im vergangenen Jahr die Öleinnahmen stark zurückgegangen waren. Dies hatte im Februar zur Einführung von Devisenkontrollen und zu einer Abwertung des Bolivar durch die Regierung geführt. Außerdem hatte die Regierung den IWF um Unterstützung und die Gläubigerbanken um die Umschuldung der in diesem und im nächsten Jahr fälligen Verbindlichkeiten des öffentlichen Sektors ersucht. Die erste Gesprächsrunde mit dem IWF hatte im Juli mit dem Ziel stattgefunden, bis Ende September, wenn die *vereinbarte Tilgungsaussetzung* endet, eine Einigung zu erreichen.

GROSSBRITANNIEN / TUC trifft Arbeitsminister

Neue Gesprächsbereitschaft

WILHELM FURLER, London

In dieser Woche werden zum ersten Mal seit 18 Monaten wieder Gespräche zwischen führenden Funktionären des Dachverbandes der britischen Gewerkschaftsorganisation TUC und dem britischen Arbeitsminister Norman Tebbit stattfinden. Seit Januar 1982 boykottierte der TUC den Arbeitsminister wegen dessen Reformgesetzen zur Eindämmung der gewerkschaftlichen Macht und zur Einführung von mehr Demokratie innerhalb des Gewerkschaftssystems.

Am Donnerstag und Freitag werden Gewerkschaftsführer auf eigene Initiative mit Minister Tebbit zusammentreffen, um über das neue Jugend-Ausbildungsprogramm der Regierung Thatcher (Youth Training Scheme) sowie über Regierungspläne zu diskutieren, endlich die Grundlagen für einen Wechsel auf breiter Basis von der altgedienten Lohntüte zum bargeldlosen Lohntransfer durch die Abschaffung der sogenannten „Truck Acts" zu bilden.

Die „Truck Acts", Gesetz zum Schutz gegen den Mißbrauch von Tausch, waren 1831 erlassen worden, um Arbeiter vor ungerechter Entlohnung zu bewahren. In jener Zeit kam es nicht selten vor, daß der Lohn anstatt in barem Geld in Form produzierter Waren oder Naturalien entrichtet wurde. Damit können die britischen Arbeitnehmer auch heute noch auf der Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter in bar bestehen. Entsprechend tragen in Großbritannien heute noch fast 75 Prozent der Arbeiter ihren Wochenlohn in der Lohntüte nach Hause.

Weniger als zwei Wochen vor dem Beginn des Jahreskongresses des TUC-Gewerkschaftsverbandes in Blackpool ist die stillschweigende Aufhebung des Gesprächsboykotts gegenüber dem Arbeitsminister durch führende TUC-Funktionäre mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet worden. *In Blackpool* steht nämlich auf der Diskussions-Agenda, ob ein grundsätzlicher Bann über alle Gespräche mit Minister Tebbit verhängt werden soll, die die Gewerkschaftsreform betreffen. In Regierungskreisen breitet sich jetzt ein gewisser Optimismus aus, daß die neue Gesprächsbereitschaft der TUC-Spitze einen Kompromiß signalisiert.

SAUDI-ARABIEN / Stark geschrumpfte Öleinnahmen

Ausgaben erheblich gekürzt

AFP, Riad

Die öffentlichen Ausgaben Saudi-Arabiens gingen nach den Angaben des Finanz- und Wirtschaftsministers Scheich Mohammad Abalkheil in den ersten vier Monaten des am 14. April begonnenen neuen Steuerjahres im Vergleich zu 1982 um sechs Prozent auf 19,9 Milliarden Dollar zurück. Der Minister betonte jedoch, daß sie um neun Prozent höher lagen, als 1981 und um 37 Prozent die Ausgaben der entsprechenden Periode von 1980 übertrafen.

Finanzkreise in Riad unterstreichen dazu, daß die Einsparungen 1983/84 rund 18 Milliarden Dollar erreichen könnten, falls die Staatsausgaben im Gesamtsteuerjahr um sechs Prozent gesenkt werden sollten. Sie würden dann nur rund 60 Milliarden Dollar anstatt der im Budget eingesetzten 78 Milliarden Dollar betragen. Sie erwarten, daß die Regierungsausgaben, die seit der Bekanntgabe des neuen Staatsbudgets auf ein Mindestmaß eingeschränkt wurden, frühestens Ende September gelockert werden. Die Möglichkeit wird jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Restriktionen über einen längeren Zeitraum anhalten.

Über die Staatseinnahmen des Königreiches in den ersten vier Monaten des Haushaltsjahres wurden keine offiziellen Angaben gemacht. Sie dürften jedoch nach den Schätzungen ausländischer Finanzexperten um ein Drittel unter den eingeplanten geblieben sein. Für das Steuerjahr 1983/84 waren Einnahmen von 66,5 Milliarden Dollar eingesetzt. Diese Schätzung beruhte auf der Annahme, daß täglich fünf Millionen Barrel Erdöl abgesetzt werden können. Das Produktionsniveau blieb jedoch erheblich darunter.

Die Tendenz sinkender Einnahmen wirkt sich auch auf die Entwicklungspläne aus, die bereits „gestreckt" werden *mußten*. Der vierte saudische Wirtschaftsplan (1985 bis 1990), sieht vor, daß die Regierungssubventionen allgemein „rationalisiert" werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Junior will Bürgschaft

Goslar (dos) – Die zur Uhl-Gruppe in Ravensburg gehörende Junior Fenster- und Fassadenbau GmbH, Goslar, hat eine Bürgschaft über 2 Mill. DM beantragt. Nach Angaben des Unternehmens, dem bereits 1981 im Rahmen der Übernahme durch die Uhl-Gruppe von Estel/Hoesch eine Bürgschaft von 8 Mill. DM gewährt worden war, führte der Konkurs eines großen Bauprojektes, bei dem Forderungen von 1,7 Mill. DM bestehen, zu Liquiditätsschwierigkeiten.

Niedrigere Dividende

Hanau (dpa/VWD) – Das Versandhaus Schwab AG (Hanau) mußte im Geschäftsjahr 1982/83 (28. Februar) einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von 6,6 Prozent auf 567 Mill. DM hinnehmen. Das zum Otto-Versand (Hamburg) gehörende Handelshaus erzielte jedoch im 1. Halbjahr 1983 eine leichte Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr und eine „plangerechte Ergebnisentwicklung". Für das vergangene Geschäftsjahr wird der Hauptversammlung am 18. August eine Dividendenkürzung auf 10 (1981: 11) Prozent vorgeschlagen. Der Bilanzgewinn lag nach Angaben des Unternehmens mit 6,9 Mill. DM um 0,7 Mill. DM unter dem Vorjahreswert.

Stöhr ist zufrieden

Düsseldorf (J. G.) – Von einem „erfreulichen" Ergebnis und einer „zufriedenstellenden" Auftragslage berichtet die Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, nach dem ersten Halbjahr 1983, das 92 (im vollen Vorjahr 178) Mill. DM Umsatz brachte. Der Bereich technische Textilien habe „wie gewohnt gut" gearbeitet. Die Kammgarnspinnerei als großer Verlustbringer der beiden letzten Jahre sei in die schwarzen Zahlen gekommen.

Verluste bei Sony

Nürnberg (dpa/VWD) – Die Sony Deutschland GmbH, Köln, hat das Geschäftsjahr 1981/82 (31. Oktober) mit einem Fehlbetrag von rund 50 Mill. DM abgeschlossen und weist einschließlich eines Verlustvortrages von rund 25 Mill. DM ein Minus von 75 Mill. DM aus. Umgesetzt wurden 546 Mill. DM. Obwohl die Zeichen im laufenden Geschäftsjahr – insbesondere im Videobereich – nach Angaben von Sony günstiger stehen, erwartet man auch 1983 Verluste.

Personalien

Dr. h. c. **Ruben Rausing**, Gründer der internationalen Tetra-Pak-Gruppe, ist am 10. August im Alter von 88 Jahren gestorben.

Reiner Lehmann und **Ralf Stukenbrock** sind zu Geschäftsführern der Maschinenfabrik Langguth GmbH & Co., Münster, ernannt worden.

Eckhard Sachse, Chefsyndikus und Mitglied des Direktoriums des Bankhauses Trinkaus + Burkhardt, Düsseldorf, und **Dieter Zeissler**, Mitglied des Direktoriums, wurden zu Generalbevollmächtigten der Bank ernannt.

Oskar Allgaier, Gesellschafter und langjähriger Geschäftsführer der Allgaier-Werke GmbH, Uhingen, ist am 11. August im Alter von 73 Jahren verstorben.

FORSCHUNG / Weniger europäische Patente

Japaner an der Spitze

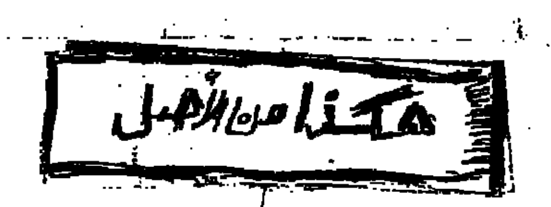
INGE ADHAM, Frankfurt

Als Reflex einer relativen Vergreisung oder Verknöcherung „reifer" Volkswirtschaften wertet der Bundesarbeitgeberverband Chemie die jüngste Patentstatistik. Zwar haben danach die Zahl der angemeldeten Patente europaweit ständig zugenommen. Während die Anmeldungen beim Deutschen Patentamt in München zurückgegangenen sind (auf 47 826 im letzten Jahr nach 51 345 im Jahre 1980), nahmen die Anmeldungen beim Europäischen Patentamt deutlich zu (25 328 Anmeldungen gegenüber erst 17 505 vor zwei Jahren).

Bei der Zunahme der Patente, die immerhin den Erfindungsreichtum eines Landes dokumentieren, haben die Deutschen und auch die übrigen Europäer nicht mitgemischt. Im Schnitt der Jahre 1980 bis 1982 wurden der Statistik zufolge 31 000 bundesdeutsche Patente angemeldet, in der gleichen Zeit zog die Zahl der beim Deutschen oder Europäischen Patentamt aus dem Ausland angemeldeten Patente um gut 12 Prozent an.

Von den 36 239 (1982) neuen Patenten stammen nur insgesamt 13 356 aus europäischen Ländern und damit über tausend weniger als vor zwei Jahren. Der Verband sieht darin einen Ausdruck von in Europa weit verbreiteter mangelnder Bereitschaft zum strukturellen Wandel und Technikfeindlichkeit. Die USA hätten dagegen die Zahl ihrer Patentanmeldungen gesteigert, vor allem beim Europäischen Patentamt.

Spitzenposition in Sachen Patentanmeldungen nehmen in Europa die Japaner ein, die in den Jahren 1980 bis 1982 ihre Anmeldungen um fast ein Drittel gesteigert haben. Der japanische Erfindergeist wird auch aus einer anderen Vergleichszahl deutlich, kommentiert der Verband: Beim *Japanischen Patentamt gingen im* vergangenen Jahr 273 513 Patentanmeldungen ein. Das sind fast fünfmal soviele Anmeldungen wie beim Deutschen Patentamt in München.



PRIVATBRAUEREI KROPF / Lagerengpaß

Ausstoß über eine Million

HANS BAUMANN, Kassel

Mit dem Rücken zur Wand des „DDR“-Niemandslandes schlägt sich im Kampf um den Bierdurst der Deutschen einer mit besonderer Bravour: die Privatbrauerei A. Kropf. In der vierten Generation wird sie von den Brüdern Helmut und Erich geführt, die beide Komplementäre sind. Bereits nach dem ersten Weltkrieg baute das Haus Kropf einen Geschäftszweig auf, nach dem heute selbst stolzeste Brauer – meist vergebens – Ausschau halten: den Markt für alkoholfreie Getränke. Es kaufte nicht nur die Wolfhagener Bierbrauerei GmbH, um „Markt zu machen“, es erwarb auch den Mineralbrunnen-Betrieb „Johanniter-Quelle“ in Bad Wildungen.

Damit war der Grundstein für die heutige Diversifikation gelegt. Aus dem Hause Kropf kommen neben Pils- und Spezialbieren Johanniter-Getränke aller Art, Caldener alkoholfreie Getränke, Zwestener Sprudel und Limonaden und Wilhelmsthaler Erfrischungsgetränke von reicher Palette. Abgerundet wird dieser Bereich neben dem Bier von der Kurhessischen Getränke GmbH & Co. Vertriebs KG, die als Handelsware Coca Cola (Konzessionär), Fanta, Lift, Sprite und Cappy anbietet.

Kropf ist also kein „Betrieb“, sondern eine breit gefächerte Gruppe, die zur Zeit über 1,15 Mill. Hektoliter Getränke ausstößt, davon rund 500 000 Hektoliter Bier, zu 90 Prozent Pils der Premiummarke „Martini Meister-Pils“. Der Ausstoß wächst. In den letzten 10 Jahren haben die Gebrüder Kropf 60 Mill. DM investiert (aus Eigenmitteln). Engpässe haben sie nur einen: die Lagerkapazität als Brauerei mitten in der Stadt. Der Faßbieranteil beträgt 25 Prozent; das Flaschenbier wird zu 65 Prozent über den Lebensmittelhandel und zu 35 Prozent über den Getränkefachgroßhandel vertrieben. Das Absatzgebiet ist ein Dreieck zwischen Hannover, Frankfurt und Dortmund. Im Kerngebiet (Umkreis 50 km) werden 60 Prozent verkauft. Rund 1250 Gaststätten (300 angepachtet) werden bedient sowie 1400 Flaschenbierkunden – 800 im Streckengeschäft. Kein Wunder, wenn von den 360 Beschäftigten der Brauerei (zusätzlich 250 im alkoholfreien Bereich der Töchter) über 100 im Fuhrpark und zusätzlich mehr als 30 in den Handwerksbetrieben beschäftigt sind.

Der Umsatz für 1982 wird mit 120 Mill. DM angegeben. Bier brachte dabei bei einem Ausstoßplus von 1,6 Prozent eine Mehreinnahme von 3,3 Prozent auf 70 Mill. DM. Auch 1983 wird Plus gemeldet. Investiert wird vornehmlich in den Markt. Die Brunnen verdienen „gutes Geld“. Und als Männer des Fortschritts setzten die Brüder Kropf auf das „Bier-drive-System“. Von 10 Hektoliter Absatz an haben bereits mehr als 100 Martini-Wirte Container im Keller, die vom Tankwagen mit Kohlesäuredruck gefüllt und über den Zapfhahn bei automatischer Kühlung geleert werden. Die Kühlkette vom Keller der Brauerei bis zum Zapfhahn ist damit geschlossen – ohne daß der schädliche Sauerstoff eine Chance hätte.

BRÖTJE

In der Gruppe voll beschäftigt

D. SCHMIDT, Rastede

Die Brötje-Gruppe in Rastede, einer der führenden Hersteller von Heizungsanlagen in Europa, verzeichnet nach der branchenweit unbefriedigenden Situation Anfang 1983 in den letzten Monaten eine spürbare Belebung der Auftragseingänge. Dies gilt nach den Worten von Geschäftsführer Harm Popkes für alle drei Geschäftsbereiche: Heizung/Industrie, Maschinenbau/Automation und Großhandel/Haustechnik. Nachdem 1982 der Gruppenumsatz um rund 5 Prozent auf 420 (400) Mill. DM erhöht werden konnte, rechnet Popkes im laufenden Jahr erneut mit einer „leichten Steigerung“. Auch die Ertragslage entwickele sich weiter positiv. Die Brötje-Gruppe beschäftigt gut 1800 Mitarbeiter.

Grundlage für die zuversichtliche Einschätzung ist der günstige Geschäftsverlauf der Sparte Heizung/Industrie, dem wichtigsten Geschäftsbereich. Dort sei die Beschäftigung „voll gesichert“, obwohl die Nachfrage nach Heizkesseln nur zum geringeren Teil aus dem Neubau-Bereich herrühre. Dies stärke die Hoffnung auf weiter steigende Aufträge im zweiten Halbjahr, weil dann die Zunahme der Baugenehmigungen wirksam werden müßte.

Forcieren will Brötje den Ausbau der Sparte Maschinenbau/Automation, in der derzeit 550 Mitarbeiter beschäftigt sind. Schon heute arbeite dieser Bereich auf einigen Gebieten sehr erfolgreich. So sei Brötje der einzige europäische Hersteller von Nietpositionierern für die Flugzeugindustrie (Airbus).

HOECHST / Deutliche Gewinnverbesserung

Positiver Trend soll anhalten

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine Gewinnsteigerung von 44,1 Prozent auf 804 (558) Mill. DM (vor Steuern) erzielte der Frankfurter Pharma-Konzern Hoechst mit seinem Weltgeschäft im ersten Halbjahr dieses Jahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Verglichen mit den beiden Halbjahresdurchschnitten des Vorjahres stieg der Weltgewinn sogar um 50 Prozent.

In fast allen Regionen wurden bessere Ergebnisse erzielt, erläutert die Hoechst AG in ihrem Zwischenbericht, „erfreulicherweise auch von Gesellschaften, die im vergangenen Jahr Verluste ausgewiesen haben“. Für die AG macht das Gewinnplus 24,4 Prozent auf 454 (365) Mill. DM aus (ebenfalls vor Steuern); gegenüber dem Durchschnitt der beiden vorangegangenen Halbjahre sind es 33,9 Prozent. Die Zahlen für Juli und August lassen erwarten, „daß sich das Geschäft weiterhin positiv entwickelt“. Für die Aktionäre, die für 1982 mit 5,50 (7) DM Dividende je 50-DM-Aktie zufrieden sein mußten, stützt dies die Hoffnung auf eine deutliche Dividenden-Erholung für dieses Jahr. In Frankfurt notierte die Hoechst-Aktie am Montag an der Börse mit 159,70 DM gegen 157 DM am Freitag.

Hinter der Gewinnverbesserung steht eine leichte Geschäftsbelebung, die den Weltumsatz auf 18,14 (17,92) Mrd. DM steigen ließ, davon entfallen 13,37 (13,14) Mrd. DM auf das Ausland; eine Besserung habe sich vor allem in Asien, Nordamerika und Afrika gezeigt, schreibt die Verwaltung. Auch die Gesellschaften in Westeuropa hätten höhere Umsätze erzielt, durch die Änderung der Währungsparitäten ergebe sich bei Umrechnung in D-Mark jedoch ein leichter Rückgang.

Nach Arbeitsgebieten waren besonders Pflanzenschutzmittel, Tenside und Hilfsmittel sowie Pharma (die größte Sparte von Hoechst) erfolgreich, wenn auch mit erheblichen regionalen Unterschieden. Bei Kunststoffen, im Vorjahr besonders verlustträchtig, habe sich das Verhältnis von Preisen und Kosten in Westeuropa etwas verbessert, sei aber in den USA noch immer unbefriedigend, heißt es, die Preissituation bei Düngemitteln wird mit „unverändert schwierig“ gekennzeichnet.

In der AG hat die Zunahme der verkauften Mengen im Mai und Juni dafür gesorgt, daß der Abstand zu den Vorjahreszahlen (im ersten Quartal noch 2,8 Prozent) zu einem leichten Plus wurde. (Umsatz 6,39 nach 6,36 Mrd. DM). Dabei hinkt das Auslandsgeschäft aber noch nach mit 3,42 (3,49) Mrd. DM Umsatzanteil, 2,1 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Dieser Rückstand resultiert nach Angaben der Verwaltung aus Veränderung der Wechselkurse und Preiseinbußen. Dagegen hätten sich im Inland – mit Ausnahme der Entwicklung bei den Düngemitteln – die Preisbewegungen in engen Grenzen gehalten: „Preisbedingte Umsatzzunahmen und -einbußen glichen sich praktisch aus.“ Das lebhaftere Geschäft sorgte auch für eine wieder bessere Kapazitätsauslastung von 79 (im letzten Quartal 1982 nur 67) Prozent; die Vorräte liegen „merklich“ unter den Durchschnittsbeständen des Vorjahres.

DEUTSCHE HYPO

Geschäft mit Darlehen belebt

VWD, Frankfurt

Außerordentlich stark belebt hat sich das Darlehensneugeschäft der Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen AG (Frankfurt/Bremen) im 1. Halbjahr 1983. Besonders erfreulich verlief die Hypothekennachfrage für Wohnobjekte und hier speziell für Eigentumsmaßnahmen, schreibt der Vorstand im Zwischenbericht zum 30. Juni. Das Interesse konzentrierte sich dabei nicht nur auf Kredite für Neubauten, sondern auch auf Finanzierungen für den Kauf von Altbauten, für Modernisierungen und Umschuldungen. Bei den vermehrt zur Konditionsanpassung anstehenden Darlehen ist es der Bank gelungen, betragsmäßig rund 80 Prozent zu prolongieren.

Neben den zu finanzierenden Neuzusagen sei dies ein wesentlicher Grund für den Anstieg des Absatzes von Schuldverschreibungen auf 2,68 (1,45) Mrd. DM. Von den 1,80 (0,77) Mrd. DM Darlehenszusagen entfielen 800 (487) Mill. DM auf Hypothekendarlehen und 1,02 (0,28) Mrd. DM auf Kommunaldarlehen. Die 1,75 (0,56) Mrd. DM Darlehensauszahlungen gliedern sich in 1,19 (0,13) Mrd. DM Kommunaldarlehen und 565,4 (423,1) Mill. DM Hypothekendarlehen.

Sehr zufriedenstellend verlief nach den Worten der Verwaltung bisher die Entwicklung des Ergebnisses, insbesondere des Zinsüberschusses. Die Zinseinnahmen stiegen auf 566,6 (518,1) Mill. DM. Ihnen steht ein Zinsaufwand von 511,2 (486,4) Mill. DM gegenüber. Hieraus ergibt sich ein auf 55,4 (31,7) Mill. DM erhöhter Zinsüberschuß.

SPANIEN

Mindestreserve heraufgesetzt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Zur intensiveren Bekämpfung der Inflation entschied die Bank von Spanien, die unverzinslichen Mindestreserven der Banken und Sparkassen um einen weiteren Prozentpunkt auf nunmehr 7,75 Prozent anzuheben. Das ist die zweite Anhebung seit Dezember 1982, als die Peseta zum letzten Mal abgewertet wurde. Durch diese Maßnahme werden 150 Milliarden Peseten, etwa 2,6 Milliarden Mark, aus dem Verkehr gezogen. Außerdem werden die verzinslichen Reserven von 8 auf 10 Prozent erhöht. Damit wird das gewinnbringende Kapital der spanischen Geldinstitute auf 70 Prozent reduziert.

Um die Inflation nach dem Plan der Regierung von zur Zeit 12 Prozent auf mindestens 8 Prozent in diesem Jahr drücken zu können, war zu erwarten, daß die Geldmenge eingeschränkt wird. Die Banken Spaniens fürchten jedoch, daß sich hinter dieser Maßnahme noch ein anderer Beweggrund verbirgt: Die Regierung mußte nach sieben Monaten Amtszeit feststellen, daß es ihr ohne zusätzliche Maßnahmen offenbar nicht gelingt, das öffentliche Defizit von derzeit 800 Milliarden Peseten, etwa 14 Milliarden Mark, zu verringern. Offensichtlich wurden die Staatsschuldverschreibungen trotz ihrer günstigen Bedingungen, die keine Privatbank bieten kann, nicht ausreichend gezeichnet. Die monetären Maßnahmen der restriktiven Regierungspolitik lassen befürchten, daß sich die Zinssätze und Kreditkosten bis über 24 Prozent hinaus erhöhen können. (SAD)

Aktien legten deutlich zu

Vorsichtige Rückkäufe in fast allen Standardwerten

DW. – Sinkende Renditen auf dem US-Bondsmarkt und ein leicht rückläufiger Dollar ließen die schon am Wochenende zu beobachtenden Rückkäufe wiederaufflammen. An ihnen waren jetzt auch wieder Ausländer beteiligt. Zwar konnten die in den meisten Standardaktien eingetretenen Tagesgewinne nicht voll gehalten werden, dennoch blieb die Tendenz bis zum Schluß zuversichtlich. Schwerpunkte bildeten sich an der Montagbörse nicht heraus, sieht man von den anhaltenden Meinungskäufen bei den VW-Aktien ab, die mit 225,50 DM (plus 8 DM) einen neuen Jahreshöchstkurs erreichten.

Zu einer weiteren Kursanhebung kam es bei Kali und Salz, wo die Notiz um 7 DM auf 203 DM stieg, immer noch angeregt durch die Experimente mit der Walddüngung. Neuerdings gelten Kali und Salz ebenso wie Preussag als interessante Rohstoffaktien. Preussag verbesserten sich um 2 DM. Im Bankenbereich fielen Bayern Hypo (plus 5 DM) und Bayerische Vereinsbank (plus 5 DM) wie üblich aus dem Rahmen. Die übrigen Großbanken zogen nur um 3 DM an. Großchemiewerte lagen zum Schluß bis 3 DM fester. Von den sonstigen Chemiepapieren wurden Beiersdorf trotz größeren Angebots um 6 DM auf 339 DM angehoben. In der Maschinenbaugruppe verbesserten sich MAN-Stämme um 6 DM auf 128 DM, obwohl die Dividendenfrage hier noch ungelöst ist.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. erhöhten sich um 3 DM auf 215 DM, Gerresheimer Glas zogen um 3 DM auf 115 DM an und Keramag konnten sich um 4 DM auf 150 DM verbessern. Balcke Dürr verminderten sich um 2 DM auf 140 DM und Kölner Rück fielen um 10 DM auf 605 DM.

Frankfurt: Am Wochenbeginn hat sich die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt verstärkt. Dazu beigetragen hat die weitere Beruhigung an der Dollar- und Zinsfront. Im Vordergrund standen VW, die bei lebhaften Umsätzen auf 225 DM plus 9,40 DM anzogen, während sich die übrigen Standardwerte bis zu 4 DM verbessern konnten. Von Spezialaktien blieben Binding-Bezugsrechte (10 zu eins zu 50 DM) 18,60 DM bei 15 000 Stück Umsatz. Riebeck-Montan 280 DM plus 20 DM je 100 Reichsmark nominal.

Hamburg: Im Regionalbereich gingen NWK-Vorzüge zu 159,50 DM (plus 1 DM) aus dem Markt. Phoenix Gummi wurden mit 139 DM (plus 1 DM) bezahlt. Beiersdorf verkehrten zu 339 DM (plus 6 DM), blieben aber auf dieser Basis angeboten.

München: Börse wegen Feiertag geschlossen.

Berlin: Spinnstoffabrik Zehlendorf zogen um 60 DM, DeTeWe um 3 DM und Orenstein um 2,20 DM an. Bekula lagen um 0,70 DM und Herlitz Stämme um 0,50 DM geringfügig freundlicher.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

	15. 8.	12. 8.		15. 8.	12. 8.		15. 8.	12. 8.		15. 8.	12. 8.
H AachM Beteil. 9	720	710bG	H Breitenb.-C. *28	525bG	520G	M Er. Ostb. 5	–	290	H Holsten-Br. 6	264	264
H Aach. M. Vers. 4+1	305G	300G	H Br. Straßb. *0	365T	360T	H Elbeiral* 0	49G	48	F Holzmann 10	430	432
D Aach. Rück. *+7,5	1000G	990G	H Br. Vulkan 0	44,1	45,5	B Engelhardt 7	253	255G	D Horten 2,5	167,5	167,8
D Asoag *4	185	180G	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	128	126G	D Enka 2,67	149	149	B Hw. Kayser *12	250G	250G
M Ack-Göpp. 0	–	118,5	F BBC 6	207,5	204,8	M Erlus 10	–	470	D Hussel 7	262,5	260,5
H Adca 0	119G	119G	S BSU Textil *+28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	–	785	D Huta Hoeg 5	116bB	115G
D Adler 9	291G	291G	D Buckau-W. 0	115	115G	S esbl *0	22,5G	235B	M Hutschenr. 9	–	259
F Adt AG 4	165	162,5	D Buderus *12	438G	438G	S Essl. Masch. *10	520G	520	H Hypo Hbg. *10+2,5	436	435G
F AEG-Telef. 0	73	71,2	M Bgl. Br. Ing. *11+1	–	735G	M Esterer **10	–	530G			
D AEG-Kabel 7,5	235G	235G	S Bgl. Brh. Rav. *0	420TB	430TB	D Farb. Liqu. RM 0	11,5	11,5	D IKB 7	197	195
S Aesculap 8	297G	300bB	S Calw D **18	630G	645bB	F Flachglas 8	265	270	S IWKA 0	149,6	148
D Agrippina *7	660T	660T	F Cassella *7	458	454	D Ford *0	1300T	1250T	M Isar-Amper 5	–	–
M Agrob *0	–	366	F Conti 0	107,5	109,5	B Forst Ebn. *4	2060G	2000G	D Isenbeck *9,5	315G	315G

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Fabergé	22,75	22,50	Procter & Gamble	53,50	53,875	Cominco	52,75	52,75
Firestone	19	18,50	RCA	27,375	27,375	Coseca Res.	4,40	4,30
Fluor	20	20	Revlon	37	31,50	Denison Mines	44,625	44,375
Ford	56	56,625	Reynolds Ind.	50,875	50,75	Dome Petroleum	5,25	5,375
Foster Wheeler	15,375	15,125	Rockwell Int.	30,50	30,50	Domtar	26,50	26,125
Fruehauf	37,125	37,50	Rorer Group	29,50	29,50	Falconbridge Nickel	72,25	72,25
GAF Corp.	15,625	15,50	Schlumberger	61	60	Great Lakes Paper	84	83
General Dynamics	54,125	53,375	Sears, Roebuck	38,50	38,625	Gulf Canada	17,75	17,75
General Electric	48,875	49,75	Shell Oil	47	46,625	Gulfstream Res.	1,31	1,40

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Burmah Oil	170	170
Cadbury Schweppes	105	106
Charter Cons.	265	266
Cons. Gold Fields	577	572
Cons. Murchison	–	500
Courtaulds	100	102
De Beers $	10,13	10,19
Distillers	277	232
Driefontein $	34,62	33,63
Dunlop	61	62

Mailand

[illegible]

dgl. St.	geschlossen	3560
Pirelli SpA		1750
Rinascente		349,25
RAS		142900
S. A. I.		12880
SIP		1720
Snia Viscosa		1122
STET		1670
Index		–

Amsterdam

[illegible]

Wien

[illegible]

Österr. Brau AG	geschlossen	285
Perlmooser		341
Reininghaus		375
Schwechater Br.		179
Semperit		–
Steyr-Daimler-P.		158
Universale Hoch-Tief		231
Veitscher Magnesit		208
Index		55,36

Tokio

[illegible]

Kopenhagen

Den Danske Bank	277,25	277
Jyske Bank	555,50	525
Kopenh. Handelsbk.	247,25	246
Novo Industri	2810	2840
Privatbanken	265,00	264,75
Ostasiat. Komp.	134,00	130
Dan. Sukkerfabr.	627,50	618
For. Bryggerier St.	989,75	988
Kgl. Porz. Fabr.	374	373

Zürich

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Ebes	geschlossen	2330
Gevaert		2375
Kreditbank		6290
Petrofina		5860
Soc. Gén. d. Belg.		1915
Sofina		4915
Solvay		3000
UCB		3905
Index		130,1

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

Cold Storage	5,25	5,20
Dev. Bk. of Sing.	9,25	9,10
Fraser - Neave	9,40	9,20
Kl. Kepong	2,82	2,85
Mal. Banking	9,15	8,90
Nat. Iron	7,56	7,55
OCBC	10,90	10,60
Sime Darby	2,31	2,28
Singapur Land	6,75	6,35
Un. Overs. Bank	5,25	5,25

Paris

Geschlossen

Sydney

[illegible]

Optionshandel vom 15. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-65/10,60, 10-75/3, 1-70/2,60, 1-75/6,50, 1-80/5,70, 4-70/12,60, 4-90/6. Siemens 10-350/15,60, 10-370/6,60, 1-400/8, 4-350/35, 1-360/21, 4-400/10. Veba 1-170/18,60, 1-190/9, 4-190/11,90, 4-200/8. BASF 10-150/9,00, 10-155/8, 1-135/25, 1-150/16,50, 1-160/11, 1-170/7, 4-150/20, 4-150/14,60. Bayer 10-160/4,30, 1-150/13,90, 1-170/4,60, 4-150/18, 4-160/10,50, 4-180/6. Hoechst 10-170/3,90, 1-150/17,20, 1-154,50/11,80, 1-170/6,40, 1-180/5, 4-190/5,50. BMW 1-420/22. VW 10-160/60, 10-170/53, 10-180/44, 10-190/36, 10-200/30, 10-210/15, 10-220/10, 1-170/54, 1-180/44, 1-190/37, 1-200/30, 1-210/27, 1-220/25, 1-230/16, 1-240/9, 1-250/8, 4-200/35, 4-210/32,40, 4-220/30,85, 4-240/21, 4-250/13,40, 4-270/7. Conti 10-95/14,20, 1-120/5, 1-110/9,80, 4-110/11, 4-120/8,50. Lufthansa 10-150/6,70. Commerzbank 10-180/8, 10-190/3,60, 1-170/13, 1-180/11,60, 1-190/8,40, 1-200/7,50, 4-180/15,45, 4-200/15. Deutsche Bank 1-370/5, 4-360/16, 4-400/6,95. Dresdner Bank 10-190/4, 10-200/1,25, 1-190/10,60, 1-210/5, 4-190/21, 4-210/8. Hoesch 10-50/3,50, 10-55/1,50, 1-50/5,50, 1-55/3,20, 1-60/2,90, 4-45/9,40, 4-50/7, 4-55/5, 4-60/4,90. Mannesmann 1-140/15, 1-150/8,10, 4-150/11,80, 4-160/9. Deutsche Babcock 1-170/13,05. Babcock Vorz. 1-170/8,40. Degussa 1-350/35. GHH 1-150/7,85. Kali u. Salz 4-200/25. Preussag 10-280/5. Thyssen 10-70/4,50, 1-70/7,50, 1-80/3,60, 4-75/7,60. Karstadt 1-290/10,60, 4-290/20. Kaufhof 4-280/12. Kloeckner 1-40/5,50. MAN 1-130/15, 1-150/9,40, 4-140/15. Metallges. 1-230/15,40. RWE 1-170/10, 4-180/11. RWE Vorz. 1-170/10. Varta 4-190/10. Chrysler 1-70/10, 1-80/6,50, 4-80/13, 4-90/6,50. Philips 1-45/5, 4-50/4,80. Royal Dutch 1-130/15, 4-140/11,60. Elf 1-55/6,50, 1-60/3,60, 4-55/8. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-65/1,40, 10-70/3, 1-65/2,50, 1-70/4. Siemens 1-340/5, 1-350/8,95. BMW 10-370/5. VW 10-200/3,50, 10-220/12,05, 1-200/4,50, 1-210/7,15, 4-200/5, 4-210/10,40. Lufthansa Vorz. 1-260/6. Commerzbank 10-170/3,50, 10-180/9, 1-170/5, 4-170/6,20. Deutsche Bank 1-320/12. Hoesch 10-50/2, 1-50/4,50, 1-55/7,50. Mannesmann 10-150/9, 4-140/8. Thyssen 1-70/5,40. BBC 10-200/5,60, 4-200/8. Degussa 10-380/11,90, 1-380/14. Karstadt 1-270/12. Kaufhof 4-260/14. Kloeckner 1-45/5,60, 4-40/4,40. MAN 1-120/9,40. Chrysler 10-70/3,10, 1-75/7,10, 4-75/10. General Motors 1-110/6,10. Xerox 1-120/7,40. Philips 4-45/5,90

1012 Optionen 52 450 (53 850) Aktien, davon 85 Verkaufsoptionen = 4650 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 12. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	6 –[illegible]	[illegible]–5
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1605,00	1955,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1280,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	545,00	674,10
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	252,00	310,08
20 belgische Franken	198,00	257,64
10 Rubel Tscherwonez	273,00	339,72
2 südafrikanische Rand	257,00	315,48
Krüger Rand, neu	1142,00	1347,48
Maple Leaf	1142,00	1347,48
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	277,02
20 franz. Franken „Napoléon"	215,00	273,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1060,00	1276,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	214,00	266,76
10 österr. Kronen (Neuprägung)	111,00	143,64
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	491,00	599,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	117,00	156,18

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,7074	2,7154	2,6794	2,67	2,76
London¹)	4,034	4,048	3,999	3,97	4,12
Dublin¹)	3,152	3,166	3,097	3,11	3,25
Montreal³)	2,1893	2,1973	2,1718	2,15	2,24
Amsterd.	89,210	89,430	89,21	88,00	90,00
Zürich	124,740	124,940	124,84	123,50	126,25
Brüssel	4,989	5,009	4,960	4,88	5,11
Paris	33,150	33,310	32,44	32,25	34,25
Kopenh.	27,705	27,825	27,515	26,75	28,75
Oslo	35,985	36,105	35,285	35,00	36,75
Stockh.**)	34,095	34,255	33,705	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,684	1,694	1,639	1,65	1,75
Wien	14,203	14,243	14,223	14,13	14,35
Madrid**)	1,772	1,783	1,654	1,73	1,85
Lissabon**)	2,190	2,210	2,085	1,84	2,74
Tokio	1,0985	1,1025	——	1,06	1,12
Helsinki	47,030	47,230	46,31	46,00	47,75
Buen. Air.	–	——	——	——	29,00
Rio	–	——	——	0,10	0,75
Athen*) **)	2,9885	3,156	——	2,40	3,20
Frankf.	–	——	——	——	——
Sydney*)	2,3565	2,3825	——	2,29	2,40
Johannesbg.*)	2,4020	2,4140	——	2,06	2,25

Alles in Hundert: ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Befürchtungen erneut mit hohen Ziffern der Geldmengenstatistik konfrontiert zu werden, traten am 15. 8. nicht ein. M1 stieg nur um 400 Mill. Dollar und auch M2 und M3 wiesen eine relativ geringe Zunahme auf. So war der Weg frei für schwächere Dollar-Kurse, wenn auch die zu Beginn des Handels genannten Preise um 2,70 nicht erhalten blieben. Nach zögernden Beginn trat eine zwischenzeitliche Befestigung bis 2,7150 ein. Die amtliche Notiz wurde mit 2,7114 deutlich schwächer festgestellt, die Bundesbank führte lediglich den Spitzenausgleich mit einem Verkauf von 9,1 Mill. Dollar durch. Einen stärkeren Rückgang verzeichnete der Dollar in der Schweiz, so daß mit 124,84 ein neuer Jahreshöchstkurs gegen D-Mark erreicht wurde. Die *übrigen Währungen entwickelten sich uneinheitlich.* US-Dollar in: Amsterdam 3,0335, Brüssel –, Paris –, Mailand –, Wien –, Zürich 2,1719, Ir. Pfund/DM 3,159, Pfund/Dollar 1,4904, Pfund/DM 4,041.

Ostmarkkurs am 15. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die günstigen Geldmengenzahlen vom Freitag führten am 15. August zu einem Rückgang der Dollar-Zinssätze um [illegible] Prozentpunkte und geringeren Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,16/1,06	3,25/3,15	[illegible]
Pfund/Dollar	0,06/0,09	0,21/0,25	0,40/0,44
Pfund/DM	2,20/0,60	4,90/3,50	[illegible]
FF/DM	31/15	86/70	[illegible]

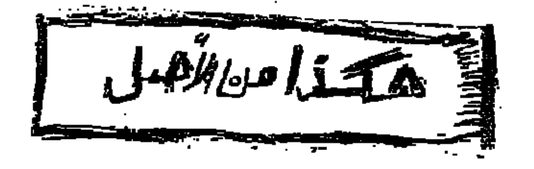
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 8.: Tagesgeld 5,00–5,10 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G 3,40 B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,55 G 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 15. 8.: 4 Prozent. **Lombardsatz** 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 21. Juli 1983 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – [illegible] (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – [illegible] – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,85, 2 Jahre 7,00. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Renten erholt

Angeregt durch die rückläufigen Renditen am US-Bonds-Markt lebten am deutschen Rentenmarkt die Anlagekäufe auf. Zwar ließen sich die vorbörslich genannten Kurse im Handel nicht voll durchsetzen, doch blieben immerhin bei den öffentlichen Anleihen Kursanhebungen von mehr als einem halben Punkt übrig. Die letzte achteinviertelprozentige Bundesanleihe lag mit 98,55 DM aber immer noch deutlich unter ihrem Emissionskurs von 99,50 Prozent. Bei den Pfandbriefen wurde eine Klimabesserung registriert, ohne daß sich hier jedoch die Kurse nennenswert veränderten. Ähnlich sah es bei den DM-Auslandsanleihen aus.

Bundesanleihen

Anleihe		15.8.	12.8.
F 4 Abl 57•	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl 64 I	1/84	100	100
8 dgl. 76 I	2/84	100,6G	100,6
7 dgl 77	3/84	100,2	100,25G
7½ dgl 76 II	4/84	100,45	100,4
5 dgl 78	5/84	98,95	98,85
6 dgl. 78 III	9/84	99,5	99,5
8¼ dgl 76	9/84	101,6G	101,6
6 dgl 78 IV	12/84	99,15	99,15
6¼ dgl 79	1/85	98,9	98,9
8½ dgl 73 I	3/85	101,6	101,6
7 dgl. 73	4/85	99,3	99,3
7¼ dgl. 79 II	6/85	99,6	99,6
7¾ dgl 79 I	7/85	100,3	100,35
8 dgl 76 IV	10/85	100,4	100,4
5½ dgl. 78 II	3/86	95,8	95,8G
5¼ dgl. 78	5/86	94,9	94,8
7¼ dgl 76 I	12/86	97,65	97,65
6½ dgl. 79	1/87	95,45G	95,45
7¼ dgl. 76 II	1/87	97,7	97,65
6¾ dgl 77	4/87	95,85	95,25
6½ dgl. 77	7/87	94,7	94,7
6 dgl. 77	10/87	92,75	92,65
6 dgl 78 I	1/88	92,1	92
6½ dgl. 78 I	9/88	93,3G	93,3
6½ dgl. 78 II	12/88	92,45	92,4G
6¾ dgl. 79	1/89	93,7G	93,7
7¼ dgl 79 I	4/89	95,25	95,25G
10 dgl 81	4/89	106,7	106,7
7½ dgl 79 I	6/89	96,2G	96,2G
8 dgl. 79 I	7/89	98,45	98,45
8 dgl. 79 II	8/89	98,7	98,6
7½ dgl. 79 II	9/89	96	96
7¾ dgl 79 II	11/89	97G	97
7¾ dgl 80 I	1/90	96,8	96,7
10 dgl 80	4/90	107,45	107,4
5¾ dgl. 78	5/90	90,7	90,6
8¼ dgl 80 I	7/90	99,1	98,9
8¼ dgl 80 II	11/90	98,9	98,7
7¾ dgl 82	11/90	96,15	95,9
9 dgl 81	2/91	102,6	102,2
10¼ dgl. 81	7/91	109,7	109,65
10¾ dgl. 81	9/91	112,65	112,65
10 dgl 81 II	12/91	108,4	108,3G
9¾ dgl 82 I	1/92	107,05	106,85
9¾ dgl 82 II	3/92	107,1	106,9
6 dgl 78 II	3/93	90	89,95
9,5 dgl 82	4/92	105,65	105,2
9 dgl 82	5/92	102,75bG	102,25
8½ dgl. 82	6/92	100,05bG	99,65
9 dgl 82	8/92	103bG	102,5
8¾ dgl 82	9/92	101,5bG	100,95bG
7¾ dgl. 82	12/92	95,3	94,8bG
7½ dgl. 83	1/93	93,65	93,25
7½ dgl. 83 II	3/93	93,65bG	93,15bG
7¾ dgl 83 III	5/93	94,5G	94,5
8¼ dgl 83	6/93	98,55	98,5
8 dgl 83	7/93	97,35G	97,35
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,5	99,5
F 7¾ B Obl 79 S.1	12/84	100,8	100,8
8 dgl 80 S.2	2/85	101	101
8¼ dgl. 80 S 3	2/85	101,3G	101,3G
9¼ dgl. 80 S 4	3/85	102,4	102,3
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,8	101,75
8¼ dgl. 80 S 6	5/85	100,65	101,6
8 dgl 80 S.7	6/85	100,4	100,25
7½ dgl. 80 S 8	8/85	99,85	99,55
8½ dgl. 80 S.9	10/85	100,8bG	100,5
8¾ dgl 80 S 10	1/86	101,6	101,55
9 dgl. 81 S.11	1/86	101,9	101,6
9¾ dgl 81 S 12	3/86	103,8G	103,8
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,2	104,2
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,3G	103,3
10 dgl 81 S.15	4/86	104,5	104,5G
10½ dgl 81 S 16	6/86	106	106
11 dgl 81 S.17	8/86	107,65	107,65
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,85	106,6
10 dgl. 81 S 19	10/86	105,3G	105,2
9½ dgl. 81 S 20	11/86	104	103,95G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,8	105,75G
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,3	105
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,7	103,45
9¾ dgl 82 S 24	1/87	104,15	103,85
9½ dgl. 82 S 25	3/87	103,55	103,25
9¼ dgl 82 S 26	4/87	102,9	102,6
9 dgl 82 S.27	4/87	102,15	101,75
8½ dgl. 82 S.28	5/87	100,7	100,3
9½ dgl 82 S 29	7/87	104	103,7
9 dgl 82 S.30	9/87	102,4	102,2
8¾ dgl 82 S 31	9/87	101,6	101,4
8¼ dgl. 82 S 32	10/87	100	99,6
8 dgl 82 S 33	11/87	99,1	98,8
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,15	97,85
7½ dgl 82 S.35	12/87	97,2bG	96,7
7¼ dgl 83 S.36	3/88	96,35	95,75bG
6¾ dgl 83 S.37	5/88	94,3	93,8
7 dgl 83 S 38	5/88	95,1	94,5
7¼ dgl 83 S.39	6/88	96	95,75
7½ dgl 83 S.40	6/88	96,9	96,55G

Bundesbahn

Anleihe		15.8.	12.8.
F 4 Abl 57•	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl 73 II	11/83	100,75	100,75
7½ dgl. 72	2/84	100,45	100,45
6 dgl 72	9/84	101,2	101,2
8¼ dgl 76	9/84	101,45	101,45
6 dgl 78 III	11/84	99	99
6½ dgl 79	2/85	98,9G	98,9
8½ dgl 73	2/85	101,4	101,5
7 dgl. 77	2/87	96,4	96,4G

Anleihe		15.8.	12.8.
F 6 dgl 77	9/87	92,95	92,45
6 dgl. 78 II	7/88	91,35	91,2
5½ dgl 77	5/89	92,05	91,65
8 dgl. 79 I	7/89	98,7	98,5
6 dgl. 78 I	2/90	88,7	88,6
8 dgl. 80 II	7/90	98,1	97,85
9 dgl. 81	3/91	102,8	102,35
10½ dgl. 81	9/91	111,35	111,1G
10¼ dgl. 81	11/1	110,25G	109,9G
8 dgl. 80 I	2/92	97,2	96,9
10 dgl. 82	2/92	108,8G	108,6
9½ dgl. 82	7/92	106,1bG	105,6
8 dgl. 82	11/92	97,1	96,85
7¾ dgl 83	1/93	95,3	95,2G

Bundespost

Anleihe		15.8.	12.8.
F 4 Abl. 57•	4/84	100,6G	100,8G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
8 dgl. 72 II	12/83	100,85G	100,65G
6½ dgl. 68	6/88	98,5	98,5
8 dgl. 72 I	9/87	99,55G	99,55
10 dgl. 81	3/89	107,1	107
10¼ dgl. 81	6/89	108,55	108,55
8 dgl. 80	3/90	98,3	98,2G
7¾ dgl. 80	9/90	96,9	96,8G
8¾ dgl. 80	12/90	101,85	101,75
10½ dgl. 81	10/91	111,5	111,35
9¾ dgl 82	3/92	107,3	107,15
8¾ dgl. 82	6/92	101,55	101,25
8½ dgl. 82	10/92	100,05	99,65bG
7¾ dgl 83	2/93	95,3	95,2G

Länder – Städte

Anleihe		15.8.	12.8.
S 5½ Bd.-Wttbg 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100G	100G
6¼ dgl. 78	88	95,2	95,25G
8¼ dgl. 82	92	98,75	98,5
M 7 Bayern 66	86	99,75	99,5G
8¼ dgl. 67	87	99,5G	99,5G
6 dgl 68	85	98,05G	98,05G
7 dgl 72	84	99,85G	99,85G
7½ dgl. 76	84	100,3	100,3
6 dgl. 78	88	91,8	91,5
8¾ dgl 80	90	101,25G	100,85G
8¾ dgl. 82	90	100,7G	100,6G
7½ dgl. 83	93	93,25	93,25G
B 8½ Berlin 70	85	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	85	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,4G	100,4G
7 dgl. 77	85	99,5G	99,5G
6½ dgl. 78	88	95G	95G
8¾ dgl. 80	88	101,75G	101,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	99,85G	99,85
8 dgl. 72	87	100G	100
7½ dgl. 83	93	93,25G	93G
H 8½ Hamburg 70	85	101,2	101,2
6¼ dgl. 77	92	93,6G	93,6G
9 dgl. 80	92	97,75G	97,75G
9¾ dgl. 82	92	106,5G	106,5
7½ dgl. 83	92	92,75G	92,75
F 8 Hessen 71	86	101,5G	100,5
6¼ dgl. 78	88	91,5	91,75
Hn 6 Nieders. 69	84	99,7G	99,7G
8½ dgl. 70	85	100,8G	100,8G
7¾ dgl. 72	87	99,6bG	99,4
8 dgl 72	87	100,1	100,1G
7½ dgl. 79	87	97,2G	97G
7¾ dgl. 82	92	95,25	94,75G
8 dgl. 83	93	96,25G	96
D 7½ NRW 71	83	100,2	100,2
7½ dgl. 83	93	94	93,5bG
7¾ dgl. 83	93	96,25	96,25
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,7G	98,7G
8 dgl 71	86	100,55	100,5bG
F 8½ Saar 70	85	100,5	100,5
7 dgl. 72	87	97,75	97,75
6 dgl. 78	88	91,7	91,5G
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,5G	99,5G
7¼ dgl 72	87	98,4G	98,4G
8½ dgl. 73	85	101,75	101,5
D 7 Essen 72	85	100	100
M 6 München 64	84	99,2G	99,2G
S 7½ Stuttgart 71	86	100G	100G
7¾ dgl. 72	87	99,75G	99,75G

Bankschuldverschreib.

Anleihe	15.8.	12.8.
F 6 Allg. Hypo Pf 1	80,5G	80,5
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	88G	99
F 7¼ Bakola Pf 104	99,9G	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Anleihe	15.8.	12.8.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	89G	89G
6 dgl. Pf 20	81bG	81bG
6¾ dgl. Pf. 2	92,75G	92,75G
7 dgl. Pf 3	92,75G	92,75G
7 dgl. Pf 27	100G	100G
6½ dgl. KS 14	94,5G	94,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	75G	75G
6 dgl. KO Pf 50	99,4G	99,4G
6½ dgl Pf 10	80bG	80bG
6 dgl. KS 1	97,75G	97,75G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	95G	95G
6 dgl. IS 16	93,75G	93,75G
6 dgl. IS 17	92,75G	92,75G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	98,75G	98,75G
9½ dgl. Pf 105	102,25TG	102,25TG
10 dgl. KS 307	102,25G	102,25G
9½ dgl. IS 726	102G	102G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	116G	116G
5½ dgl. Pf 28	76G	76G
6 dgl Pf 4	89,5G	89,5G
6½ dgl. Pf 3	85G	85G
6½ dgl. Pf 12	84,5G	84,5G
7 dgl Pf 20	93,5G	93,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,25	99,25
6 dgl. Pf 34	96G	96G
6½ dgl. Pf 37	98G	98G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	116	116
7 dgl. Pf 80	84,1G	84,1G
7½ dgl. Pf 87	90,5G	90,5G
6 dgl KS 29	77,25G	77,25G
7 dgl. KS 30	96,45G	96,45G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114G	114G
6 dgl. Pf 109	81bG	81G
6½ dgl. Pf 123	88G	88G
6½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
8½ dgl. Pf 191	100,25G	100,25bG
7 dgl. KO 113	99G	99G
9 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 215	101,75G	101,75G
9¼ dgl. KO 218	102,5	102,5
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	117G	117G
5½ dgl. Pf 50	74,5	74,5
6 dgl. Pf 84	99,6G	99,6G
9 dgl. KS 139	102,75G	102,75G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 239	102,75G	102,75G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 35	98G	98G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	91G	91G
8 dgl. IS 71	99G	99
6¼ dgl. IS 73	94,9	95,3G
6¾ dgl. IS 80	99,75	100
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO65-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	78G	78G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 185	94,75G	94,75G
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	102G	102G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 48	79G	79G
6 dgl. Pf 91	78,5	78,5
7 dgl. KS 101	98,7G	98,7G
10 dgl. KS 134	102,9G	102,9G
8¾ dgl. KS 140	101,1G	101,1G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	97,15G	97,15G
4 dgl. Pf 57	89G	89G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	78G
8¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71,5T	72G
5½ dgl. Pf 59	78G	78G
6 dgl. Pf 162	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brf. 482	102,75G	102,75G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	–	
6 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
6¼ dgl. Pf 60	93,6G	93,6G
6¼ dgl. Pf 74	97,05G	97,05
6¼ dgl. Pf 76	94,9G	94,9G
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93
6 dgl. Pf 42	99,4G	99,4G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5
6 dgl. Pf 130	90,8G	90,8G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	87,6G	87,6G
6 dgl. 47	77G	77G
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	91,45G	91,45G
8 dgl. Pf 73	99,3G	99,3G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.Hbg. Pf 96	79G	78,5
6½ dgl. Pf 80	87,5	87,5
9 dgl Pf 117	–	
8 dgl. Pf. 248	100,35	100,35G
9 dgl. KO 125	101,5G	101,5G
8 dgl. KO 175	100,1G	100,1G
9 dgl. KO 259	102,35G	102,35G
9¾ dgl. KO 262	103,3G	103,3G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	111G	111G
5 dgl. Pf 12	88G	88G
7 dgl. Pf 25	92,25G	92,5G
10 dgl. Pf 40	102,25G	102,25G
6 dgl. KO 30	99G	99G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	84,75G	84,75G
7 dgl Pf 12	88,5	88,5
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	100,5G	100,5G
7½ dgl. KO 80	100,25G	100,25G
8½ dgl. KO 81	97,5	97,5
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	100,75G	100,75G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6 dgl. Pf 49	84	83,5G
8 dgl. KS 1	94G	94G
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83G	83G
7 dgl. Pf 97	89	89G
10 dgl Pf 32	102G	102G
10 dgl. Pf 33	103,75G	103,75G
6½ dgl. KS 78	96,25	96,25
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84,5G	84,5G
8 dgl. Pf 118	–	–
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	93G	93G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	100,5bG	100,5bG
9 dgl. KO 53	101,7G	101,7G
7½ dgl. IS 6	98G	98G
10 dgl. IS 37	102,7G	102,7G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 56	82,9G	82,9G
6 dgl. Pf 85	79G	79G
7 dgl. Pf 114	100,1G	100,1G
D 5 RW Bodencr. Pf C	121G	121G
5½ dgl. K	108G	108G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 128	87G	87G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
8 dgl. Pf 187	101,25G	101,25G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	97G	97G
8½ dgl. KS 110	100G	100G
Br 5 Sr. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	82,2G	82,2G
5½ dgl. Pf 43	82,25G	82,25G
6 dgl. Pf 56	75,75G	75,75G
7 dgl. Pf 61	84,75G	84,75G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	101,85G	101,85G
H 6 Schiffshyp Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 87	91,5G	91,5G
7½ dgl. Pf 104	93,5G	93,5G
7 dgl KS 49	91G	91G
7½ dgl. KS 81	98,5G	97,5bG
8 dgl. KS 133	97,5G	97,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	103G	103G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	76bG	76bG
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	98,5G	98,5G
D 8 WestLB Pf 350	100,1G	100,1G
6¾ dgl. Pf 403	95,05G	95,05G
9½ dgl. Pf 1007	103,8G	103,8G
8 dgl Pf 1015	96,9G	96,9G
7 dgl. KO 556	98,9G	98,9G
6¼ dgl. KS 420	93,35G	93,35G
9¼ dgl. KO 1301	102,8G	102,8bG
8½ dgl. KS 1278	100,5G	100,5G
6 dgl. IS 1512	98,5G	98,5G
9¼ dgl. IS 1520	102,05G	102,05G
6½ dgl. IS 678	91,75G	91,75G
7½ dgl IS 1503	100,2G	100,2G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westd.Hypo. Pf 550	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 564	102,15G	102,15G
8¾ dgl. KS 294	102,6G	102,6G
9½ dgl. KS 334	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo Pf 84	76G	76G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	86,6G	87,2G
7 dgl. Pf 5	99,85G	100,2G

Sonderinstitute

Anleihe	15.8.	12.8.
D 6 DSLB Pf 28	82,5G	82,5G
6 dgl. Pf 47	78	78
7 dgl. Pf 83	87,5bG	87,5G
5½ dgl. PF 99	91G	91G
8 dgl Pf 104	96G	96G
8 dgl. Pf 165	98G	98G
5½ dgl. RS 45	97,5G	97,5G
6 dgl. RS 73	95,75bG	95,75bG
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	94,75G	94,75G
9½ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 186	102,5G	102,5G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	107,5G	107,5G
D 6 IKB Abl. 68	100G	100G
6½ dgl. 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,9G	100,9G
8 dgl. 70	101,5G	101,5G
8 dgl. 76	100,4G	100,4G
7¾ dgl. 79	95,8G	96,8
10 Kredit 81	109G	109
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100	100
F 6 Lawi.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,75	98,75
6 dgl. RS 15	95	95
6 dgl. RS 16	95	94,75
6 dgl. RS 18	100G	100G
6 dgl. RS 19	95,75G	95,75
6 dgl RS 20	99G	99G
6 dgl. RS 21	98	98
6 dgl. RS 26	98,25G	98,25G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	94,5G	94,5G
7 dgl. 94	93,75G	93,75G
7 dgl. 98	99G	99G
8 dgl. 101	98G	98G
7½ dgl. 102	95,5G	95,5G
9½ dgl. 126	103,25G	103,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,35	100,35
8 dgl. TS 76	100,7G	100,7G
8½ dgl. TS 77	94,9G	94,9G
5½ dgl. 78	91,8	91,8
7 dgl 79	95,7	95,7G

Industrieanleihen

Anleihe	15.8.	12.8.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25bG
6 dgl. 78	83,5	93,25G
5 BASF 59	98,15G	98,15G
5 Bayernw. 59	97	97,5T
F 8 Chem. Hüls 71	100,3T	100,3G
7¾ Conti. Gummi 71	99,6G	99,6G
6 Dt. Texaco 64	98,75G	98,75G
6 Gelsenb. 64	99,25T	99,25T
6 HEW 58	100G	100G
5¾ dgl 62	95,25G	95,25G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
4½ Harpen 59	1780G	1750
6 Hoechst 64	99,25G	99,25bG
6 Hoesch 64	98,9T	98,9G
7½ dgl 71	98,25G	98,25
7½ Karstadt 71	98,75G	98,75
7½ Kaufhof 71	98,75G	98,75G
7¾ dgl 71	–	99T
7½ dgl 76	97,75G	97,75
7½ Klöckner W. 71	98,25T	98,25T
8 dgl. 72	99,25G	99,5bG
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99G	99G
5 Mannesmann 59	98T	98T
6 Moselkraft 63	99,25bG	99,25bG
6 NWK 58	100G	100G
6 dgl 61	98	98G
6 dgl 62	95G	95G
6 ObDon. Kraftw. 64	92,5T	92,5T
5½ Öst BayK. 58	99,75G	99,75bG
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,5G	98,5G
F 5½ Rh.Braw. 58	99,5G	99,5G
6 dgl 63	94,25T	94,25T
6 dgl. 65	94,75T	95T
5½ RWE 58	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	94,25G	94,25bG
6 dgl. 65	94T	94bG
7¾ dgl 71	99,75G	99,75
7 dgl. 72	97,5T	97,5T
6 Rh.-M.-Don. 62	95G	95G
6½ dgl. 68	98,6G	98,6G
8 Schleswag 71	100,75G	100,75G
5 STEAG 59	98T	98T
6 Thyssen 63	99,75G	98T
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	100,1	100T
7½ dgl. 77	96,5G	96,5G
5 Veba 59	98,5T	98,5T
8 VEW 71	100,65	100,25T
6¾ dgl 77	95G	95G
7 VW 72	97,5G	97,5
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

Anleihe	15.8.	12.8.
F 4¾ AKZO 69	85G	86G
3½ All Nippon 78	92,35	[illegible]
3½ Asahi Opt 78	125	124
4¾ Canon Inc 77	417G	399G
3½ Cas. Comp 78	284G	271G
5¾ Daiei Inc. 80	112,5G	112,5G
4½ Fujitsu Lim. 78	590G	565
5 dgl 79	392G	374G
5¼ Hoogovens 68	88G	88G
3½ Izumiya Co 78	98	98,25
3½ Jusco Co 78	97,25G	97,25
4 Kansai El. 79	99,5	99,5
6 Komatsu 76	163,3G	163,5G
6 Konishiroku Pho 81	115	114G
6¾ dgl 82	111,5G	111
3½ Korakuen 78	90,25	91
7½ Kraft Inc. 70	112G	112,25G
3½ Marudai F 78	93G	93
6 Michelin Int. 70	93G	93G
5¾ Minolta 77	191G	185G
4 dgl. 79	145	143G
6¼ Mitsub. Ch 76	200T	199G
6,75 Mitsub. H 81	123,5	123
6 dgl. 81	103,25	103
6 Nichii Co Ltd 80	113,5G	113G
7 Nippon Sh. Gl. 82	148	143,5
3¾ Nippon Sh. 78	140G	140G
3½ Nissan Mot 78	94G	94
4 Nisshin Steel 78	135G	125G
6½ Océ v. d. Gr 69	100G	100G
3½ Olympus 78	212G	216G
3¾ Omron Ta. 79	319G	304G
4¾ Orient Fin 79	205G	200G
3½ Ricoh Comp. 78	158T	154T
6¼ Rothm. Int. 72	96	95T
3¾ SankyoElec. 78	108,75	108T
3½ Sanyo Elec 78	167G	165G
3¾ Seiyu Stores 78	95,75G	95,75
6¼ Sekisui 76	145G	147G
3½ Stanley 78	125,75G	122,25
8 Taiyo Yuden 82	120,75	118G
5 Texaco Int. 66	94,75	94,75
3¾ Tok. Elec. 78	430G	420G
4¾ Tok. Sanyo 77	290G	288G
4 Tokyu Land 79	103G	103
3½ Trio Kenw. 78	104G	102
6½ Uny Ltd. 79	134G	133,5G

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkungen:

• Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester notierten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer konnte ebenfalls Gewinne verbuchen. Dagegen gab Kaffee überwiegend nach. Kakao mußte durchweg Verluste hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 8.	11. 8.
Sept.	381,50	382,00
Dez.	399,50	400,25
März	408,50	409,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 8.	11. 8.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	241,29	240,99
Amber Durum	249,64	245,95

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	151,30	150,00
Dez.	153,80	152,50
März	160,00	157,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	100,50	99,90
Dez	101,30	100,40
März	103,70	103,00

Hafer Chicago (c/bush)	12. 8.	11. 8.
Sept.	171,50	173,25
Dez	189,25	187,25
März	200,00	199,00

Mais Chicago (c/bush)		
Sept	357,50	356,00
Dez	357,00	356,00
März	363,00	363,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 8.	11. 8.
Okt	116,30	114,50
Dez	117,70	116,30
März	120,70	119,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 8.	11. 8.
Terminkontr. Sept.	127,10	127,60
Dez.	127,25	128,05
März	125,50	126,05

Kakao New York ($/t)	12. 8.	11. 8.
Sept.	211602215	
Dez.	2225	2261
Terminkontr. März	2240	2271
Umsatz	3280	4945

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	10,35	10,70
Okt.	11,62	11,00
Jan.	11,50	11,70
März	12,08	12,34
Mai	12,35	12,58
Umsatz	14 440	22 152

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 8.	11. 8.
	10,47	10,76

Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 8.	11. 8.
Kontrakt Sept.	1708–1710	1711–1712
Nov.	1691–1692	1693–1695
Jan.	1683–1684	1670–1671
Umsatz	4065	3968

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1586–1587	1590–1592
Dez.	1625–1626	1613–1615
März	1616–1617	1605–1606
Umsatz	4448	5947

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	181,25–181,50	–
Dez.	189,75–190,50	192,00–193,50
März	–	–
Mai	204,75–205,25	208,00–208,25
Aug.	–	–
Umsatz	5890	8547

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 8.	11. 8.
schw. Sarawak spez.	260,00	260,00
weißer Sarawak	350,00	355,00
weißer Muntok	350,00	355,00

Orangensaft New York (c/lb)	12. 8.	11. 8.
Sept.	117,70	118,40
Nov.	116,10	116,60
Jan.	111,65	111,25
März	110,30	110,25
Mai	110,70	110,30
Umsatz	200	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 8.	11. 8.
Südstaaten fob Werk	40,00	39,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,00	25,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	29,20	28,15
Sept.	29,12	28,15
Okt.	29,20	28,25
Dez.	29,40	28,55
Jan.	29,50	28,50
März	29,60	28,65
Mai	29,20	28,60

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	32,00	30,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	20,50	19,75
Choice white hog 4% fr. F.	17,25	17,25

Talg New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	17,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	49,55	49,35
Okt.	43,20	43,15
Dez.	45,00	45,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	66,55	64,80
Febr.	67,00	66,80
März	66,90	67,65

Häute Chicago (c/lb)	12. 8.	11. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	853,00	836,00
Sept.	859,00	841,00
Nov.	877,00	858,00
Jan.	888,00	870,00
März	896,00	879,00
Mai	894,00	880,00
Juli	888,00	877,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	244,00	237,50
Sept.	243,50	238,00
Okt.	244,00	239,50
Dez.	248,00	243,50
Jan.	248,00	244,00
März	248,50	243,00
Mai	247,00	243,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 8.	11. 8.
Okt.	347,50	343,00
Dez.	354,50	350,00
März	363,00	356,50

Kokosöl New York (c/lb)	12. 8.	11. 8.
Westküste fob Werk	46,50	45,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	15. 8.	13. 8.
jegl. Herk. cif	1010,00	–

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	555,00	550,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	532,50	522,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	191,00	185,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	995,00	1000,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	282,00	279,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12. 8.	11. 8.
Okt.	78,50	79,35
Dez.	79,40	79,65
März	80,50	80,70
Mai	80,80	81,08
Juli	81,10	81,13
Okt.	75,75	75,70

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	60,00	59,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	12. 8.	11. 8.
Aug.	430	443–475
Okt.	434–438	445–448
Dez.	437–438	446–448
Umsatz	131	63

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	12. 8.	11. 8.
Okt.	45,30	45,20
Dez.	45,80	45,70
März	46,10	46,00
Mai	46,50	46,30
Umsatz	4500	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 8.	11. 8.
Okt.	565,0–567,0	565,0–566,0
Dez.	582,1–582,5	582,1–583,0
März	589,1–599,0	599,0–691,0
Umsatz	39	23

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 8.	11. 8.
East African 3 long.	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 8.	11. 8.
Aug.	13 800	13 814
Sept.	13 660	13 689

Kautschuk London (p/kg)	12. 8.	11. 8.
Nr. 1 RSS loco	80,50–81,50	81,00–82,00
Sept.	80,60–81,20	80,30–81,00
Okt.	80,70–81,50	80,20–81,00
Okt./Dez.	80,90–81,00	80,30–80,40
Tendenz: ruhig/stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 8.	11. 8.
Nr. 1 RSS loco	265,50–266,50	265,00–265,00
Sep.	267,50–268,50	266,50–267,50
Okt.	270,50–271,50	270,00–271,00
Nr. 2 RSS Sep.	263,50–264,50	263,00–264,00
Nr. 3 RSS Sep.	260,00–261,00	259,50–260,50
Nr. 4 RSS Sep.	256,00–257,00	253,50–254,50
Tendenz: sehr ruhig		

Jute London (£/lgt)	12. 8.	11. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 Fl. – 76 WD – (–), BTC – (–), BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15. 8.	12. 8.
Blei: Basis London laufend. Monat	109,30–109,50	108,68–109,08
drittfolg. Monat	113,34–113,74	112,92–113,12
Zink: Basis London laufend. Monat	217,58–217,58	216,54–216,95
drittfolg. Monat	224,06–224,16	222,91–223,01
Produz.-Preis	222,66	224,01
Reinzinn 99,9%	3823–3860	3825–3854

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 8.	12. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	449,94–452,37	448,64–451,05
Blei in Kabeln	117,00–118,00	116,50–117,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–409,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 15 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller

Messingnotierungen

	15. 8.	12. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	365–395	365–394
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420–422	415–422
MS 63	430–435	425–434

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	12. 8.	11. 8.
	30,32	30,32

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 8.	12. 8.
Leg. 225	359–360	365–370
Leg. 226	372–382	372
Leg. 231	409–410	400–409
Leg. 233	419–425	415–419

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	15. 8.	12. 8.
Platin (DM je g)	40,45	39,90
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	36 700	36 700
Rücknahmepr.	35 900	35 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	36 630	36 540
Rücknahmepr.	35 530	35 440
verarbeitet	38 440	38 350
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	36 370	36 210
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	1062,80	1045,20
Rücknahmepr.	1026,50	1008,60
verarbeitet	1110,90	1091,50

Internationale Edelmetalle

	15. 8.	12. 8.
Gold (US-$ Feinunze) London 10.30	415,30	412,45
15.00	416,00	–
Zürich mittags	415,70–416,20	411,60–412,10
Paris (F 1-kg-Barren) mittags	geschlossen	109 000
Silber (p Feinunze) London, Kasse	805,05	793,15
3 Monate	824,35	810,45
6 Monate	844,50	830,75
12 Monate	885,50	871,75

Platin (£-Feinunze)	12. 8.	11. 8.
London fr. Markt	250,75	[illegible]
Palladium (£-Feinunze) London 1 Händlerpr.	98,70	97,35

New Yorker Preise

	12. 8.	11. 8.
Gold H & H Ankauf	412,45	411,75
Silber H & H Ankauf	1165,00	1171,50
Platin fr. Händlerpr.	420,00–422,00	420,00–422,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	145,00–147,00	[illegible]
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c Feinunze) Aug.	1168,00	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	1192,00
Dez.	[illegible]	1206,00
Jan.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	1240,00
Mai	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 8.	11. 8.
Aug.	[illegible]	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	74,10
Dez.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Umsatz	6 500	[illegible]

Londoner Metallbörse

	15. 8.	12. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	270,00–270,50	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

LEICHTATHLETIK / WELT-Interview zum Abschluß der Weltmeisterschaft mit Heinz Fallak

● Die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften sind zu Ende gegangen. Mit acht gewonnenen Medaillen blieb der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) im Rahmen der Erwartungen. Als nächstes großes Ereignis stehen die Olympischen Spiele auf dem Programm. Heinz Fallak, Vorsitzender des Bundesausschusses für Leistungssport, zieht eine Bilanz von Helsinki und zeigt Perspektiven für Los Angeles auf.

● Noch in Helsinki nominierte der DLV das Team für das Europacup-Finale am nächsten Wochenende in London. Mit dabei sind die Weltmeister Willi Wülbeck und Patriz Ilg. Erwin Skamrahl wird über 200 m starten, Europameister Hartmut Weber läuft die 400 m. Im Hochsprung wird Dietmar Mögenburg den DLV vertreten. Bei den Frauen startet 3000-m-Vize-Weltmeisterin Brigitte Kraus diesmal über die 1500-m-Strecke.

„Kein Trainer kann mehr sagen: Es war anders. In keiner Disziplin blieb uns etwas verborgen."

KLAUS BLUME, Helsinki

Zwei Gold-, fünf Silber- und eine Bronzemedaille gewann die deutsche Mannschaft bei den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki. Ein Fazit und einen Ausblick auf die Olympische Saison 1984 zieht Heinz Fallak, Vorsitzender des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL) und Chef de mission der deutschen Mannschaft für die Sommerspiele in Los Angeles. „Ich bin nicht unzufrieden", sagte Fallak, ein erstklassiger Leichtathletik-Fachmann. Noch bei den Europameisterschaften 1971 in Helsinki war der frühere Weitspringer Heinz Fallak Sportwart des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Sind die Erwartungen der deutschen Mannschaft erfüllt worden?

Fallak: Es galt, die Erwartungen von den Europameisterschaften im vorigen Jahr in Athen, wo die deutsche Mannschaft acht Goldmedaillen gewann, zurückzuschrauben. Es ging in Helsinki schließlich auch darum, überhaupt einmal wieder einen direkten Vergleich innerhalb der gesamten internationalen Leichtathletik zu haben. Denn das war für uns 11 Jahre lang nicht möglich. Bei den Olympischen Spielen 1976 in Montreal boykottierten die Afrikaner, 1980 in Moskau waren wir nicht dabei. Den letzten tatsächlichen Vergleich gab es mithin 1972 bei den Spielen in München.

WELT: Aber es gibt doch Statistiken und Sportfeste ...

Fallak: Das alles ist nicht vergleichbar. Wann zum Beispiel läuft schon mal eine 4 x 400-m-Staffel gegen die Weltspitze?

WELT: Jetzt aber haben Sie die Vergleiche aus den jeweiligen Wettkämpfen. Sie wissen also auch, daß es für die deutsche Mannschaft Einbrüche in Helsinki gab, nämlich im 400-Meter-Lauf der Männer und im Hochsprung.

Fallak: Im 400-Meter-Lauf kann ich nicht von Einbruch sprechen. Wenn zwei Athleten auf dem schwierigen Weg der Vorqualifikationen in den Endlauf kommen, wenn sie bei dieser Tortur mit einem Abstand von 100stel Sekunden ohne Medaillen bleiben – da kann ich nicht richten.

WELT: Aber doch bei den Hochspringern?

Fallak: Vielleicht sind taktische Fehler begangen worden, das mag ich nicht beurteilen.

WELT: Sprechen wir vom Frauensprint. denn da sieht es doch sehr düster aus.

Fallak: Es wird wohl nicht möglich sein. innerhalb von 12 Monaten im Frauensprint den Anschluß an die Weltspitze zu schaffen. Aber so geht es anderen Verbänden in anderen Disziplinen auch. Die Sowjetunion hatte einst hervorragende Geher. Und heute? Heute haben sie den Anschluß verpaßt. Oder wer hätte vorher daran gedacht, daß die Athletinnen aus dem Osten ausgerechnet im 1500-Meter- und im 3000-Meter-Lauf von einer Amerikanerin geschlagen würden?

WELT: Nun laufen die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles. Wird es bei der Aufstellung der deutschen Mannschaft Prioritäten für die Olympische Kernsportart Leichtathletik geben?

Fallak: Der Deutsche Leichtathletik-Verband steht nicht allein. Es geht um 20 Fachverbände. Eine Priorität in der Förderung durch den Bundesausschuß für Leistungssport wird es also nicht geben.

WELT: Wenn nun für Los Angeles geplant wird, wird es demnach bald auch eine Kernmannschaft geben?

Fallak: Das wird Ende der Saison geschehen, damit eine gezielte subjektive Förderung der Athleten möglich ist.

WELT: Wer wird dabei sein?

Fallak: Aus der Sicht des Nationalen Olympischen Komitees etwa die erfolgreichen Fechter der Weltmeisterschaften von Wien, bei den Schwimmern auf alle Fälle Michael Gross und die 4 x 200-m-Staffel. Natürlich unsere Zehnkämpfer. das ist gar keine Frage. Über unsere 400-Meter-Männer brauchen wir auch nicht zu diskutieren. Und Thomas Wessinghages 6. Platz im 5000-Meter-Finale von Helsinki ist eine phantastische Perspektive für die Olympischen Spiele. Ein Mann mit seiner Erfahrung und seiner Intelligenz weiß mit diesem Ergebnis umzugehen.

WELT: Die Weltmeisterschaften sind zu Ende...

Fallak: Und damit haben wir eine sehr brauchbare Grundlage für unsere Planungen in den nächsten zwölf Monaten. Denn nun kann kein Trainer, kein Funktionär und kein Athlet hingehen und sagen: Im Grunde verhält es sich doch anders. Das geht nun nicht mehr, denn in den einzelnen Disziplinen ist nichts mehr verborgen geblieben. Wir hatten in Helsinki den absoluten Vergleich und das zählt.

WELT: Was wird deshalb jetzt in der Praxis geschehen?

Fallak: Es geht um eine systematische sorgfältige Analyse von Disziplin zu Disziplin und dies kann nur in Zusammenarbeit mit dem Bundesausschuß Leistungssport, mit dem Leichtathletik-Verband vor allem mit dem Nationalen Olympischen Komitee geschehen. Denn das NOK entscheidet am Ende über die Zusammensetzung der deutschen Olympiamannschaft für Los Angeles.

STAND●PUNKT / Ostblock-Stars vermissen die Vergleiche

Es galt, Abschied zu nehmen für diesen Sommer. Abschied von der rumänischen Weitsprung-Weltrekordlerin Anisoara Cusmir und von dem tschechoslowakischen Weltmeister im Diskuswerfen, Imrich Bugar. Denn ihre Verbände haben sich für das Europacup-Finale am Wochenende in London nicht qualifiziert. Somit gibt es für Anisoara Cusmir und Imrich Bugar in diesem Sommer keine Startmöglichkeiten mehr in Westeuropa.

Zwar beginnt mit dem Berliner ISTAF morgen die Serie der großen internationalen Sportfeste, doch die Medaillengewinner von Helsinki – soweit sie aus Osteuropa und aus der „DDR" kommen – werden weder in Berlin, noch in Zürich, noch in Brüssel am Start sein. Ihre Verbände haben es so beschlossen. Der Grund: Seitdem der Internationale Leichtathletik-Verband (IAAF) erlaubt hat, daß Gagenzahlungen – sprich: Startgelder – nunmehr bei derartigen Veranstaltungen offen geleistet werden dürfen, boykottiert der Ostblock solche Sportfeste.

Auch vor den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki waren Sportler aus Osteuropa nur selten im Westen am Start. Somit fehlten die Vergleichsmöglichkeiten und die Chancen, überhaupt starten zu können. Denn die Zahl der osteuropäischen Sportfeste ist gering und damit als WM-Test nicht allzu geeignet.

Helena Fibingerova, die Weltmeisterin im Kugelstoßen aus Ostrau, sagt deshalb: „Nach London ist die Saison für mich in diesem Jahr schon vorbei. Aber immer nur trainieren, das ist sehr langweilig. Aber das geht nicht nur mir so. Jarmila Krachtovilova zum Beispiel, unsere Weltmeisterin über 400 Meter und 800 Meter, wird nun zu Hause wieder im Training gegen Männer rennen, statt auf den großen Sportfesten aufzutreten. Die Leute im Westen werden sich im nächsten Sommer dann wieder ebenso über Jarmilas hervorragende Form wie über ihr Aussehen wundern. Dabei hätten sie sich alle schon längst an Jarmila gewöhnt, wenn sie öfter im Westen auftreten dürfte."

Und dann sagt sie: „Ich glaube nicht, daß man den Verzicht auf die großen Sportfeste bei uns allzulange aufrechterhalten kann." Das ist zu hoffen. Wenn sich nämlich der Osten darauf beschränken sollte, künftig seine Athletinnen und Athleten nur noch bei Länderkämpfen, internationalen Meisterschaften und Olympischen Spielen gegen die Stars aus Westeuropa und den USA antreten zu lassen, dann wird die große internationale Leichtathletik zum Schattenboxen verkommen. Dann werden Statistiken die Wettkämpfe verdrängen.

So gilt es vorerst Abschied zu nehmen. Abschied von Anisoara Cusmir und von Imrich Bugar. Wenn sich deren Verbände nicht anders besinnen, bis zu den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles.

KLAUS BLUME

Japans Jugend bringt die einst festgefügte Gesellschaft durcheinander

Am Urlaub scheiden sich die Geister

Sehr zum Mißfallen der älteren Generation im Land der aufgehenden Sonne werden die altehrwürdigen japanischen Traditionen und moralischen Grundsätze allmählich von westlicher Kultur und Sitte in den Hintergrund gedrängt. Die festgefügte Gesellschaft Japans wird so regelrecht unterhöhlt.

Die allgemein verbreitete Vorstellung vom japanischen Arbeitseifer ist durch eine kürzlich vorgenommene Untersuchung über das Verhältnis der Söhne und Töchter Nippons zu ihrer Arbeit erheblich erschüttert worden. 60 Prozent der befragten Arbeitnehmer, so stellte sich heraus, sind nicht bereit, ihr Leben der Arbeit zu opfern; 70 Prozent der Zwanzig- bis Dreißigjährigen gaben zu, daß ihnen ihr Privatleben wichtiger ist. Ihnen bedeutet die persönliche Zufriedenheit mehr als der Job.

Im Gegensatz zu den meisten Angestellten, die mit der lebenslangen Anstellung der großen Firmen zufrieden sind, fürchten junge Leute den Eintritt in eine solche Firma aus Angst vor „Versklavung". Denn die „Familienbande" des Unternehmens werden auch auf Geschäftsreisen nicht gelockert. Wenn Angestellte für ihren Arbeitgeber unterwegs sind, werden sie in einem Wohnheim oder, falls sie verheiratet sind, in firmeneigenen Häusern untergebracht. Nach der Arbeit sind sie so in der gleichen Umgebung immer noch mit den Kollegen zusammen, mit denen sie den ganzen Tag verbracht und am Morgen das Lied und Motto der Firma gesungen haben. Darüber hinaus organisiert die Firma Ausflüge, vor denen sich die Angestellten nicht drücken können – es sei denn, ihre Persönlichkeit ist stark genug, daß es ihnen nichts ausmacht, von ihren Vorgesetzten als „unsozial" beurteilt zu werden.

Kimono und Computer – ZDF, 21.20 Uhr

Die Abneigung der jungen Leute, sich mit ihrer Arbeit voll zu identifizieren, läßt einige Firmenleiter fürchten, Japan könnte sich mit der Krankheit einiger wirtschaftlich fortgeschrittener Länder anstecken. Diese Sorge ist nicht unbegründet. Denn junge Japaner, von westlichen Fernseh-Dokumentationen einer „Gehirnwäsche" unterzogen, beginnen, die Lebensweise ihrer Altersgenossen aus Übersee zu schätzen, die von größerer Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen geprägt ist. Während beispielsweise die älteren Japaner nur zu 55 Prozent ihres bezahlten Urlaubs nehmen, nutzen die Berufsanfänger ihren Urlaubsanspruch ohne sich zu schämen voll aus.

Die Anforderungen, die an die Japaner gestellt werden, beginnen jedoch nicht erst mit dem Berufsleben. Von Kindheit an müssen sie über Büchern sitzen, um sich für Aufnahmeprüfungen an angesehenen Schulen und Elite-Universitäten vorzubereiten. Der Streß, dem die Schüler ausgesetzt sind, hat mittlerweile seinen Höhepunkt erreicht: die Gegenreaktion läßt nicht auf sich warten: Die Jugendkriminalität wächst. Schüler tyrannisieren ihre Lehrer in immer stärkerem Ausmaß.

Junge Arbeiter lassen Überstunden lieber die Computer machen. Frauen tauschen die Arbeitsuniform mit dem Minirock für den Diskotheken- und Kneipenbesuch; junge Liebespaare treffen sich im Park, der dem Kaiserpalast gegenüber liegt und tauschen ungeniert Zärtlichkeiten aus.

Das Ikebana, die Kunst des Blumenarrangements, das richtige Tragen eines Kimonos sind Hobbies geworden, die man den Kollegen in den Firmen der kleineren Städte überläßt.

EDWIN KARMIOL

KRITIK

Der Konsul wäre verprügelt worden

Ein Film, der Ort und Zeit einer extrem neuralgischen Phase der jüngsten Geschichte entnimmt, muß es sich gefallen lassen, daß man seine ästhetischen Werte allein nicht gelten läßt. Anders gesagt: **Der Konsul** (ARD), eine polnische Produktion, mag mit seinen kunstvoll gefügten Bildern Cineasten begeistern, aber das tut nichts zur Sache. Und Sache ist, daß da eine faktische und psychologische Klitterung vorgenommen wird, die ihresgleichen sucht.

Da wird die polnische Stadt Posen gezeigt, wie sie in den Tagen vor Kriegsausbruch gewesen sein soll: Die Polen versacken im Puff, deutsche Untergrundleute von der 5. Kolonne manipulieren Leichen aus der Anatomie und ermorden den deutschen Konsul am Vortage des Kriegsausbruchs et cetera. Ein Nonsens jagt den nächsten, und der filmische Ehrgeiz der Macher tobt sich in einem Wirrsal von Geschehnissen, Andeutungen, Symbolen und optischen Leerfloskeln aus.

Es stimmt nichts. Die Polen jener Tage gingen nicht in das luxuriöse Bordell, das der Hersteller für Posen ersonnen hat, sondern sie standen auf dem „Freiheitsplatz" und lauschten den patriotischen Reden des Marschalls Smigly-Rydz: Auf nach Berlin! Und der deutsche Konsul hielt keineswegs im polnischen Gymnasium einen Vortrag über den Völkerbund, er wäre, so sind die Fakten, verprügelt worden. Und so weiter, das heißt, der zeitgeschichtliche Rahmen stimmt nicht.

Psychologische Schlüssigkeit ist jedoch genauso abwesend: Plötzlich geschieht etwas, was der Kamera gefällt. Auch die Dramaturgie des Stücks hinkt, sie folgt nicht einem Drehbuch oder einem Regisseur, sie stolpert hinter der Kamera einher, immer drauf bedacht, beim Dribbeln den Ball nicht zu verlieren. Doch sie verliert ihn, wenn er Kommunikation darstellen sollte, schon auf den ersten Metern ihrer Laufbahn.

Schade, daß ein so wichtiges Thema, wie es sich aus den August- und Septembertagen 1939 ergibt, fahrlässig vertan wurde. Die Polen, die in jenen Tagen überfallen wurden, und die Deutschen, die unter ihnen wohnten, haben es so nicht verdient.

VALENTIN POLCUCH

Riesenaufgebot nach Dienstplan

Wenn die **Tagesschau** Jubiläum feiert und sie macht eine besondere Sendung dazu, so muß das ein Ding sein, daß der liebe Fernsehmensch vor der Scheibe glattweg schnalzen möcht' vor Mitfreude und Vergnügen. Dieses dachte ich. Ich dachte daneben. Es gab nichts zu schnalzen. Es war zwar ein Riesenaufgebot an Tagesschau-Mitarbeitern im Studio, es gab dies und jenes zu sagen, auch ein Kritiker. Chefredakteur Markwort, durfte kurz kritisch werden, kurz, wie gesagt.

Dazwischen gab es Statements über die mutmaßliche Umwandlung der Tagesschau, sie sagten indes nichts Neues. Man war ziemlich friedlich unter sich. es gab eine schöne Panoramaschau über die Heerschau ehemaliger und gegenwärtiger Mitarbeiter. Von Grabenkämpfen war man festeshalber weit ab, die braven Krieger hatten alle Urlaub genommen von Streß und Stunk. Fröhlich – wenn auch etwas wehmütig – stimmten unsereinen die Bilder aus den Anfängen der Tagesschau. wie schlicht und wie einfach lief da dieses heute so kompliziert anmutende Geschäft! Und dennoch tickte es immer wieder im Hinterkopf: Was waren das für Zeiten, Ausrufungszeichen.

Man hätte von dem und jenem, der hochdotiert als schieres Ausstellungsstück vor der Kamera saß, etwas gehört, aber nein: Sie waren alle nur zum Anschauen ins Studio beordert worden, ob aus Singapur oder Brüssel. Man hätte auch, mit Verlaub, gerne einen richtigen Moderator als Leiter des Unternehmens gesehen, nicht immer diesen netten und hilflosen Herrn Schiwy. Doch der Dienstplan sah es so vor.

REGINA ROSTOW

GALOPP

Der Aufstieg von Solo

K. GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen

Vier Pferde aus dem zu Recht hochgelobten Derby-Jahrgang belegten am Sonntag im 27. Aral-Pokal (160 000 DM, 94 000 DM dem Sieger, 2400 Meter) auf der Gelsenkirchener Galopprennbahn die ersten vier Plätze, als bester Vertreter der älteren Pferde kam Belesprit als Fünfter ins Ziel, nur acht Pferde gingen an den Start.

Der Derby-Vierte, Solo aus dem Kölner Gestüt Röttgen mit Jockey Peter Remmert (44), gewann mit zwei Längen Vorsprung vor Derby-Sieger Ordos, deutlich dahinter kam Orofino-Bezwinger Abary als Dritter ein, der Derby-Zweite Nandino wurde schon deutlicher geschlagen Vierter.

Der Sieger Solo hat in seiner Laufbahn erst sechs Rennen bestritten, im Vorjahr lief er überhaupt nicht. Trainer Theo Grieper (54): „Er war immer noch im Wachstum, da wollte ich ihm noch keine Rennbelastungen zumuten."

Sein Debüt am 17. April 1983 in Gelsenkirchen fiel um so überzeugender aus: Er deklassierte seine Gegner zu Statisten. So wurde er im Behr-Memorial am 8. Mai in Köln auch gleich 19:10 Toto-Favorit, aber dort leistete er sich eine Eskapade, für die Trainer Grieper und Jockey Remmert bis heute keine plausible Erklärung haben. 150 Meter vor dem Ziel, auf dem Weg zum Sieg, machte er aus heiterem Himmel einen Satz zur Seite, kollidierte mit der Bahnenbegrenzung, nur mit Mühe wurde ein Sturz verhindert. Solo wurde trotzdem noch Dritter.

Es folgte der dritte Platz im Union-Rennen hinter Anatas und Abary und der vierte Rang im Derby hinter Ordos, Nandino und Ocos, ehe nun im Aral-Pokal der erste Erfolg in einer großen Prüfung gelang.

Den Sieg im Aral-Pokal schaffte 1975 auch Solos Vater, Lord Udo, der Derby-Zweite von 1974. Lord Udo ist einer von vier Deckhengsten im Gestüt Röttgen, mehrfach sollte er aber schon verkauft werden. Lord Udo ist so gut entwickelt, daß man nicht gern Stuten annimmt, die zum ersten Mal gedeckt werden.

FUSSBALL

Rudi Völler gewählt

sid, Bremen

Senkrechtstarter und Aufsteiger des Jahres wird er genannt. Alle Begriffe treffen ins Schwarze, aber auch wieder daneben. Zumindest äußerlich gibt der „Fußballer des Jahres 1983", Rudi Völler, Mittelstürmer des deutschen Vize-Meisters Werder Bremen, nichts her, was im Showgeschäft Profi-Fußball in zunehmendem Maße gefragt ist.

Normaler geht es nicht – so müßte man den 23jährigen Torschützenkönig umschreiben. Könnte er nicht besser als Millionen andere mit dem Fuß gegen den Ball treten, niemand würde sich nach ihm umdrehen.

Doch Rudi Völler kann es besser. Viel, viel besser sogar. Und so kam die Wahl zum „Fußballer des Jahres" als Nachfolger des Stuttgarters Karl-Heinz Förster kaum überraschend. „Für mich konnte es keine andere Wahl geben. Was Rudi Völler in einem Jahr geschafft hat, davon träumen andere drei Generationen lang", so kommentierte Völlers Trainer Otto Rehhagel den Wahlausgang.

Völler, der mit seinen 23 Saisontreffern das Rennen um die Torjäger-Krone gewann, setzte sich bei der alljährlich vom „Kicker-Sportmagazin" unter den deutschen Fachjournalisten durchgeführten Abstimmung mit 284 Stimmen ganz überlegen gegen das Hamburger Trio Felix Magath (107), Horst Hrubesch (44) und Wolfgang Rolff (34) durch.

Der ehemalige Offenbacher ist trotz der Ehrungen mit dem Goldenen Ball und der Torjäger-Kanone und bei allem Trubel um seine Person bemüht, auf dem Teppich zu bleiben. „Ich bin noch längst nicht satt. Es wäre auch schlimm, wenn ich das in meinem Alter schon wäre", sagt Völler.

Auf dem Spielfeld agil, aber faul zu Hause – zwischen diesen Extremen läuft das Leben des Rudi Völler ab. Er hilft nicht gerne im Haushalt: „Ich bin von Natur aus bequem. Dafür muß ich mich jedesmal von neuem überwinden." Die weitere Reihenfolge: 5. Rummenigge (32), 6. Schuster und Breitner je 24, 8. Burdenski (17), 9. K.-H. Förster (16), 10. Schumacher (13).

MOTORSPORT

Dementi von Porsche, BMW

sid/dpa, Zeltweg

Die deutsche Automobil-Industrie wird sich nicht mit einem eigenen Werksteam in der Formel 1 engagieren. BWM und Porsche sahen sich zu diesen Klarstellungen veranlaßt, nachdem im Zuge der Spekulationen um Fahrerwechsel auch Gerüchte über mögliche deutsche Werksrennställe aufgetaucht waren. BMW-Rennleiter Dieter Stappert: „Wir liefern weiterhin Motore an andere Teams, wie auch Renault, Honda und demnächst wahrscheinlich Alfa Romeo. Das halten wir für die ideale Lösung." Porsche-Pressesprecher Manfred Jantke: „Porsche hat viele Aktivitäten im Motorsport, aber bestimmt nicht in der Formel 1."

Der Nährboden für solche Gerüchte ist gelegt, seitdem nicht nur die Frage: Welcher Fahrer wechselt wohin?, sondern auch zur Debatte steht: Welches Team fährt mit welchem Motor? Lotus und Ligiec werden sicher mit dem Renault-Turbomotor fahren. Renault, auch das ist ein Gerücht, will nach dem Titelgewinn die Werksaktivitäten einstellen. Nach dem vierten Saisonsieg am Wochenende in Zeltweg ist Alain Prost (Frankreich) der Titel kaum zu nehmen. Fest steht weiter: Brabham bleibt bei BMW, ATS hat eine Option für 1984.

Der Porsche-Motor bleibt vorerst dem McLaren-Team mit Niki Lauda vorbehalten. Williams wird wohl den Honda-Turbomotor erhalten, aber nicht den Sechszylinder. Die Japaner haben einen Zehnzylinder in Planung mit ovalen Kolben und insgesamt 40 Ventilen, und das bei nur 1,5 Litern Hubraum für das Turboaggregat. Teams mit dem Ford-Cosworth-Saugmotor wird es dann nicht mehr geben. Diejenigen, die sich keine Turbos leisten können (Osella, Theodore), werden in der Versenkung verschwinden.

Welches Team mit welchem Motor fährt, wird auch für Manfred Winkelhock richtungsweisend sein. Er sagt: „Mein Bestreben ist es, in einem Team mit BMW-Turbomotor zu fahren." Der Schwabe wird mit dem englischen Toleman-Team in Verbindung gebracht. Sein Wunsch aber bleibt Brabham, das neben Renault und Ferrari zu den Top-Teams zählt.

NACHRICHTEN

Heute: Fußball-Bundesliga

Bonn (DW.) – Bereits heute abend (20 Uhr) findet das vorgezogene Fußball-Bundesligaspiel zwischen Kaiserslautern und Dortmund statt. Kaiserslautern muß auf die drei Verletzten Dusek, Wolf und Eilenfeldt verzichten. – Um 18.30 beginnt das Pokalspiel der ersten Runde zwischen Mainz 05 und dem VfB Stuttgart.

Franchi beigesetzt

Florenz (sid) – Artemio Franchi (Italien), Präsident der Europäischen Fußball-Union (UEFA), wurde am Sonntag in Florenz beigesetzt. Franchi war mit dem Auto tödlich verunglückt. Der Franzose Jacques Georges wird vorläufig die Aufgaben des Italieners in der UEFA übernehmen.

Boxen: Zwei Neu-Profis

Berlin (dpa) – Der frühere deutsche Juniorenmeister Thomas Claßen (Düsseldorf) und der Halbmittelgewichts-Meister Graziano Rocchigiani (Berlin) werden am Donnerstag Profi-Verträge unterschreiben. Beide Boxer geben ihr Debut am 10. September in Köln.

TENNIS

Bundesliga, Herren, zweiter Spieltag: Gruppe 1: Neuss – Stuttgart 6:3, Essen – Karlsruhe 5:4, Hamburg – Leverkusen 3:6,. Tabellenspitze: 1. Neuss 2:0-Punkte, 2. Essen 2:0, 3. Karlsruhe 1:1, 4. Leverkusen 1:1. – Gruppe 2: Iphitos München – Berlin 3:6, Weiden – Großhesselohe München 6:3, Mannheim – Amberg 4:5. Tabellenspitze: 1. Berlin, 2. Weiden, 3. Amberg je 2:0.

GOLF

Internationale Meisterschaften von Irland in Dublin: 1. Ballesteros (Spanien) 67+67+70+67=271 Schläge ... 14. Langer (Deutschland) 64 + 70 + 74 + 73 V281. – **Berliner Meisterschaft,** Wertungsturnier zur deutschen Rangliste, Par 72: Herren: 1. Blohm (Hamburg) 73 + 78 + 71 = 222, 2. Reiter (Braunschweig) 72 + 77 + 74 = 223, 3. Stamm (Braunschweig) 76 + 76 + 72 = 224.

SCHACH

Internationale deutsche Meisterschaft in Hannover, achte Runde: Glienke (Deutschland) – Karpow (UdSSR) 0:1, Pfleger – Hartmann (beide Deutschland) 0:1, Lobron (Deutschland) – Jingxuan (China) 1:0, Torre (Philippinen) – Ostermeyer (Deutschland) 0,5:0,5. Gesamtstand: 1. Karpow und Georgadze (UdSSR) je 6,0 Punkte ... 4. Unter anderem: Glienke, Ostermeyer, Lobron, Bastian (alle Deutschland je 4,0 Punkte.



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Vom Webstuhl zur Weltmacht
11.00 Locker vom Hocker
11.30 Das Recht des Stärkeren
12.00 Umschau
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.25 Unsere kleine Farm
Väter und Söhne
16.10 Tagesschau
16.15 Traumland mit Barriere
oder: Wie kommt man nach Neuseeland
Bericht von Jürgen Corleis
17.00 Eine Königin für Blondel
Fernsehfilm von Renée Verdan
Abenteuer eines blinden Passagiers
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lemke
21.00 Monitor
Demonstrationen an US-Stützpunkten – Was unternimmt die amerikanische Militärpolizei? / SPD und gewaltfreier Widerstand – Ein Bremer Unterbezirk wird aktiv / Im Gespräch: Ministerpräsident Johannes Rau, stellvertretender Vorsitzender der SPD zur Diskussion über Demonstrationsrecht und gewaltfreien Widerstand
Moderation: Gerd Ruge
21.45 Quincy
Der letzte der Giganten
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Max Schmeling (1)
Als 19jähriger beschloß er, Berufsboxer zu werden, drei Jahre später wurde er Europameister im Halbschwergewicht. Nachdem er ein Jahr darauf den deutschen Schwergewichtsmeister Diener besiegt hatte, ging er nach Amerika.
23.45 Tagesschau

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Die Fahrt im Ballon
15.45 Till, der Junge von nebenan
Mutter macht Ferien
16.20 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
Das Kuckucksei im Schlumpfnest
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
Von Etikette und Benimm
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Roy Black mit „Wilde Kirschen blühen"
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich
19.00 heute
19.30 Der Jäger von Fall
Dt. Spielfilm, 1974
nach Ganghofer
Mit Alexander Stephan, Gerlinde Döberl u. a.
21.00 heute-journal
21.20 Kimono und Computer
Das Bild von Japan hat sich verändert. Einst hinter einer imaginären Mauer verborgen und jegliche Einflüsse abwehrend, haben die Japaner nun „aufgemacht" und überflügeln auf den Gebieten der Industrie und Technik viele westliche Nationen. Dennoch sind sie vielen ihrer alten Traditionen treu geblieben.
22.05 Unser Kosmos
10. Am Saum der Ewigkeit
22.45 Eine einfache Geschichte
Dt.-franz. Spielfilm, 1977
Mit Romy Schneider, Bruno Cremer u. a.
Regie: Claude Sautet
00.30 heute



Romy Schneider und Claude Brasseur in dem deutsch-französischen Spielfilm „Eine einfache Geschichte", ZDF, 22.45 Uhr

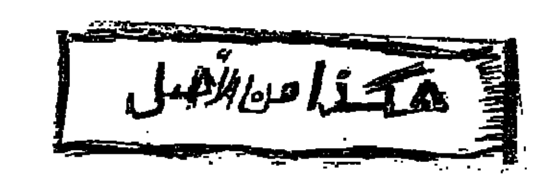
WEST
18.00 Marco (6)
Der Traum
18.30 Sesamstraße
Für Kinder im Vorschulalter
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
18.30 Spaß im III.
Mit Bills Klamottenkiste
19.00 Beat-Club
19.15 Frauengeschichten
Annemarie Renger

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die „DDR" (1)
Entlang der Saale
21.00 Formel Eins
21.45 Design
Mode und Accessoires – Karl Lagerfeld
22.40 Vor vierzig Jahren
United News und British Movietone vom 13. September 1943
23.05 Letzte Nachrichten
Nur für West
23.10 Soap oder Trautes Heim (21)
Nur für Nord und Hessen
23.10 Dallas
Die Mordanklage (1)

SÜDWEST
15.00 Herrn Josefs letzte Liebe
Dt.-österr. Spielfilm, 1958
Regie: Hermann Kugelstadt
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Diabetes – Das Augenlicht in Gefahr
20.15 Der Dschungel
Notizen vom italienischen Privatfernsehen
20.45 Ansichtskarten:
Burgberg Meißen
21.00 Frankenstein
Amerik. Spielfilm, 1931
Regie: James Whale
22.05 Dallas für Nachzügler
Miss Ellies Stunde

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Gleichnisse Jesu – Ein Bilderbuch Gottes für die Christen
3. Die anvertrauten Talente
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Augenerkrankungen
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
Die Mordanklage (1)



Was Conny alles kann

erth. – Dank, tausend Dank den Fernsehmachern für diesen wunderschönen Wiederholungssommer! Bot das Frühjahr noch Anlaß zu der Befürchtung, die Lust an Reprisen billig eingekaufter Filmwerke könne just vor Beginn der Hauptsaison in einen tiefen Widerwillen umschlagen, und wir müßten uns Oscar-Slapsticks des Louis de Funès oder all die schönen Musketier-Sagas fortan von der Kassette besorgen, so haben die Erfahrungen der letzten Wochen alle düsteren Ahnungen weggewischt.

Klassiker der Filmkunst liefen inzwischen an die anderthalb Dutzende Male, die „Zeugin des Staatsanwalts" mag es noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts auf ein sattes halbes Hundert Wiederholungen gebracht haben, und es bleibt nur zu hoffen, daß bei der angespannten Finanzlage öffentlicher Sendeanstalten wenigstens die Etats zur Ersetzung zerschlissener Kopien durch frische nicht beschnitten wird.

Früher gehörte Schillers „Glokke" und das „Heideröslein" zum Lern- und Aufsagepensum eines jeden Viertkläßlers – heute, bei unserem jämmerlichen Schulsystem, hat das Fernsehen diese Aufgabe zum Gedächtnistraining und der Erteilung von *Herzensbildung* künftiger Generationen übernommen. So kann Conny, eine zarte Neunjährige aus unserer Nachbarschaft, beim Springseil auf dem Straßenpflaster sämtliche Liebesdialoge wie auch die zahlreichen hysterischen Ausbrüche der Elizabeth Taylor nicht nur wortgetreu hersagen, sie hat auch das innige Schluchzen, das brünstige Raunen und alle Vibrati von Stimmen der verschiedenen Synchronsprecherinnen auf der Palette.

Ihr Brüderchen Robert im Vorschulalter hingegen hat unseren prächtigen John Wayne in sein kleines Herz geschlossen; besonders das Stück „Westwärts nach Silverton" mit den vielen schönen Toten durch die Winchester des Helden – wobei Klein-Robbie die charakteristischen Entsicherungs- und Abschußlaute an den entsprechenden Stellen schon erstaunlich präzise wiederzugeben imstande ist und auch den Titelsong gern mitsingt.

Allerdings, und dies soll nicht verheimlicht werden, hapert es bei Robbie noch immer mit der Aufzählung einzelner Szenenanschlüsse, Blenden, Bildschnitte, Kameraeinstellungen und Fahrten, was schließlich kein Wunder ist — bei erst elfmaliger Wiederholung in unserem Empfangsbereich.

Zum Erscheinen des deutsch-hebräischen Wortlexikons bei Langenscheidt

Der Diplomat am kalten Pol

Als wir vor fünfundvierzig und mehr Jahren aus Deutschland und Österreich in das damalige Palästina (Erez Israel) einwanderten, hatten nicht alle von uns eine hebräische Bibel im Handgepäck, aber fast jeder führte das Deutsch-Hebräische Wörterbuch von S. M. Laser und H. Torczyner (später Tur-Sinai) mit sich. Dieses Standardwerk war 1927 im Verlag von Benjamin Harz in Berlin und Wien erschienen. Die Autoren saßen in Krakau und Berlin. Viele Wörter waren Vorschläge, denn das gesprochene Hebräisch ging sozusagen noch in den Kinderschuhen.

Dann folgte eine jahrzehntelange Pause. Wohl erschien noch manches hebräisch-deutsche Wörterbuch, nicht aber ein nennenswertes deutsch-hebräisches Lexikon. Inzwischen veränderten sich die beiden Sprachen, das Hebräische und das Deutsche. Unter ganz anderen Bedingungen ging diese Sprachentwicklung auf zwei Heerstraßen der Geschichte vor sich, aber im Endergebnis treffen sie sich dort, etwa im Einfluß von Amerikanismen auf beide Sprachen.

Im Jahre 1971 versuchte David Herstig mit seinem deutsch-hebräischen Wörterbuch, das im Verlag von Max Hueber in München erschien, aber in Israel gedruckt war, die Lükke auszufüllen. Das Buch war aber mit seinen insgesamt nur 249 Seiten zu spärlich, trug auch oft noch die Züge des Experimentellen. Dennoch hätten Jaacov Lavy und Dr. Chanan Prinz diesen Versuch im Vorwort zu ihrem soeben erschienenen groß angelegten „Handwörterbuch Deutsch-Hebräisch" erwähnen sollen, denn auch bescheidene Pioniertaten sind lobenswert. Das neue Lexikon ist eine Gemeinschaftsproduktion des deutschen Wörterbuch-Verlages Langenscheidt (Berlin und München) und des bewährten hebräischen Verlages Achiassaf (Tel Aviv).

Den größten Teil des 823 Seiten umfassenden Werkes, das sich allzu bescheiden Handwörterbuch nennt – man muß es „bejad chasaka", mit starker Hand benutzen –, bildet natürlich das Deutsch-Hebräische Wörterverzeichnis, das mancherlei Überraschungen aufweist. Mit großer Sorgfalt wurden in diesem Verzeichnis auch Fremdwörter und neudeutsche Ausdrücke aufgenommen. Eine traurige Abkürzung, die man 1927 noch nicht kannte: KZ = Machane rikus, oder Hesger.

Manchmal kommt man nur schwer dahinter, warum sich ein Wort verändert hat, z. B. der Nordpol, der doch noch immer unverändert kalt an seinem Ort verblieben ist. Noch 1938 erschien er in dem von der Zeitung „Ha'Aretz" herausgegebenen Büchlein „2000 Worte Zeitungshebräisch" als ha-Zir hazphoni, und ist jetzt hakotev hazphoni. Wahrscheinlich steht im Hintergrund die politische Entwicklung. „Zir" benutzt man in Israel für einen Gesandten, der nicht am Nordpol kaltgestellt werden soll. Vor über einem halben Jahrhundert war die Eisenbahn Messilat barsel; sie ist es theoretisch noch heute, aber Rakevet ist jetzt das offizielle Wort. Die Entwicklung vom Stummfilm zum Tonfilm zeigt sich im Wege vom alten „Reina" zum heutigen „Kolnoa" für das Kino. Der Notar ist zu seiner griechischen Urform zurückgekehrt. Im alten Wörterbuch war er auch hebräisch ein Notar und ist heute ein Notarion.

Schließen wir mit der „Intimsphäre", die es 1927 noch gar nicht gab und die jetzt als „Pratiut" firmiert. In diesem Bereich ist auch (nur keine falsche Scham!) der „Beischlaf" zu nennen, der 1927 von der Mischna her als „Bija" bezeichnet wird, heute aber kräftiger und biblischer als „Mischgal" sich derselben Beliebtheit erfreut.

Der gelehrte Jaacov Lavy setzt über sein außerordentlich geglücktes Unternehmen ein Wort von Wilhelm von Humboldt: „Mehrere Sprachen sind nicht ebenso viele Bezeichnungen einer Sache; es sind verschiedene Ansichten derselben." Mit Recht unterstreicht er dann, daß diese Äußerung zwar für alle Sprachen zutrifft, aber von noch tieferer Bedeutung für das Verhältnis von zwei so verschiedenen Sprachen wie Deutsch und Hebräisch ist.

Das Hebräische leidet zudem noch unter seiner schweren Lesbarkeit, wie seinerzeit schon Michael Landmann, vormals Professor an der Freien Universität Berlin, jetzt Professor an der Universität Haifa, in seinem Buch „Neugestaltung der hebräischen Schrift" (Bouvier Verlag Herbert Grundmann, Bonn 1977) beklagt hat. Landmann widmet seine deutsch und hebräisch erschienene Studie dem Andenken von zwei Wegbereitern für die Erneuerung des hebräischen Alphabets, Itamar Ben Avi und Zeev Jabotinski, und setzt ein Wort des Letzteren als Motto über sein Buch: „Die absurde Orthographie, welche unsere Väter uns vererbten, verhindert die Verbreitung unserer Sprache und hat sich zu einem der schwersten Hindernisse auf dem Weg zu unserer nationalen Renaissance ausgewachsen."

Itamar Ben Avi, der Sohn von Elieser Ben Jehuda, und Jabotinski traten für ein Hebräisch in lateinischen Lettern ein. Die Entwicklung ist darüber hinweggegangen, da heute das orientalische Element in der jüdischen Bevölkerung Israels mehr und mehr dominiert und für diese Menschen das hebräische Alphabet wesensnäher ist als das lateinische. Deshalb schlägt schon Landmann eine organische Entwicklung der traditionellen hebräischen Schriftformen vor. Er empfiehlt, Kleinbuchstaben (Minuskeln) einzuführen, die durch ihre Divergenz von den Großbuchstaben (Majuskeln) am Satzanfang und bei Namen das Lesen erleichtern würden. Allerdings wäre diese Verbesserung satztechnisch außerordentlich schwer durchzuführen.

Zähneknirschend nennt der Verfasser das hebräische Alphabet das Abc des Satans. Im ersten Teil seines gelehrten und temperamentvollen Pamphlets geht er auf die geschichtliche Entwicklung der hebräischen Schrift, ihre Schwächen und Gebrechen ein. Er analysiert die Konsonanten und Vokale und weist auf die pädagogischen, sozialen und psychischen Folgen der hebräischen Schrift hin, die für ihn ein Werkzeug „der Selbstbeerdigung eines Volkes" ist. Im zweiten Teil, der der Interpretation und Veränderung der Schrift gewidmet ist, klagt er über die schlechte Information durch die Andeutungsschrift, in welcher eigentlich nur das Bekannte gelesen werden kann. Er vermutet, daß die Geheimhaltung als Schutz eines religiösen Konservatismus hier ihren Niederschlag fand.

In einem Schlußappell ruft er nochmals zur Revision der hebräischen Schrift auf: „O Brüder, nicht diese Lettern, sondern laßt uns freudigere zu Papier bringen und angenehmere! Erfindet kleine Buchstaben, die sich im griechischen und lateinischen Alphabet so sehr bewährten ... Gebt Unterlängen, damit wir ein starkes Volk bleiben. Schafft Oberlängen, damit Israel lebe."

Michael Landmann stammt aus einer Familie, die in abgelebten Zeiten dem Stefan-George-Kreis in Deutschland angehörte und so zitiert er den Dichter:

Nun naht nach Tausenden von Jahren
Ein einziger freier Augenblick.
Da brechen endlich alle Ketten
Und aus der weitgeborstenen Erde
Steigt jung und schön ein neuer Halbgott auf

Ich sehe diesen Halbgott eine Schriftrolle schwingen ... mit dem nach Landmann endlich revidierten Alphabet in sonnenklarer Leserlichkeit – für ein weiteres deutsch-hebräisches Lexikon.

SCHALOM BEN-CHORIN



Seine Stärke sind die Porträts: „Dame mit Fächer auf dem Balkon", 1931 von Hans Meid gemalt. Aus der Pforzheimer Ausstellung. FOTO: KATALOG

Die Stadt Pforzheim ehrt ihren Maler Hans Meid

Gesten der Weltflucht

Der Maler und Graphiker Hans Meid, in Pforzheim geboren, wäre 1983 hundert Jahre alt geworden. Dies der Grund, dem berühmten Sohn der Stadt eine Ausstellung zu widmen, die mit 450 Exponaten den überwiegenden Teil seines Werks zeigen kann. Nach einem Vergessen in den zurückliegenden Jahren hat vor allem der Graphikmarkt mit steigenden Preisen entdeckungsfördernd gewirkt.

Der obere, große Raum im Reuchlinhaus ist ganz den Ölgemälden Meids vorbehalten, die zwischen 1900 und der Mitte der dreißiger Jahre entstanden sind. Konzeptionelle Zusammenhänge in einem Werk zeigen sich oft auch in einem ersten Gesamteindruck. Hier ist es der einer flirrenden, unentschiedenen Unruhe, die sich beim Betrachten der einzelnen Bilder, die formal die Ausdrucksmittel des deutschen Impressionismus benutzen, also zwischen Slevogt, Corinth und Liebermann anzusiedeln sind, zugunsten des einen oder anderen Bildes etwas auflöst. Keines der Bilder erreicht jedoch die Qualität der genannten Zeitgenossen, obwohl Hans Meid mit ihnen zusammen in den secessionistischen Ausstellungen ausstellte.

Neben wenigen starken Porträts – *„Bildnis einer Dame mit Hut", 1905*, „Mädchenbildnis", 1909, im letzteren die spezifische Vorliebe für ein ungemischtes helles Rot, das in den späten Bildern noch einmal und ähnlich gesetzt auftaucht, „Dragonerabschied", 1930 – bleibt eine bestürzend anachronistische Inhaltlichkeit der Bilder, deren Sujets wie aus einer Erzählwelt genommen scheinen, die man sich seinerzeit als Weltfluchtgeste denken kann. Wie wenig da formale und inhaltliche Übereinstimmung im Verhältnis zur Zeit erreicht wird, läßt sich an zahlreichen Reminiszenzen an Goya, Degas, Cézanne erkennen. Dieses Werk ist gekonnt eklektisch.

Bleibt also als interessanterer Teil das grafische und zeichnerische Werk. Vom Grafischen her kann man den Erfolg, den Meid hatte, am ehesten verstehen. Der illustrative Zusammenhang, der weitestgehend dieses Werk bestimmt, wird durch eine frappierend moderne, freie, dichte, eminent schnelle Strich-, Nadel- und Stichelführung unterlaufen. Darin liegt die graphische Bedeutung dieses Mannes, und von daher kann man für Augenblicke die zum Teil skurrile Mischung der Themen vergessen, die neben biblischen Bildern, Weltliteraturzitaten, mythologischen Sequenzen und nahezu barocken Liebeständeleien hastige Großstadtbilder und vorübereilendes Licht, das durch Passanten gebrochen wird, aufs Blatt oder auf die Platte bzw. den Stein bringen kann.

Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, daß Hans Meid offensichtlich eine Scheu hatte, in seinem Können Hände und Füße abzubilden. Die verschwinden häufig in weißen Flächen oder Bilddunkelheiten, oder die Komposition macht ihre Darstellung scheinbar überflüssig.

Zur Art der Ausstellung: Warum diesen Mann, der in Berlin bis zu den 40er Jahren solchen Erfolg hatte und nach dem Krieg in Ludwigsburg lebte, mit den zahllosen Blättern und Buchillustrationen in eine derartige Hänge-Enge pressen? Es geht ja da doch soviel verloren, wenn's schon genau sein soll. Die Ausstellung (bis 7. September) schließt mit einem Symposion zum Werk Hans Meids am 5. und 6. Sept. (Katalog 18 Mark).

REINER NERVAL

Stieftöchter der Emanzipation (V): Die Liedermacherin Anna Louisa Karsch, die „deutsche Sappho"

Von zwanzig Thalern lebt man nicht sehr lange!

Vom S-Bahnhof Marx-Engels-Platz, früher Börse, in Ost-Berlin sind es nur wenige Schritte über den Hackeschen Markt die Oranienburger Straße entlang zur Großen Hamburger Straße. Hier öffnet sich ein Stück des alten Spree-Athen. Rechts der erste Berliner Jüdische Friedhof, auf dem man noch vor wenigen Jahren das Grabdenkmal des Philosophen Moses Mendelssohn sehen konnte. Kurz darauf die Sophienkirche. Oben an der Wand der Kirche, außen, eine Gedenktafel. „Kennst du, Wanderer, sie nicht, lerne sie kennen." Gemeint ist Anna Louisa Karsch, die 1791 in der preußischen Hauptstadt verstarb – „die Karschin", wie sie allgemein hieß. Eine heute fast vergessene Frau. Obwohl sie doch einst als die „deutsche Sappho" gefeiert worden ist und obwohl, unter dem etwas unglücklichen Titel „Herzgedanken", eine Sammlung ihrer Briefe, nebst einiger Gedichte, noch unlängst (Frankfurt/M. 1981) neu herausgegeben wurde. Auch in germanistischen Darstellungen fehlt häufig ihr Name.

Dabei hat Goethe ihr geschrieben und um Verse von ihr gebeten: „was treu und stark aus dem Hertzen kommt, mag's übrigens aussehn wie ein Igel oder wie ein Amor". Und dies eben ihr Fehler: die Karschin war keine „gebildete" Dichterin, sie hielt es nicht mit „den Regeln", ihr ging es nicht um „Form" oder „Formulierung", sie gehörte nicht zu den Snobs, den Gleim, Sulzer, Ramler, nicht zu Cliquen. Sie war eine Einzelgängerin und hielt auf „Natur", sowohl im Leben wie in der Kunst. Und deswegen hat sie es, bis heute, in einer Literatur schwer gehabt, die von Professoren dirigiert wird: von Gottsched bis Höllerer. Trotzdem: „Das fein gebaute Moos bleibt", wenn Blumen „schon gestorben /Tief unter Schnee noch unverdorben. / Wie ähnlich ist es mir!" Und sie beschloß das Gedicht: „Einst sterb ich! Doch mein Lied geht nicht zum Grabe mit!"

Sogar unsre Emanzen haben die Karschin arg vernachlässigt, obwohl sie doch sonst alles, was in Sacklumpen einherläuft, für sich glauben reklamieren zu müssen. Doch die Karschin paßt nicht ins Schema. Sie war emanzipiert, und auch dieser frühe Zeitpunkt einer Befreiung (die Frau lebte von 1722 bis 1791) paßt nicht ins Bild.

Die Vertreterinnen der Blue-Stokkings haben uns einreden wollen, daß das schwache Geschlecht von einst niemals eine eigenständige Rolle gespielt hätte. Und die Blaustrümpfe von heute möchten als Vorreiterinnen des totalen Feminismus von morgen gelten. Sie alle machen uns einen blauen Dunst vor. Sie klittern Geschichte. Anna Louisa Karsch als Gegen-Exempel. Eine Autodidaktin, die vom Schlesierland in die Stadt zog, zweimal heiratete, Kinder großzog, unter ihrer Armut litt, Unterstützung durch Intellektuelle fand, sich durchbiß, von zwei Männern verlassen wurde, ihr Recht durchkämpfte – und noch obendrein schrieb.

Mag ihre Poesie den Ansprüchen der Ewigkeit nicht gewachsen sein, ihre Briefe haben bis heute Gültigkeit:

„Man hat bei meiner Wiege weder von Ahnen, noch von Reichthümern gesungen. Mein Großvater war in einer ländlichen Hütte mit dem Titel eines ehrlichen Mannes vergnügt. Sein genädiger Herr und mehr als fünfzehn umliegende Dörfer gaben ihm noch überdem den Lobspruch des besten Bierbrauers in Schlesien. Er unterrichtete seinen Sohn, der hernach mein Vater ward, in eben dieser Wissenschaft, und der Sohn verdoppelte seinen Fleiß im Zubereiten des Malzes ... Ich war niemals der Liebling (meiner Mutter) ihres Hertzens, und ich glaube, diese wenige Achtsamkeit auf mich ist schuld, daß ich meine ersten Jahre durchlebte, ohne mir meines Daseins bewußt zu sein."

Sie hat diesen Mangel an Liebe kompensiert: eine Frau, in reifen Jahren, die es zu einem hohen Bewußtseinsstand sowohl von sich als Person brachte als auch von sich als Weib (aber nicht als „Sexualobjekt"), als Bürgerin, als Zeitgenossin, als Scribentin, als Emanzipierte. Sie wird sogar, eine Teutsche Poetin, von Friedrich II., dem Großen, empfangen, einem frankophilen Rationalisten, der herzlich wenig von seinen eigenen Dichtern hielt.

Friedrich II.: „Wenn Sie Lieder in den Druck gibt, was gibt man Ihr für den Bogen?"

Karschin: „Nicht viel, Ihro Majestät ..., nur zwanzig Thaler!"

Friedrich II.: „Zwanzig Thaler? In Wahrheit, davon lebt man nicht lange."

Aber der versprochene Zuschuß blieb aus. Des Königs Nachfolger, Friedrich Wilhelm II., schenkte ihr dann immerhin in Berlin ein Haus. Die Karschin hatte nur noch drei Jahre zu leben.

Auch Moses Mendelssohn gehörte zu ihren Gönnern. Ihre Werke hatten Erfolg und Echo. Erst die Goethe-, Schiller-, Heine-Welle des 19. Jahrhunderts löschte ihre Arbeiten so gut wie aus. Die zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts entdeckten sie wieder.

G. F. Schmidt, Hempel, Lavater, Chodowiecki haben die Frau, im Bild, festgehalten. Umgekehrt hat sie die Lessing, Goethe, Gleim im Wort fixiert. In der Karschin kreuzen sich, auf sehr eigenwillige und sonst kaum wiederholte Weise, Wege der Mitlebenden. Aber sie war, in ihrer Funktion als Befreierin des Geschlechts, so allein nicht. Christiana Mariana von Ziegler als Begründerin eines „Salons" *in Leipzig zu Anfang des 18.* Jahrhunderts, Johanne Charlotte Unzer als Liedermacherin in Halle, die großartigen „Frauenzimmer" der Berliner Theater (man lese den Karschin-Brief über die Aktricen und die Aufführungen der „Minna von Barnhelm", einer Heldin, die ja dem Manne als durchaus gleichwertig gegenübergestellt wird): „Zusammen mit den großen Geliebten der Epoche (Charlotte v. Stein), den Regentinnen (Maria Theresia, Katharina), den zahlreichen kleinen Gewerbetreibenden und Ladenbesitzerinnen (einem neuen Stand) haben wir Frauen, deren Biographien – neu gelesen! – unser Bild von Historie korrigieren müssen."

Erstmals erschienen die Karschin-Briefe im Societäts-Verlag Frankfurt/M. 1933, herausgegeben von Elisabeth Hausmann. Die Neuauflage 1981 ist leider um ein Drittel gekürzt und entsprechend verstümmelt. Die Briefe werden nicht chronologisch geboten, sind unglücklich „modernisiert" und lustlos eingeleitet. Im Namen der Karschin: Zurück zu den Quellen! Erst in einer lesbaren Original-Ausgabe wird die „deutsche Sappho" gerettet werden können.

JOACHIM SEYPPEL



Sie war eine Einzelgängerin und hielt auf „Natur": Anna Louisa Karsch (1722–1791) nach einer Zeichnung von F. G. Schmidt FOTO: ULLSTEIN

Das vierte Rossini Opera Festival von Pesaro

Eine Lady triumphiert

Der Schwan von Pesaro" ist heimgekehrt. 1819, im Alter von 27 Jahren, hatte Rossini zum letzten Mal seine Geburtsstadt besucht. Durch die Machenschaften gegnerischer Parteien nahm diese Stippvisite ein ungastliches Ende, und Rossini ist in den restlichen fast 50 Jahren seines Lebens nie wieder nach Pesaro zurückgekehrt. Zum vierten Mal nun schon veranstaltet in diesem Jahr der an der Adria gelegene Badeort sein „Rossini Opera Festival" und hat damit Parma und Bergamo, samt deren Bestrebungen um eine wissenschaftliche und theaterpraktische Ausweitung des Verdi- bzw. Donizetti-Bildes, weit hinter sich gelassen.

Kaum zu erwarten war nach den *zögernd und betulich anlaufenden* ersten zwei Jahren des Festivals, daß sich im Teatro Rossini nochmals solche Begeisterungsstürme wie zu Rossinis Lebzeiten in Venedig, Neapel, Paris und Wien wiederholen sollten. Nach dem „Tancredi" des vergangenen Sommers und der „Donna del Lago" in diesem Jahr stellt sich jedoch heraus, daß Pesaro zu einem besonderen Höhepunkt im Reigen der hochsommerlichen renommierten Festspiele avancierte und durch das Heranziehen kompetenter Sänger zu einer begeisternden Auferstehung des romantischen Belcantoideals des frühen 19. Jahrhunderts beiträgt.

Im Vergleich zu dem unwiderstehlichen, cabalettensüchtigen „Tancredi" ist Rossini in der 1819 entstandenen „Donna del lago" sehr viel weniger konventionell. Schon die Verwendung eines Textes von Walter Scott war durchaus unüblich. Rossinis Entscheidung für Scotts „Lady of the lake" war von Initialwirkung für die italienische romantische Oper.

Aber mehr noch als die Wahl des Stoffes spricht die melodisch und instrumentatorisch ungewöhnlich blendende Ausarbeitung für das Werk. Zu nennen wäre hier das Finale des ersten Aktes, das weit mehr ist als ein traditionelles „concertato" ist. Philip Gossett nennt dies den entflammensten Moment aller Rossiniopern, und die Arien des Malcolm und der Elena sind reinste Beispiele einer hohen Belcantokultur. Neu ist ein bei Rossini zuvor noch nicht anzutreffendes Gefühl für Natur, für die Seen, die Berge von Scotts schottischer Heimat. Es ist jenes Naturbekenntnis, wie es erst wieder der „Wilhelm Tell" zeigt.

Wie Cenerentola steht Elena am Schluß überwältigt vor soviel Glück da: „tanti affetti in tal momento – tanta felicità" und wir sind es mit ihr. Überwältigt von einer Aufführung, *die tatsächlich würdig ist auf Platte* aufgenommen zu werden, wie es CBS tun will. Wir sind überwältigt von diesem Werk, von Katia Ricciarelli (Elena), die in Pesaro immer wie neugeboren klingt und ihre sonstigen Fehltritte in einem ungünstig gewählten Repertoire vergessen macht, von Lucia Valentini-Terrani, die sich nach dem Arsace und Tancredi einen weiteren Triumph mit einer der brillantesten Mezzorollen, die Rossini schrieb, errang. Mit Dano Raffanti scheint nach zwanzig Jahren wieder ein neuer Pavarotti geboren (Rodrigo). Domenico Gonzales (Giacomo V) hat sich ebenso wie Samuel Ramsey (Douglas) schon zu einem Favoriten des Publikums in Pesaro entwickelt. Doch dies wird alles bald auf einer Platte nachzuprüfen sein, auch Maurizio Pollinis respektables Ergebnis mit dem Europäischen Kammerorchester bei seinem Debüt als Operndirigent.

So süchtig man nach dieser Musik wird, so gerne man sie bald wiederhören möchte, unter normalen Umständen, das heißt im Repertoirebetrieb eines unserer Opernhäuser, kann man sich dies kaum vorstellen.

ROLF FATH

JOURNAL

Die Filmpreise von Locarno

dpa, Locarno

Das 36. internationale Filmfestival von Locarno ist mit der Verleihung des „Goldenen Leoparden" an den ungarischen Streifen „Die Prinzessin" von Pal Erdöss zu Ende gegangen. Einen „Silbernen Leopard" erkannte die Jury dem israelischen Film „Wüstenwind" von Daniel Wachsmann zu, während eine bronzene Auszeichnung an den Streifen „Auftrag" des Iraners Parviz Sayyad fiel. Spezielle Erwähnungen gab es für den japanischen Schauspieler Yusaku Matsuda und für Siegfried Zimmerschied in „Grenzenlos" von Josef Rödl (Bundesrepublik). Ferner wurde die hervorragende Kameraarbeit von Hugue Ryffel in dem Schweizer Film „L'allègement" hervorgehoben.

Japaner drängen zu Haskil-Wettbewerb

AFP, Paris

Mit 25 Musikern stellt Japan die stärkste Teilnehmerzahl beim 10. Clara Haskil-Wettbewerb für Pianisten, der vom 23. August bis 1. September in Montreux und Vevey am Genfer See stattfindet. Mit jeweils sechs Teilnehmern folgen die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die USA und Südkorea. Die Schweiz ist mit vier Künstlern vertreten. Insgesamt haben sich 71 Nachwuchspianisten aus elf Ländern zu dem alle zwei Jahre stattfindenden Wettbewerb angemeldet. Die internationale Jury unter Vorsitz von Nikita Magaloff vergibt einen einzigen, mit 10 000 Schweizer Franken dotierten Preis.

Jahrestagung der Dante-Gesellschaft

DW. Krefeld

Vom 14. bis 16. Oktober findet in der Stadtbücherei von Krefeld die Jahrestagung 1983 der 1865 gegründeten „Deutschen Dante-Gesellschaft" statt. Auf dem Programm stehen Vorträge, in denen die Leistung des vor 100 Jahren verstorbenen Gründers der Gesellschaft, des Dante-Forschers Karl Witte, gewürdigt wird und Fragen der Dante-Interpretation sowie der Sprache im Zeitalter Dantes behandelt werden. Eine gemeinsame Exkursion beschließt die Tagung. Gäste sind willkommen.

Jagsthausen von Ellen Schwiers geleitet

dpa, Jagsthausen

Die Leitung der Burgfestspiele Jagsthausen zog jetzt die Bilanz der 34. Spielzeit. Zu den 45 Aufführungen der drei Stücke „Götz von Berlichingen" von Goethe, „Die lustigen Weiber von Windsor" von Shakespeare und „Pinoccio" von Carlo Colodi kamen fast 45 000 Besucher in die Götzenburg. Als neue künstlerische Leiterin wurde die Schauspielerin Ellen Schwiers benannt, die im Burghof mehrere weibliche Hauptrollen spielte und Management-Erfahrungen mit einem Tourneetheater sammelte.

Römischer Obelisk vom Blitz zerschlagen

UPI, Rom

Ein Blitz hat während eines starken Unwetters einen der ältesten Obelisken in Rom stark beschädigt. Wie von offizieller Seite verlautete, wird das 3400 Jahre alte Monument an der Piazza del Popolo möglicherweise nicht mehr vollständig restauriert werden können. Durch den Blitzschlag wurden Hunderte von Marmorstücken in einem Radius von mehr als 40 Meter über den ganzen Platz verstreut, doch die Grundteile blieben erhalten.

Katharinen-Palast wird renoviert

dpa, Moskau

Die 300 Meter lange „goldene Suite" des Leningrader Katharinen-Palastes, mehrere Räume russischer Architekturkunst aus dem 18. Jahrhundert, soll renoviert und für Besucher geöffnet werden. Leningrader Restaurateure haben bereits etwa die Hälfte des Palastinnern wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt. Zehnjährige Arbeiten hat allein die Wiederherstellung der „großen Halle" benötigt.

Rainer Brambach †

dpa, Basel

Der Lyriker Rainer Brambach ist im Alter von 66 Jahren unerwartet in Basel gestorben. Der Dichter, dessen Lyrik von lakonischer Einfachkeit geprägt und in bescheidenem Ton gehalten ist, hatte im vergangenen Jahr den Kunstpreis der Stadt Basel für sein Gesamtwerk erhalten. Der in Basel geborene Brambach war Anstreicher, Torfstecher und Gärtner, ehe er sich 1959 als freier Schriftsteller versuchte. In den letzten Jahren hatte er mit seinem lyrischen Werk auch internationale Anerkennung erlangt. In Kürze wollte er einen neuen Gedichtzyklus herausbringen. Brambachs Gedichte sind in den Bänden „Tagwerk", „Marco Polos Koffer" (mit Jürg Federspiel), „Ich fand keinen Namen dafür" und „Kneipenlieder" (mit Frank Geerk) erschienen. Er brachte ferner die Erzählbände „Wahrnehmungen" und „Für sechs Tassen Kaffee" heraus.

Landkauf – die neue Strategie der Naturschützer

AFP, Gland

Sein Wahrzeichen ist der verspielte schwarz-weiße Panda-Bär. Aber es sind nicht nur solche Exoten, denen sich der „World Wildlife Fund" (WWF) gewidmet hat. Er suchte und entwikkelte eine Reihe origineller Strategien, um die vor unserer Haustür bedrohte natürliche Umwelt von Tieren zu erhalten. Zu diesem Zweck bedient sich die Organisation, die ihren Sitz in Gland am Genfer See hat, neuerdings der Waffen des „Gegners", der Raumordnungs-Gesellschaften und privaten Immobilienhändler: Sie kauft Land.

Politische Organisationen haben bereits seit einiger Zeit den Kauf von Land als Kampfform entdeckt, um Plänen, die eine Zerstörung der Umwelt bedeuten, begegnen zu können. So kauften alternative Immobiliengesellschaften vor einigen Jahren Land *auf dem Larzac, einem Hochplateau in* Südfrankreich, um die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes zu verhindern. Die Pläne wurden dann nach dem Amtsantritt Mitterrands fallengelassen.

In Italien, dem bevorzugten Betätigungsfeld dieses Sommers, hat der WWF die Parole ausgegeben: Adoptiert einen Quadratmeter der Küste. Die Aktion ist auf einen Teil der rund 7500 Kilometer langen italienischen Küste gerichtet, die nicht allein wegen ihrer wilden Schönheit gerettet werden soll. Vielmehr sei sie ein unersetzlicher Lebensraum für zahlreiche Wassertiere, die ohne die Rettung unberührter Küstenteile ihre natürliche Umwelt verlieren würden und vom Aussterben bedroht wären.

Als Partner für die Offensive gegen Spekulanten hat sich der WWF die Unterstützung zweier potenter Sponsoren gesichert: die einflußreiche italienische Zeitungsgruppe Rizzoli, in der das Mailänder Blatt „Corriere della Sera" erscheint, und die „American Express Bank". Schon in den ersten Monaten hatte die WWF-Kampagne einen großen Erfolg. Rund 100 Millionen Lire (etwa 170 000 Mark) flossen auf das Konto der Naturschützer.

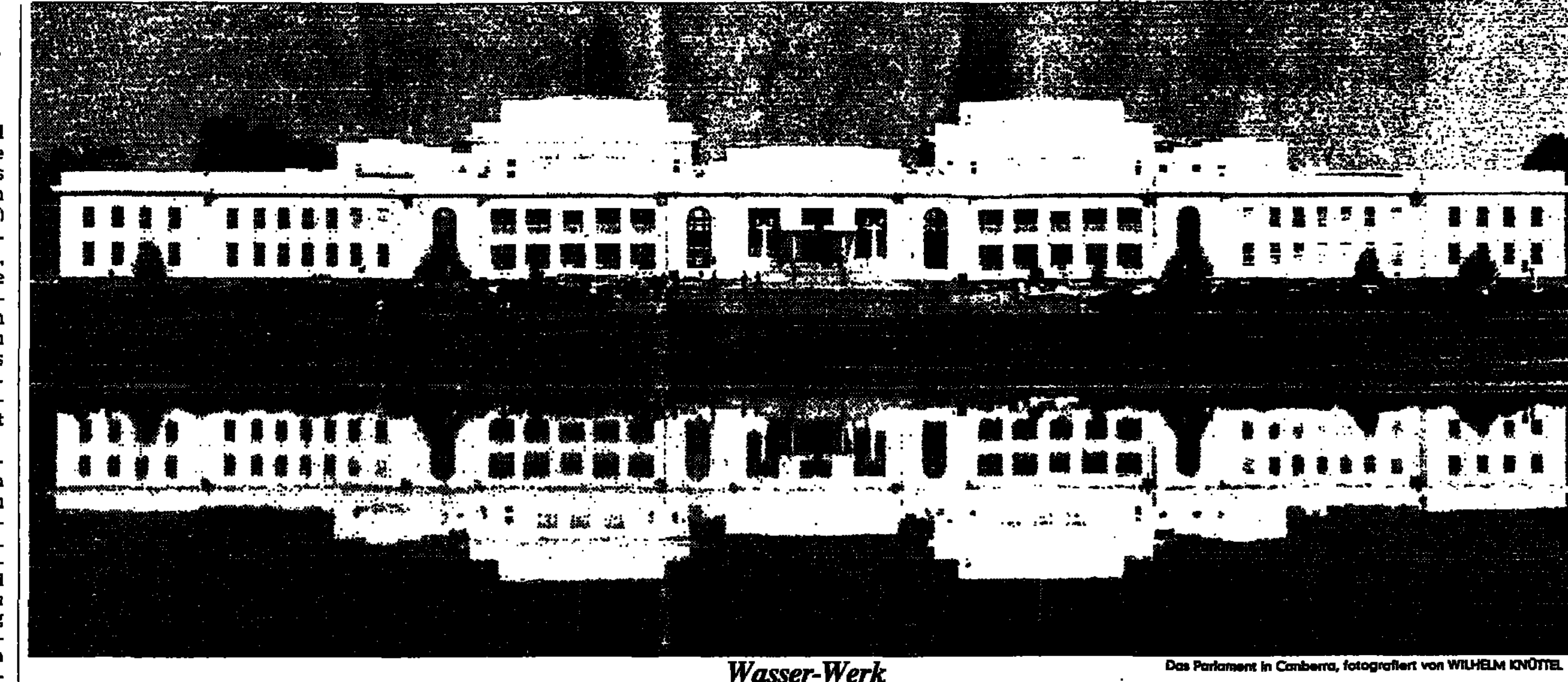
Punktuell hatte der WWF bereits früher mit Landkäufen – in Lothringen so etwa selten gewordene Raubvögel – Tiere vor dem Aussterben bewahrt. Die „Aktion Italien" übertrifft jedoch alles bisher Dagewesene. Nach Angaben von Verantwortlichen des WWF wurde Italien deshalb für diese Mammutaktion ausgewählt, weil hier wie nirgendwo sonst auf der Welt die Küste durch den Tourismus aufs Äußerste gefährdet sei.

Die Aktion soll im Frühjahr 1984 beendet sein. Dann, so hofft der WWF, sind viele Italiener einem Aufruf der Organisation nachgekommen, für die Erhaltung der unberührten Küstenabschnitte 10 000 Lire (etwa 17 Mark) zu spenden und damit offiziell Landbesitzer zu werden. Als „Gegenleistung" erhält jeder Investor ein pompöses Zertifikat, das ihn als „Grundbesitzer" ausweist.

Die „Aktion Italien" wird jedoch nicht die einzige Kampagne bleiben. Neue Ziele sind bereits ausgesucht. In Großbritannien beginnt der Kampf um den Erhalt des „Großen Bläulings", einer immer seltener werdenden Schmetterlingsart. Auf der vom Tourismus gezeichneten Mittelmeerinsel Mallorca wird der WWF ein altes Trappistenkloster und rund 75 Hektar Land kaufen, um dort eine Beobachtungsstation für die Wanderung der Zugvögel einzurichten.

Daß es in Westeuropa auch anders geht, beweist ein Abkommen, daß in Finnland Landbesitzer mit der dortigen Sektion des WWF geschlossen haben. In der Nähe von Pelkosenniemi, rund 100 Kilometer nördlich des Polarkreises, wird ein hundert Quadratkilometer großes Gelände zu einem Naturpark umgewandelt. Hier fanden Experten eine auf der Welt einmalige Zusammenstellung von 32 verschiedenen Torfsorten. Die Besitzer des künftigen Reservats verlieren fast nichts bei diesem Handel – sie dürfen dort weiter Beeren und Holz sammeln, fischen und sogar jagen.

JEAN LEON VANDOORNE



Wasser-Werk

Das Parlament in Canberra, fotografiert von WILHELM KNÜTTEL

Hamburg parkte auf einem neuen Kapitel seiner Geschichte

Jüngste Ausgrabungen beweisen, daß nicht alles mit der Hammaburg begann

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Dem Fleiß von Archäologen, Naturwissenschaftlern, Studenten und Schülern verdankt die hamburgische Geschichte ein neues Kapitel. Bislang sah man den Ursprung für den Aufstieg der Hansestadt zu einem Handelszentrum in dem Bau der Hammaburg, einer fränkischen Befestigungsanlage aus der Zeit Karls des Großen.

Neueste Ausgrabungen haben ergeben, daß diese vermeintliche Urzelle Hamburgs bereits über einem vorkarolingischen Befestigungswerk errichtet wurde. Durch einen Zufall stieß man nämlich bei der Suche nach den Geheimnissen der sagenumwobenen Hammaburg auf einen Spitzgraben. Und der lag eindeutig unter dem karolingischen Bauwerk.

Die Archäologen blätterten in ihren Geschichtswerken: Da gibt es die Legende vom fränkischen Missionar Heridag, der irgendwo im Norden einen Stützpunkt gehabt haben soll. Ist diese Legende auf den Spitzgraben im Herzen der Hamburger Innenstadt zu münzen?

„Ebenso unwahrscheinlich wie die Theorie, hier ein kleines Befestigungswerk der slawischen Obotriten zu vermuten", meint die Chefin der Hamburger Landesarchäologie, Renate Schneider. Sie vermutet, daß der Grabenring mit einem Durchmesser von 53 Metern eine spätsächsische Wegsperre schützte. Denn das Terrain lag an einer außerordentlich wichtigen Verbindung von Geesthacht über einen Höhenweg elbabwärts.

Um diese Hypothese zu erhärten, suchen die Stadtarchäologen jetzt nach weiteren Siedlungsspuren, die einen „Steckbrief" für die damaligen Erbauer der Befestigung liefern.

Die Ausgrabungen zwischen den Bürohäusern der Hamburger City begannen 1980 auf dem letzten großen, unbebauten Grundstück, dessen Geschichte bestimmt so bewegt war, wie die der Stadt Troja.

Schon in der Steinzeit nämlich war der „verkehrsgünstig" gelegene Siedlungsplatz am Wasser begehrt. Die Ur-Hamburger, die wenigstens vorübergehend an dieser Stelle lebten, hinterließen seit etwa 4000 vor Christi Geburt ihre fein gearbeiteten Steinwerkzeuge. Über viele Jahrhunderte liegt die Geschichte des Platzes danach im dunkeln. – Bis die Sachsen offenbar das Gelände gegen mißgünstige Nachbarn sicherten.

Danach entstand die Hammaburg, hinter deren Wällen der „Apostel des Nordens", der Erzbischof Ansgar 834 eine Taufkirche aus Holz errichtete. Ziel der Grabungen war es ursprünglich gewesen, näheres über das Leben hinter den Wällen zu erfahren, vielleicht sogar Spuren von Pfostenlöchern dieser Kapelle zu entdecken.

Feuerstellen, zahllose Scherben und eine Sammlung von Bodenproben müssen da weiterhelfen, wo handfestes Material fehlt. Naturwissenschaftlern verrät das Erdreich etwa, wann es wo gebrannt hat, welche Nutzpflanzen die Menschen anbauten, wo man kochte.

Auf dem Gelände der Hammaburg entstand dann seit 1035 die erste steinerne Kirche in Hamburg, danach, in mehreren Bauphasen, seit 1248 der gotische Mariendom. Auch dieses mittelalterliche Architekturdenkmal beschäftigt die Archäologen.

Der Vandalismus hatte allerdings politische Ursachen. Denn der Dombezirk war als Enklave im Herzen der Stadt mit vielen Sonderrechten ausgestattet. Nach dem Westfälischen Frieden gelangte das Gelände zunächst in schwedischen Besitz, später, nach dem nordischen Krieg 1721, unter englische Hoheit. Als 1803 endlich Hamburg Hausherr im eigenen Dom wurde, schufen die Stadtväter vollendete Tatsachen, bevor sich die Besitzlage nochmals ändern konnte: Sie erklärten die Kirche für baufällig und verkauften sie, bis in die Grüfte hinab, auf Abbruch.

Das Gelände diente als Exerzierplatz, bis 1836 dort die berühmte Gelehrtenschule Johanneum erbaut wurde. Die fiel in den Bombennächten von 1943 in Trümmer. Nach dem Krieg parkten die Hamburger auf dem kostbaren und geschichtsträchtigen Grundstück ihre Autos. So soll es auch wieder sein, wenn die Grabungen im kommenden Jahr beendet sein werden – bis einer die Idee für eine denkwürdige Bebauung hat, oder den Archäologen das Geld gibt zum Weitergraben – in der hamburgischen Geschichte ...

Fleet Street fiebert: Wann packt Koo aus?

Wettlauf um Memoiren nach Bruch mit Prinz Andrew

HELMUT RÄTHER, London

In Londons Fleet Street hat der Wettlauf um die Abdruckrechte der Memoiren einer Endzwanzigerin begonnen, die – wenn sie wirklich auspackt – mit Leichtigkeit zur Dollar-Millionärin werden kann: Koo Stark, die Geliebte von Prinz Andrew, beginnt ihre öffentliche Zurückhaltung aufzugeben.

In den Sonntagszeitungen gab es einen Schwall von Andeutungen darüber, mit wem die ehemalige Sexfilm-Darstellerin schon verhandelt hat und noch verhandelt. Sie hat für viel Geld, wie die eifersüchtigen britischen Blätter kritisch bemerkten, einer deutschen Illustrierten ein (harmloses) Interview gegeben. In dieser Woche will sie sich im australischen Fernsehen „live" befragen lassen.

Seit sie im Sommer letzten Jahres mit Prinz Andrew, der gerade aus dem Falkland-Krieg zurückgekehrt war, unter dem Decknamen „Mr. and Mrs. Cambridge" zum Urlaub in die Karibik flog, ist Koo von Reportern und Fotografen verfolgt worden wie sonst kaum jemand auf der Welt. Sie hat sich dabei weder über ihre Affäre mit dem Prinzen geäußert noch in der Öffentlichkeit über die ständigen Belästigungen geklagt. Die Schweigsamkeit und das Dulden gelten als Grunderfordernis für Mitglieder der königlichen Familie, und das Einhalten dieser Regel durch Koo Stark heizte die öffentliche Diskussion über eine mögliche Legalisierung der Beziehung erheblich an.

Die Affäre gilt inzwischen als beendet. Koo Stark wird nicht Gast der Königsfamilie im schottischen Schloß Balmoral sein, wie die Zeitungen vor zwei Wochen noch spekulierten: Als Gegenleistung für das Interview in Australien hat sie ein Erster-Klasse-Ticket rund um die Welt und freien Aufenthalt in Top-Hotels erhalten, und sie will drei Monate unterwegs sein.

Immerhin hat sie bereits deutlich gezeigt, daß sie geschäftstüchtig ist und sich keineswegs mit Haut und Haaren verkaufen will. Der „Kanal 10" im australischen Fernsehen gehört Rupert Murdoch, der über Zeitungs-Imperien sowohl auf dem Fünften Kontinent als auch in Großbritannien verfügt. Aber die Murdoch-Blätter kamen an Koo so wenig heran wie alle anderen.

Als die „Sunday Times" in London mit der Prinzen-Freundin über einen Artikel verhandelte, wollte die Dame nach Informationen des Konkurrenzblattes „Observer" unter allen Umständen Einzelheiten über die Verfolgung durch Reporter verkaufen. Die schlimmsten Belästigungen erlitt sie dabei durch die Skandalschreiber des Massenblattes „Sun". Da sowohl die „Sunday Times" als auch die „Sun" Murdoch gehören, zerschlugen sich die Verhandlungen vorerst.

Telebriefe gehen in vier Kontinente

dpa, Frankfurt

Die Bundespost hat gestern den Telebriefverkehr mit 13 Ländern in vier Kontinenten neu aufgenommen. An das System, bei dem Schriftstücke und Zeichnungen bis zum DIN A 4-Format als Fernkopien in Minutenschnelle übermittelt werden können, sind jetzt neben der Schweiz, den Niederlanden, Liechtenstein und den USA seit gestern auch Argentinien, Australien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Luxemburg, Österreich, Schweden, Singapur, Taiwan und Thailand angeschlossen. Schriftstücke und Zeichnungen, die als Telebriefe versandt werden sollen, können bei 600 Postämtern in der Bundesrepublik Deutschland abgegeben werden. Das Original wird kopiert und über Datenleitungen elektronisch an das Empfangspostamt übermittelt. Dann wird das jeweilige *Schreiben in einem Umschlag* per Eilzustellung oder mit der gewöhnlichen Briefpost an den Adresseten geliefert oder kann auf Wunsch vom Empfänger abgeholt werden. Die Grundgebühr für die erste Seite beträgt im Inland 6,50 Mark, nach Übersee bis zu 26 Mark, jede weitere angefangene Seite kostet in der Bundesrepublik vier Mark, im Auslandsverkehr bis zu 23 Mark.

Zugkatastrophe in China?

AFP, Hongkong

Mehr als 600 Tote und 2000 Verletzte soll eine Eisenbahnkatastrophe im April dieses Jahres in der südchinesischen Provinz Hunan gekostet haben. Das berichtete gestern die „Hong Kong Times", die sich auf den Bericht eines Augenzeugen berief. Die Regierung in Peking dementierte das Zugunglück noch am selben Tag.

Im Streit erschlagen

AP, Wien

Vierzehn Stunden nach dem Tod der 17jährigen Monika Fleischer aus Wels hat die österreichische Polizei den Fall aufgeklärt. Der 32jährige deutsche Zirkusarbeiter Uwe Beyer legte Sonntag abend in Linz ein Geständnis ab. Nach einem gemeinsamen Besuch in einer Diskothek habe er das Nummerngirl des in Wien gastierenden Zirkus Sarrasani auf dem Nachhauseweg im Streit erschlagen.

Blinde Passagiere erfroren

rtr, Bremerhaven

Mit dem Leben bezahlten zwei Kolumbianer eine Fahrt als blinde Passagiere von Turbo (Kolumbien) nach Bremerhaven. Zwei weitere junge Männer wurden Sonntag beim Löschen des belgischen Bananenfrachters „Pocahontas" (7095 BRT) mit schweren Erfrierungen gefunden. Die jungen Leute hatten sich auf eine Schwarzfahrt von vier Tagen Dauer bis New York eingerichtet. Der Dampfer nahm aber Kurs nach Bremerhaven.

Finger im Brot

dpa, Friedrichshafen

Sichtlich schockiert erschien ein Urlauber auf dem Polizeirevier in Friedrichshafen am Bodensee: Er präsentierte den Beamten ein Dreikornbrot, in dem er einen Finger gefunden hatte. Der Laib war in einer Großbäkkerei in Hechingen (Zollernalbkreis) hergestellt worden, wo ein Bäcker bei einem Unfall einen Finger verloren hatte, der jedoch, wie die Deutsche Presseagentur formulierte, „trotz intensiver Suche im Teig verschwunden blieb".

In Polen haben Wunder Konjunktur

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

„Wunderheiler", die sich in Polen offiziell „Bioenergo-Therapeuten" nennen, haben gegenwärtig im Land zwischen San und Oder Hochkonjunktur. Die parteiamtliche Zeitung „Polityka" berichtete kürzlich, daß Stanislaw Nardelli, die Nummer eins unter den Wunderheilern, in Krasnystaw sage und schreibe 110 000 Menschen während einer „Session" angelockt habe.

Teilweise findet die neue Richtung schon Unterstützung durch seriöse medizinisch-wissenschaftliche Einrichtungen wie die „Rehabilitationsklinik der Schlesischen Medizinischen Akademie" in Kattowitz, die mit Nardelli zusammenarbeitet. Ein anderer der vergötterten Wunderdoktoren, Johannes Rongen, will sogar eine Nachwuchsschule eröffnen. Auch Rongen arbeitet mit einer bekannten Institution, dem Hämathologischen Institut der Universität Krakau, zusammen, seit dessen Spezialisten – ein wenig ratlos – zugeben mußten, daß das Blut von sogenannten Blutern während einer „Rongen-Session" viel schneller gerinnt als bei Anwendung herkömmlicher Methoden. Von Medizinern, die jetzt ständig an den Sitzungen der Naturheilkundigen teilnehmen, stammt auch die Zahl, daß bei 12 000 Teilnehmern durchschnittlich in 90 Fällen eine unerklärliche Heilung eintritt.

Diese Zahlen haben immerhin dazu geführt, daß es in Warschau bereits eine Genossenschaft namens „Isis" gibt, in der Ärzte gemeinsam mit „Wunderdoktoren" Patienten empfangen. Der Andrang ist so groß, daß man Monate auf einen Termin warten muß. Mammutsitzungen wie die von Krasnystaw erschöpfen die Bioenergo-Therapeuten offenbar total. Männer nehmen dabei bis zu zwei, drei Kilo ab; der Blutdruck steigt auf 240/120.

Die Bio-Heiler werden in Polen von den Behörden geradezu hofiert. Dabei verdienen sie ein Heidengeld, von dem sie freilich einen nicht geringen Teil freiwillig an den Staat abführen. Die Männer, die sich der neuen Richtung verschrieben haben, sind alle treue Parteimitglieder geblieben. Die meisten von ihnen gehen noch, wenn auch nur nebenbei, ihren erlernten Berufen nach. So fährt die einzige Frau unter den Naturheilkundigen – eine Mutter von fünf Kindern – heute noch gelegentlich Taxi. Johannes Rongen ist Bauingenieur. Und Jerzy Rejmer, seines Zeichens Philosoph, tut noch Dienst an der Warschauer Universität. Einzig Nardelli, die Nummer eins, übt seinen neuen Beruf hauptamtlich aus. Nardelli freilich ist pensioniert. Bis dahin war er Direktor eines Baukombinats.

LEUTE HEUTE

Freundschafts-Dienst

„**Cary Grant** ist ein Geizhals. Er gibt selten Geld aus, und wenn er etwas kauft, dann handelt er die Preise runter. Selbst bei einem T-Shirt für 10 Mark handelt er." Das verrät ein „Freund" des amerikanischen Film-



schauspielers in dem Buch: „Das Privatleben des Cary Grant". Der gute Freund behauptet ferner, Cary Grant sei eine Gefahr für die Öffentlichkeit. „Aus Geiz leistet er sich keinen Chauffeur. Er fährt seine Rolls-Royce selber. Aber er verwechselt ständig das Gaspedal mit der Bremse."

Glück im Spiel

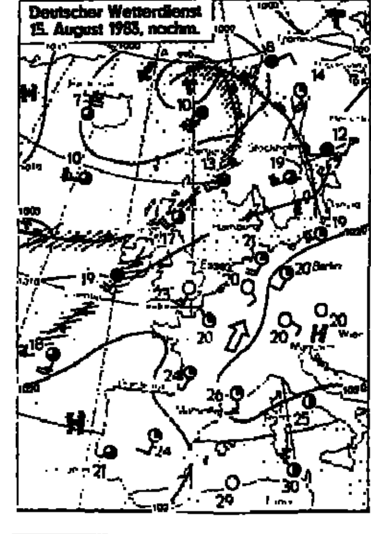
Für die 23jährige Amerikanerin **Annette Barrios** aus Kalifornien kam das Glück auf der Hochzeitsreise: Mit drei Dollar Einsatz gewann sie im berühmten „Caesar's Palace" in Las Vegas die Rekordsumme von 1 065 358 Dollar (rund 2,8 Millionen Mark). Sie hatte sich vor dem entscheidenden Spiel von Freunden nur mit Mühe zum Bleiben überreden lassen, weil sie eigentlich müde war.

Abgelehnt

Der amerikanische Bundesrichter **Frederick A. Lacey** hat jetzt vor einem Gericht in Newark eine Schadensersatzklage auf 100 Millionen Dollar von **Anna Hauptmann**, Witwe des der Entführung und Ermordung des Lindbergh-Babys für schuldig befundenen und hingerichteten Bruno Hauptmann, abgelehnt. In einer 88 Seiten langen Begründung verwies Richter Lacey darauf, daß die meisten Beschwerdepunkte infolge Verjährung entfielen.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Mitteleuropa bestimmt mit *trokken-warmer Luft das Wetter in* Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18 °C. ● bedeckt, ... ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ➡ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Im gesamten *Bundesgebiet einschließlich Berlin* verbreitet sonnig und trocken. Nachmittags 26 bis 29 Grad, nachts um 14 Grad. Stellenweise Frühdunst. Meist nur schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Südwesten leicht gewittrig, sonst weiterhin freundlich und sommerlich warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	20°	Kairo	30°
Bonn	21°	Kopenh.	18°
Dresden	19°	Las Palmas	23°
Essen	20°	London	23°
Frankfurt	21°	Madrid	24°
Hamburg	21°	Mailand	24°
List/Sylt	19°	Mallorca	30°
München	20°	Moskau	12°
Stuttgart	22°	Nizza	28°
Algier	29°	Oslo	16°
Amsterdam	22°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	19°
Barcelona	28°	Rom	25°
Brüssel	21°	Stockholm	19°
Budapest	21°	Tel Aviv	31°
Bukarest	21°	Tunis	30°
Helsinki	12°	Wien	20°
Istanbul	24°	Zürich	22°

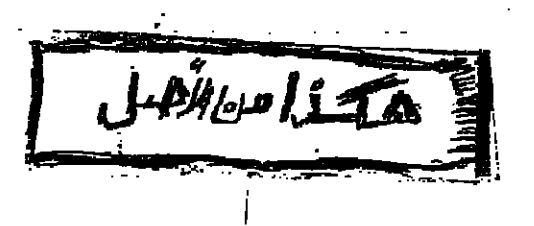
* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 5.10 Uhr, Untergang: 19.41 Uhr, **Mondaufgang:** 15.55 Uhr, Untergang: 23.56 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nach dem Massaker verliefen alle Spuren im Sand

Zehn Tage nach dem blutigen Überfall auf das Sofitel von Avignon gerieten die Ermittlungen der Polizei in eine Sackgasse

H. WEISSENBERGER, Avignon

Die Ermittlungen über den mißglückten Raubüberfall auf das Hotel Sofitel in Avignon am 5. August, der mit dem Massaker von sieben Hotelangestellten und Gästen endete, und dem Mord an einem der vermutlichen Mittäter stecken völlig in der Sackgasse. Der einzige der Gangster, den die Polizei wenige Minuten nach



dem Blutbad in dem Hotel faßte, Jean Roussel (39), schweigt eisern. Die Kriminalbeamten unter Kommissar Yves Bertrand sind sich bis heute immer noch nicht sicher, auf was genau die Banditen es in dem Hotel „Sofitel – Le Grand Pont d'Avignong" nahe dem imposanten Papstpalast abgesehen hatten und wissen nicht, wieviel Personen an dem Raubüberfall beteiligt waren – drei, vier, fünf oder sogar sechs.

Fest steht bisher nur, daß die Gangster fünf Waffen, ein Messer und vier Revolver bei sich hatten. Zweien der Opfer, dem holländischen Gepäckträger Rene Pool (28) und dem Barmann Pierre Ansinelli (25), wurden erst die Kehlen durchschnitten, ehe auch sie mit je einem Kopfschuß endgültig getötet wurden. Der Schnitt durch die Kehle, so die Polizei, deute auf die Beteiligung eines Nordafrikaners hin. Doch in dem Bekanntenkreis des verhafteten Gangsters Roussel, den die Kriminalbeamten durchleuchteten, tauchte bisher kein Araber auf.

Die fünf anderen Opfer im Hotel wurden mit einem 12-mm- und einem 9-mm-Revolver umgebracht. Bei seiner Festnahme warf Roussel einem Polizisten seinen leeren 9-mm-Revolver ins Gesicht. Doch die Kugeln in den Leichen stammten aus zwei verschiedenen 9-mm-Revolvern. Mit einem 9-mm-Revolver wurde auch der Gangster Jacques Gouttenoire, von dem feststeht, daß er im Hotel war und sich auf der Flucht beim Sprung aus einem Fenster im zweiten Stock den Knöchel brach, ermordet. Gouttenoires nackte Leiche, von sechs Kugeln durchsiebt, wurde am Tag nach dem Blutbad in einem Kanal südlich von Avignon schwimmend gefunden.

Vermutlich wurde er von einem weiteren Komplizen umgebracht, da er wegen seiner Verletzung zum „Hindernis" geworden war. Die Polizei verdächtigte den mehrfach vorbestraften Christian Paris, Koch in einem Restaurant in dem Badeort La Grande Motte, dieser „dritte Mann" zu sein. Paris hatte jedoch ein felsenfestes Alibi: Er hatte die Nacht mit der Ehefrau eines prominenten Mannes aus La Grande Motte verbracht. Mit der Freilassung von Paris endete die „Piste" der Kriminalbeamten.

Roussel selbst leugnet eisern, im Sofitel geschossen zu haben. Auch darüber, was die Gangster im Sofitel suchten, schweigt er. Wollten die Banditen den Panzerschrank und die 24 Schließfächer für die Hotelgäste aufbrechen? Diese Hypothese steht auf schwachen Beinen: Es ist bekannt, daß die Gäste des Sofitel gewöhnlich weder große Summen noch kostbaren Schmuck bei sich haben und im Panzerschrank des Hotels befanden sich nur ein paar Mark.

Bleibt die Hypothese, daß sie den Auftrag hatten, bestimmte Dokumente zu suchen. Denn der Inhaber des Hotels, Jean Panattoni (53), sitzt seit 1. Juli in Marseille unter der Anklage, eine Million Francs (300 000 Mark) unterschlagen zu haben, in Haft. Die Geschäfte von Panattoni, der seine Finger in mehreren Unternehmen hatte, sind offenbar recht undurchsichtig. Doch auch Panattoni schwört Stein und Bein, mit dem Überfall auf sein Hotel nichts zu tun zu haben. Der Fall scheint damit auf dem besten Weg zu sein, ungelöst in die Ablage zu wandern. (SAD)

Schweigt eisern über Mittäter und Motive: Jean Roussel

FOTO: DIE WELT

ZU GUTER LETZT

„Viel länger hätte dieses 200-Meter-Rennen aber auch nicht sein dürfen." ZDF-Reporter Karl Senne von den Leichtathletik-Weltmeisterschaften aus Helsinki.